

**LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG  
IN STADTALLENDORF**



**READER**

**25. MAI 2013**



# INHALTSVERZEICHNIS

	<b>Seiten</b>
Einladung	3
2.1 Tagesordnung	4
2.2 Geschäftsordnung	5-7
2.3 Präsidium und Antragskommission	8
2.4 Wahlvorstand	9
2.5 Wahlordnung	10-12
3.0 Übersicht BewerberInnen	13
3.1-3.26 Bewerbungen (alphabetisch) zur Listenaufstellung für die Bundestagswahl am 22. September 2013	14-57
4. Anträge zum GRÜNEN Regierungsprogramm	58-311
5.1 Anträge	312

## Impressum

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen  
Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden  
Telefon: 0611.98920.0, Telefax: 0611.98920.33  
landesverband@gruene-hessen.de  
www.gruene-hessen.de

Redaktion: Maike Bußmann  
V.i.S.d.P.: Matthias Münz, Politischer Geschäftsführer  
Druck: afrika-agentur, Frankfurt am Main

An alle Mitglieder von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

## Landesvorstand

Landesgeschäftsstelle  
Kaiser-Friedrich-Ring 77  
65185 Wiesbaden  
☎ 0611.98920.0  
✉ 0611.98920.33  
vorstand@gruene-hessen.de

Wiesbaden, 9. April 2013

### **Einladung zur LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG am Samstag, 25. Mai 2013, um 10 Uhr in Stadtallendorf, Stadthalle, Bahnhofstraße 2**

### **Listenaufstellung für die Bundestagswahl + Beschluss des Landtagswahlprogramms**

Liebe Freundinnen und Freunde,

die letzte Landesmitgliederversammlung (LMV) ist gerade erst vorbei, da steht schon die nächste vor der Tür: Wir laden euch am 25. Mai herzlich nach Stadtallendorf ein, um unsere Liste für die Bundestagswahl aufzustellen und unser GRÜNES Regierungsprogramm für Hessen zu beschließen. Wir haben uns für diesen Tag viel vorgenommen.

#### **DER WECHSEL IST GRÜN**

Zunächst werden wir die **Landesliste für die Bundestagswahl** aufstellen. Mit starken GRÜNEN Köpfen aus Hessen wollen wir unseren Beitrag leisten, dass der Wechsel in Berlin gelingt.

Die Listenplätze können alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen (Top 3a) mitwählen.

Bei der Schlussabstimmung (TOP 3b) sind nur Mitglieder stimmberechtigt, die auch das aktive Bundestagswahlrecht besitzen. Bitte bringt unbedingt euren Personalausweis mit.

#### **HESSEN WILL DEN WECHSEL**

Anschließend wollen wir unser GRÜNES Regierungsprogramm für Hessen diskutieren und verabschieden. Der Programm-Entwurf kann seit dem 8. April auf [www.konzepte-fuer-hessen.de](http://www.konzepte-fuer-hessen.de) kommentiert und heruntergeladen werden.

Um uns die Planung zu erleichtern, meldet euch bitte unter [www.gruene-hessen.de/stadtallendorf](http://www.gruene-hessen.de/stadtallendorf) an.

Mit besten GRÜNEN Grüßen



Kordula Schulz-Asche  
Landesvorsitzende



Tarek Al-Wazir  
Landesvorsitzender



Jochen Ruoff  
Landesschatzmeister



Matthias Münz  
Politischer Geschäftsführer

## Tagesordnungsvorschlag des Landesvorstandes

1. Begrüßung
2. Formalia inkl. endgültiger Festlegung der Tagesordnung
3. **Vorstellung und Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur BUNDESTAGSWAHL am 22. September 2013**
  - a. Wahl der einzelnen Listenplätze  
*Stimmberechtigt hier sind alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen*
  - b. Schlussabstimmung  
*Stimmberechtigt hier sind nur Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die am 25.05. bei einer Bundestagswahl in Hessen wahlberechtigt wären. Der Nachweis durch Vorlage des Personalausweises ist deshalb unbedingt erforderlich!*
4. **HESSEN WILL DEN WECHSEL- Das GRÜNE Regierungsprogramm 2014–2019**  
Einbringung durch die SpitzenkandidatInnen, Diskussion und Beschlussfassung
5. Anträge
6. Verschiedenes

### **Bewerbungen, Anträge, Änderungsanträge**

Wer eine Bewerbung für die Bundestagsliste, einen Änderungsantrag zum Landtagswahlprogramm oder einen sonstigen Antrag im **LMV-Reader** abgedruckt sehen möchte, muss das Dokument (als unformatiertes doc, docx, odt oder rtf) schnellstmöglich, **spätestens aber bis 17. Mai 2013, 12.00 Uhr**, an [landesmitgliederversammlung@gruene-hessen.de](mailto:landesmitgliederversammlung@gruene-hessen.de) mailen.

**Bewerbungen:** Eure Bewerbung (unformatierter Bewerbungstext und Lebenslauf) darf **maximal 3.000 Zeichen** (inkl. Leerzeichen) umfassen. Bei längeren Texten kürzen wir ohne Rücksprache nach 3.000 Zeichen. Bitte verzichtet außerdem auf alle aufwändigen Textformatierungen und Gestaltungselemente, da wir eure Texte sowieso in die Maske des Readers einpassen müssen. Eure Porträtfotos schickt bitte in der gleichen Mail als jpg-Anhang mit ausreichender Druckqualität (mind. 250 dpi). Sie müssen hochformatig sowie mindestens 3,5 cm breit und 5 cm hoch sein.

**Änderungsanträge:** Ein Änderungsantrag zum Landtagswahlprogramm muss Kapitel und Zeile der zu ändernden Passage und die beantragte Änderung selbst in klarer, konkreter und fertig ausformulierter Form enthalten. Ein Änderungsantrag muss zudem – wie jeder andere Antrag auch – *entweder* von einem Kreis- oder Ortsverband, dem Landesfinanzrat, dem Landesfrauenrat, dem Landesvorstand der Grünen Jugend oder der Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend beschlossen worden sein *oder* von insgesamt fünf Einzelmitgliedern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen unterzeichnet sein. Für alle Anträge gilt der auf der LMV in Gießen beschlossene Antragsschluss.

### **Kinderbetreuung**

Selbstverständlich bieten wir auch während dieser LMV eine Kinderbetreuung an. Bitte meldet euren Bedarf an. Nutzt auch dafür bitte das Online-Formular unter [www.gruene-hessen.de/stadtallendorf](http://www.gruene-hessen.de/stadtallendorf).

### **Anfahrt**

Stadtallendorf liegt direkt an der Bahnstrecke Marburg-Kassel. Für die Planung eurer Anreise empfehlen wir [www.bahn.de](http://www.bahn.de) oder [www.rmv.de](http://www.rmv.de). Vom Bahnhof Stadtallendorf ist die Stadthalle in 3 Minuten zu Fuß erreichbar. Bei Anreise mit dem PKW stehen an der Halle genügend Parkplätze zur Verfügung. Wir möchten euch dazu ermuntern, in diesem Fall Fahrgemeinschaften zu bilden.

### Antrag: Geschäftsordnung

AntragstellerInnen: Landesvorstand

#### §1 EINLADUNG, UNTERLAGENVERSAND UND VERSAMMLUNGORT

1. Die Einladung zur Landesmitgliederversammlung erfolgt schriftlich. Für die Fristwahrung gilt das bestätigte Versanddatum (z.B. Poststempel).
2. Der Versand der Unterlagen erfolgt per Post. Ein Versand per E-Mail statt dessen ist möglich, soweit Mitglieder hierfür ihr Einverständnis schriftlich gegenüber dem Landesvorstand erklärt haben.
3. Versammlungsorte für Landesmitgliederversammlung sollen mobilitäts- und sinnesbehinderten TeilnehmerInnen zugänglich und mit der erforderlichen Infrastruktur ausgestattet sein.

#### §2 ERÖFFNUNG, BILDUNG DES PRÄSIDIUMS

1. Der Landesvorstand eröffnet die Landesmitgliederversammlung und schlägt ein Präsidium vor.
2. Das vorgeschlagene Präsidium bereitet die Landesmitgliederversammlung in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand vor.
3. Die Landesmitgliederversammlung wählt die Mitglieder des Präsidiums zu Beginn der Versammlung; die Wahl kann in offener Abstimmung erfolgen.
4. Das Präsidium leitet die Versammlung; es bestimmt aus seinen Reihen jeweils die Personen, die den Vorsitz übernehmen. Bei Streitfällen zum Verfahren entscheidet das gesamte Präsidium mit Mehrheit.

#### §3 TAGESORDNUNG UND VERFAHREN

1. Das Präsidium legt den Entwurf des Landesvorstandes für die Tagesordnung der Landesmitgliederversammlung zur Beschlussfassung vor. Änderungsanträge zur Tagesordnung aus der Versammlung werden wie Geschäftsordnungsanträge behandelt.
2. Das Präsidium legt der Versammlung einen Vorschlag zur Regelung der Redezeiten und zum Antragsschluss sowie weiterer notwendiger Verfahrensregelungen vor. Hierüber beschließt die Versammlung; Abs. 1 gilt entsprechend.

#### §4 PROTOKOLL

1. Das Präsidium bestellt eineN ProtokollführerIn.
2. Im Protokoll sind alle Beschlüsse im Wortlaut sowie Wahlergebnisse und andere wichtige Vorgänge aufzuführen. Das Protokoll ist von zwei Mitgliedern des Präsidiums und der/dem ProtokollführerIn zu unterzeichnen.
3. Das Protokoll ist auf der Homepage des Landesverbandes zu veröffentlichen.

#### §5 ANTRAGSKOMMISSION

1. Der Landesvorstand setzt eine Antragskommission ein. Sie setzt sich aus drei vom Parteirat aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern, der/dem Politischen GeschäftsführerIn sowie i.d.R. drei vom Landesvorstand bestimmten weiteren Parteimitgliedern zusammen.
2. Die Antragskommission bereitet die Behandlung der Tagesordnungspunkte in Zusammenarbeit mit den AntragstellerInnen vor. Sie kann Empfehlungen zum Abstimmungsverfahren geben. Ihre Empfehlungen bilden die Grundlage des Abstimmungsverfahrens.

35 **§6 ANTRÄGE UND ABSTIMMUNGEN**

1. Antragsberechtigt sind alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen.
2. Anträge einschließlich Initiativ- und Änderungsanträgen sowie Wahlvorschläge werden schriftlich bei der Antragskommission eingereicht. Aus der Eingabe müssen Name und Kreisverband der beantragenden Mitglieder und der Wortlaut des Antrages hervorgehen. Das Präsidium entscheidet über die  
40 Zulässigkeit jedes Antrags.
3. Initiativanträge müssen in der Regel zwei Wochen vor der Landesmitgliederversammlung beim Landesvorstand, spätestens aber zu Beginn der Versammlung bei der Antragskommission eingereicht sein. In besonders dringlichen Fällen kann davon abweichend die Landesmitgliederversammlung eine Zulassung auch noch zu einem späteren Zeitpunkt beschließen. Eine derartige Dringlichkeit liegt nur  
45 dann vor, wenn das Ereignis, auf das sich der Dringlichkeitsantrag bezieht, nach dem Antragsschluss eingetreten ist.
4. Finanzwirksame Beschlüsse bedürfen des Votums des Landesfinanzrates und müssen diesem vor der Landesmitgliederversammlung vorgelegt werden.
5. Änderungsanträge sind in der Regel vor Befassung des Antrages, auf den sie sich beziehen, einzu-  
50 bringen. Der weitest gehende Änderungsantrag ist zuerst abzustimmen. Das Präsidium kann auf Antrag vor der Beschlussfassung Anträge alternativ abstimmen bzw. Meinungsbilder über verschiedene alternative Anträge erstellen lassen.
6. Geschäftsordnungsanträge sind sofort nach Beendigung des laufenden Redebeitrages zu behandeln. Sie werden unmittelbar nach je einer Pro- und Contra-Rede, die nicht länger als drei Minuten  
55 dauern soll, abgestimmt.
7. Anträge zur Geschäftsordnung sind ausschließlich solche
  - auf Nichtbefassung;
  - auf Schluss der Debatte;
  - auf Schluss der Redeliste;
  - 60 - auf Wiedereröffnung der Debatte;
  - auf Abwahl des Präsidiums oder eines seiner Mitglieder;
  - auf Abwahl der Antragskommission oder eines ihrer Mitglieder;
  - auf Änderung der Tagesordnung;
  - auf eine Unterbrechung der Beratung;
  - 65 - auf Begrenzung der Redezeit;
  - auf Wiederholung der Abstimmung;
  - auf nochmalige Verlesung der zur Abstimmung anstehenden Anträge;
  - auf Feststellung der Beschlussfähigkeit;
  - darauf, jemandem außerhalb der Redeliste oder von außerhalb der Versammlung das Wort zu  
70 erteilen.
- Anträge zur Geschäftsordnung sind angenommen, wenn sich keine Gegenrede erhebt. Formale Gegenrede ist möglich.
8. Persönliche Erklärungen sind nur am Ende eines Tagesordnungspunktes unmittelbar vor der Abstimmung zulässig.
- 75 9. Die Abstimmungsfrage ist in bejahender Form zu stellen, d.h. mit „Ja“ wird für und mit „Nein“ gegen das Votum der Antragskommission bzw. den gestellten Antrag gestimmt.
10. Soweit die Satzung nichts anderes vorsieht, entscheidet die Landesmitgliederversammlung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei Enthaltungen als abgegebene Stimmen gelten, ungültige Stimmen hingegen nicht.

80 11. Wird ein Abstimmungsergebnis angezweifelt, so wird die Abstimmung wiederholt. Das Präsidium kann in entsprechenden Fällen auch eine schriftliche Abstimmung durchführen.

12. Wahlen sind geheim durchzuführen. Soweit das Parteiengesetz dies erlaubt und niemand widerspricht, kann auch durch Handaufheben gewählt werden. Das Ergebnis wird vom Präsidium festgestellt. Das Nähere regelt die Wahlordnung.

85 13. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

14. Soll über einen bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunkt eine erneute Aussprache und Beschlussfassung stattfinden, ist ein Rückholantrag zu stellen. Dieser ist wie Anträge zur Geschäftsordnung zu behandeln und benötigt zur Annahme die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Stimmberechtigten.

## 90 §7 SCHRIFTLICHE ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN/TELEVOTING

1. Geheim durchzuführende Wahlen und schriftliche Abstimmungen können sowohl schriftlich als auch per Televoting durchgeführt werden. Dabei muss gewährleistet sein, dass alle Stimmen im Saal erfasst werden und dass bei Wahlen die Stimmabgabe geheim und anonym erfolgt.

95 2. Vor dem Einsatz eines Televoting-Verfahrens wird das System ausführlich erklärt und eine Testabstimmung durchgeführt.

## §8 REDEBEITRÄGE

1. Jedes Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen hat im Rahmen der von der Versammlung beschlossenen Redezeitregelung Rederecht.

100 2. Wortmeldungen sind schriftlich beim Präsidium einzureichen. Die schriftliche Meldung enthält Name und Kreisverband des betreffenden Mitglieds.

3. Die Redelisten werden erst nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Bekanntgabe des Präsidiums eröffnet. Das Präsidium führt die Redelisten nach der Reihenfolge der Eingänge der Wortmeldungen und bringt sie in sachliche Zusammenhänge. Soweit mehr Redeanmeldungen vorliegen als Redebeiträge vorgesehen sind, kann das Präsidium die einzelnen Rednerinnen und Redner durch Los bestimmen.

4. Das Präsidium kann jederzeit eine Begrenzung der Debatte nach Zeit oder Anzahl der Wortbeiträge vorschlagen. Bei Widerspruch aus der Versammlung ist über den Vorschlag abzustimmen.

110 5. Redelisten werden getrennt geführt, Frauen und Männer reden abwechselnd. Ist die Redeliste eines Geschlechts erschöpft, so ist die Versammlung zu befragen, ob die Debatte fortgeführt werden soll. Wurde eine zeitliche Begrenzung der Debatte zu einem Tagesordnungspunkt beschlossen (Abs. 4), wird die Gesamtredezeit auf Frauen und Männer gleichmäßig verteilt.

6. Das Präsidium kann einer Rednerin bzw. einem Redner nach Ermahnung das Wort entziehen, wenn die Redezeit deutlich überschritten ist. Es soll Redebeiträge, die die Grundsätze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder die Satzung in grober Weise verletzen, unterbinden.

## 115 §9 ORDNUNG IM VERSAMMLUNGSRAUM

1. Innerhalb des Versammlungsraums sowie im Vorraum und in den Bereichen, in denen Speisen und Getränke angeboten werden, ist das Rauchen untersagt. Soweit die Räumlichkeiten es zulassen, ist ein räumlich abgegrenzter Bereich für Raucherinnen und Raucher einzurichten. Der Schutz der Nicht-raucherInnen muss in jedem Fall gewährleistet sein.

120 2. Das Präsidium übt im Einvernehmen mit dem Landesvorstand das Hausrecht im Versammlungsraum und den dazu gehörenden Nebenräumen aus.

### Antrag: Präsidium und Antragskommission der Landesmitgliederversammlung

AntragstellerInnen: Landesvorstand

#### Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Folgende Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen bilden das **Präsidium** der heutigen Landesmitgliederversammlung:

1. Horst Burghardt, KV Hochtaunus
- 5 2. Sigrid Erfurth, KV Werra-Meißner
3. Dennis Grießer, KV Groß-Gerau
4. Martin Häusling, KV Schwalm-Eder
5. Frank Kaufmann, KV Offenbach-Land
6. Sandra Laaz, KV Marburg-Biedenkopf
- 10 7. Monne Lentz, KV Kassel-Land
8. Jutta Lippe, KV Limburg-Weilburg
9. Sabine Matzen, KV Marburg-Biedenkopf
10. Bernd Messinger, KV Frankfurt
11. Karin Wagner, KV Offenbach-Land
- 15 12. Gerda Weigel-Greilich, KV Gießen

Der Parteirat hat folgende seiner Mitglieder in die **Antragskommission** gewählt:

1. Eva Goldbach, KV Vogelsberg
2. Lisa Süß, KV Offenbach-Land
- 20 3. Tom Koenigs, KV Gießen

Folgende Präsidiumsmitglieder hat die Landesmitgliederversammlung am 20. April in Gießen in die **Antragskommission** gewählt:

1. Omid Nouripour, KV Frankfurt
2. Hilde Förster-Heldmann, KV Darmstadt
- 25 3. Mathias Wagner, KV Wiesbaden
4. Anke Pavlicek, KV Waldeck-Frankenberg
5. Dr. Michael Buss, KV Gießen
6. Kai Klose, KV Rheingau-Taunus
7. Bettina Schreiber, KV Wiesbaden

30

Kraft Amtes gehört der Politische Geschäftsführer der Antragskommission an.



**Wahlvorstand**

Folgende Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen schlägt der Landesvorstand für den Wahlvorstand vor:

- Mechthild Koch (KV Offenbach-Land)
- Thomas Koch (KV Kassel-Stadt)
- Jutta Reithofer (KV Wiesbaden)

**Wahlordnung**

AntragstellerInnen: Landesvorstand

**WAHLORDNUNG****zur Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl und zur Aufstellung der Landesliste für die Wahl zum Deutschen Bundestag**

5 Die Aufstellung der Landesliste erfolgt in zwei Teilen. Zunächst werden die einzelnen Plätze durch Einzel- oder Blockwahlen besetzt und anschließend die gemäß Wahlgesetz offiziellen Beschlüsse zur Aufstellung der Landesliste gefasst werden.

**Allgemeine Verfahrensregeln**

10 (1) Sämtliche Entscheidungen über Personen oder die Liste erfolgen im gesamten Verfahren in geheimer Wahl mit verdeckten Stimmzetteln oder zu Hilfenahme elektronischer Stimmgeräte, die für andere nicht einsehbar bedient werden.

15 (2) Bei der Einzelwahl sind Stimmzettel ungültig, die mehr als einen Namen oder Zusätze enthalten oder sich nicht eindeutig einer Kandidatin bzw. einem Kandidaten zuordnen lassen. Bei der Blockwahl sind Stimmzettel ungültig, die Namen enthalten, die sich nicht eindeutig einer Kandidatin oder einem Kandidat zuordnen lassen, oder Zusätze enthalten. Leere Stimmzettel werden als Enthaltung gewertet.

(3) Die Liste soll mindestens so viele weibliche wie männliche BewerberInnen umfassen. Das Frauenstatut von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen gilt bei der Bestimmung der KandidatInnen für die einzelnen Listenplätze.

20 (4) Die Plätze 1 bis 12 werden in Einzelwahl bestimmt. Die folgenden Plätze werden in getrennten Blöcken für Frauen und für Männer bestimmt. Der letzte Block kann auch weniger als zehn Personen umfassen.

**Erster Teil:****Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl****I. Einzelwahl**

25 (1) Die Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich in alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens bei Aufruf des Listenplatzes vor, bei dem sie erstmals kandidieren. Die Redezeit zur Vorstellung wird von der Versammlung zu Beginn festgelegt.

30 (2) Nach der Vorstellung jeder Kandidatin bzw. jedes Kandidaten können insgesamt bis zu zwei Fragen quotiert an die jeweilige Person gestellt werden. Die Fragen werden aus der Versammlung zuvor schriftlich beim Präsidium eingereicht, von diesem ggf. ausgelost und verlesen. Dabei muss die/der Fragesteller/in inkl. Kreisverband und die/der Adressat/in klar erkennbar sein. Sammelfragen sind nicht zulässig.  
Die Redezeit zur Antwort wird von der Versammlung zu Beginn festgelegt.

35 (3) In jedem Wahlgang kann jedeR Stimmberechtigte eine Stimme abgeben, indem er/sie den Namen einer Kandidatin bzw. eines Kandidaten auf den Stimmzettel schreibt oder die entsprechende Taste des elektronischen Wahlgeräts betätigt.

(4) Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

40 (5) Hat keinE BewerberIn im ersten Wahlgang das erforderliche Mindestergebnis erzielt, so findet ein weiterer Wahlgang nach demselben Verfahren wie beim ersten statt, bei dem die fünf KandidatInnen zur Wahl stehen, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Gewählt ist auch hier, wer die mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

45 (6) In einem eventuell notwendigen dritten Wahlgang treten die beiden KandidatInnen mit der höchsten Stimmenzahl des zweiten Wahlgangs gegeneinander an. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

## II. Blockwahl

50 (1) Ab Platz 13 werden jeweils zwölf weitere Plätze im zweigeteilten Blockwahlverfahren bestimmt. Es wird zunächst ein Block für die Plätze 13, 15, 17, 19, 21 und 23 gebildet, der KandidatInnen vorbehalten ist. Danach folgt ein allen BewerberInnen offener Block der Plätze 14, 16, 18, 20, 22 und 24.

(2) JedeR Stimmberechtigte kann je Teilblock die Namen von bis zu sechs zur Wahl bereitstehende BewerberInnen aufschreiben oder einen leeren Stimmzettel abgeben. Alternativ können die entsprechenden Tasten des elektronischen Stimmgeräts bedient werden.

55 (3) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Die Anzahl der jeweils erhaltenen Stimmen bestimmt die Reihenfolge innerhalb des Blocks.

(4) Werden bei einem Blockwahlgang nicht alle Listenplätze besetzt, weil die absolute Mehrheit nicht von fünf BewerberInnen erreicht wurde, so folgt ein zweiter Wahlgang für die noch nicht besetzten Plätze des Blocks. Hierfür können weitere Personen kandidieren. Für diesen Wahlgang gilt Absatz 3 entsprechend.

60 (5) Sind auch nach einem zweiten Wahlgang nicht alle Listenplätze des Blocks besetzt, folgt ein dritter Wahlgang. An ihm nehmen in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen des zweiten Wahlgangs höchstens doppelt so viele KandidatInnen teil, wie in diesem Block noch Plätze zu vergeben sind. Kandidieren können nur TeilnehmerInnen des zweiten Wahlgangs. Gewählt sind diejenigen, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

## 65 Zweiter Teil

### Aufstellung der Landesliste für die Wahl zum Deutschen Bundestag

(1) Nach Beendigung des Wahlverfahrens gemäß Teil Eins findet die Aufstellung der Landesliste statt.

70 (2) Vor der Abstimmung über die Liste ist den TeilnehmerInnen der Versammlung Gelegenheit zu geben, Anträge zur Änderung der Reihenfolge der durch die Einzelwahl bestimmten KandidatInnen in Form eines konkreten Personenvorschlags zu stellen. Diese Anträge sind nach den Bestimmungen des Ersten Teils, Abschnitt I, zu entscheiden.

- 75 (3) Wenn keine Veränderungswünsche für den Listenvorschlag (mehr) vorliegen, findet eine schriftliche Abstimmung in geheimer Wahl mit verdeckten Stimmzetteln über die gesamte Liste statt. Bei dieser Abstimmung sind alle Parteimitglieder stimmberechtigt, die in Hessen zur Wahl zum Deutschen Bundestag am Tag der Listenaufstellung wahlberechtigt sind (§ 27 i.V.m. §21 Bundeswahlgesetz). Zum Nachweis der Stimmberechtigung ist die Vorlage eines gültigen amtlichen Personalausweises Voraussetzung. Bei dieser Abstimmung sind alle Stimmzettel ungültig, die etwas anderes als „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ aufweisen.
- 80 (4) Die Liste ist angenommen, wenn mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf „JA“ lautet.

**Bewerbungsübersicht**

3.1 Nadine Bernshausen	Seite 14
3.2 Jutta Bruns	Seite 16
3.3 Cornelius Dehm	Seite 18
3.4 Thomas Flügge	Seite 20
3.5 Antje Gesinn	Seite 21
3.6 Angelika Gunkel	Seite 23
3.7 Günter Heilmann	Seite 25
3.8 Priska Hinz	Seite 26
3.9 Armin Jung	Seite 27
3.10 Matthias Knoche	Seite 29
3.11 Tom Koenigs	Seite 31
3.12 Bernd Kunz	Seite 32
3.13 Axel Lecke	Seite 33
3.14 Nicole Maisch	Seite 35
3.15 Felix Möller	Seite 37
3.16 Omid Nouripour	Seite 39
3.17 Enno Pflug	Seite 40
3.18 Andreas Romppel	Seite 42
3.19 Hildegard Scheu	Seite 44
3.20 Jan Schierkolk	Seite 46
3.21 Kordula Schulz-Asche	Seite 48
3.22 Wolfgang Strengmann-Kuhn	Seite 49
3.23 Caroline Chantal Tönges	Seite 51
3.24 Sebastian Wackes	Seite 52
3.25 Daniela Wagner	Seite 54
3.26 Benjamin Weiß	Seite 56

**Bewerbung Nadine Bernshausen, KV Marburg-Biedenkopf**

Liebe Grüne,

die Energiewende braucht uns!

Altmaier bremst die erneuerbaren Energien aus. Energieeinsparung und Effizienzsteigerung werden nur halbherzig gefördert. Die Klimakanzlerin lässt Rösler in der EU alle konsequenten Schritte dem Erdboden gleich machen. Die Bundesregierung verunsichert Wirtschaft und Verbraucher gleichermaßen. Die soziale Herausforderung der steigenden Wärme- und Stromkosten darf nicht mit Rückschritten bei der Energiewende beantwortet werden.



Klimaschutz, Energiewende, soziale Gerechtigkeit und andere Politikfelder müssen von uns nicht nur mit klugen Konzepten stark vertreten werden; wir brauchen auch das Instrument zur rechtlichen Umsetzung unserer Ideen. Das deutsche EEG-Gesetz ist auch deswegen eine Erfolgsgeschichte hier und weltweit, weil es juristisch die Idee der Förderung der Erneuerbaren gut umsetzt.

So sehe ich meine besonderen Schwerpunkte in der Rechtspolitik, ferner in der Innen- und Ausländerpolitik.

Wir Grüne setzen uns für die Verteidigung von Freiheits- und Abwehrrechten der Bürgerinnen und Bürger ein. Das Grundgesetz ist hierfür eine sehr gute Basis. Bei uns steht der freie und selbstbestimmte Mensch im Mittelpunkt. Davon untrennbar sind die soziale Verantwortung und die nicht teilbare menschliche Würde. Wir verteidigen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung vor staatlicher Datensammelwut. Unsere Grundrechte sind ein hohes Gut. Zu häufig werden diese durch übereilte Gesetzesänderungen gefährdet, das habe ich in meiner täglichen Arbeit als Richterin leider schon erlebt. Mit eilig durchgeboxten Gesetzen wird oft das Ziel verfehlt und Schlechtes erreicht. Auch diese Erfahrung will ich gerne in die Grüne Bundestagsfraktion tragen, um aus unseren klugen Konzepten das Beste herauszuholen.

Integrationspolitik braucht in Deutschland veränderte rechtliche Grundlagen. Menschen mit Migrationshintergrund sind Teil unserer Gesellschaft, Zuwanderung muss erwünscht sein. Wir müssen uns zu einer Willkommengesellschaft entwickeln. Das geht mit dem gegenwärtigen Ausländerrecht nicht. Sinti und Roma gegenüber haben wir auf Grund der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung, der wir endlich gerecht werden müssen.

Nadine Bernshausen, 33, verheiratet, Juristin. Aufgewachsen in Bad Endbach, Schule in Gladenbach. Ausbildung in Marburg, Gießen, Frankfurt und Berlin. Mitarbeiterin bei der Uni, seit 2007 Richterin. Zurzeit Vorsitzende des Schöffengerichts in Marburg und in Frankenberg Betreuungsrichterin.

Ehrenamt: Vorstand der Initiative Solidarische Welt e.V. - Marburger Weltladen; Kirchenvorstand der Elisabethkirche Marburg, stellvertretendes Mitglied in der Kreissynode; Schirmherrin der christlich-muslimischen Friedensinitiative Marburg.

Grüne: 3 Jahre Marburger Stadtvorstand, seit 3 Jahren Kreistagsabgeordnete, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Umwelt. Bisherige Schwerpunkte: Energiewende, Integration, fairer Handel und soziale Gerechtigkeit.

## Bewerbung Jutta Bruns, KV Hochtaunus

Zur Person:

1964 geboren, verheiratet, vier Kinder. Hotelfachfrau.

Mitglied bei den GRÜNEN seit 2000.

Stadtverordnete Neu-Anspach 2001-2011.

Ehrenamtliche Stadträtin seit 2011.

Mitglied des Kreistages Hochtaunuskreis seit 2006.

Kreisvorstand Hochtaunus seit 2012.



Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich um einen Platz auf der Bundestagsliste der hessischen GRÜNEN.

Zu den GRÜNEN und zur Kommunalpolitik bin ich über die Elternarbeit in unserem Kindergarten gekommen. Schon damals haben wir vor Ort für genügend Plätze und gegen die Erhöhung der Kindergartengebühren kämpfen müssen. Bis heute ist und bleibt die Finanzierung der Kinderbetreuung für die Kommunen problematisch. Der Grund ist, wie in vielen anderen Punkten auch, die unzureichende Arbeit der schwarz-gelben Koalition in Berlin.

Es reicht nicht, den gesetzlichen Anspruch auf Kinderbetreuung zu beschließen, wenn die Rahmenbedingungen für die Schaffung und Unterhaltung der Betreuungsplätze ebenso fehlen wie ausreichend Ausbildungsplätze für die Erzieher\*innen, die dafür notwendig sind. Dafür haben wir GRÜNE in unserem Programm die richtigen Konzepte. Eine Milliarde Euro mehr Geld für Länder und Kommunen, Mindeststandards und Unterstützung für die Ausbildung von Erzieher\*innen. So funktioniert Bildungspolitik von Kindesbeinen an. So bleibt die Last der Umsetzung nicht allein auf den Schultern der Kommunen. Und so bekommt jedes Kind die Chance auf einen fairen Zugang zu Bildung.

Es ist nicht nur unser Bildungskonzept, das mich anspricht, für den GRÜNEN Wandel in Berlin zu kämpfen. Die Kommunen sind auch in vielen anderen Bereichen auf Unterstützung aus und Verlässlichkeit in Berlin angewiesen. Ob Energiewende oder Grundsicherung, Flüchtlingspolitik oder Mietobergrenzen, unsere Konzepte haben immer auch Auswirkungen auf kommunaler Ebene und damit direkt auf die Situation der Bürger\*innen. Das müssen wir im Auge behalten, für den kommunalen Aspekt der GRÜNEN Konzepte will ich mich einsetzen.

Einsetzen will ich mich für GRÜNE Familienpolitik. Als Mutter von vier Kindern bringe ich eine Fülle von Erfahrungen und Kompetenzen mit, die ich in diesem Politikfeld einbringen will. Für eine Familie ist Zeit notwendig, doch die kann man mit dem Betreuungsgeld nicht kaufen. Familien brauchen Teilhabe, darum müssen wir gegen Kinderarmut kämpfen. Familien brauchen innovative Konzepte, die allen Generationen gerecht werden. Dafür haben wir GRÜNEN die richtigen Konzepte.

Deutlich versagt Schwarz-Gelb in der Frauenpolitik. Die Hälfte der Macht – dafür müssen wir heute wie schon seit Jahrhunderten kämpfen. In unserer Gesellschaft, bei der Bezahlung und bei der Anzahl der



Chefsessel. Ich will frech und unbequem Gleichberechtigung einfordern und mich nicht auf Flexiquote und vage Versprechungen einer besseren Zukunft einlassen.

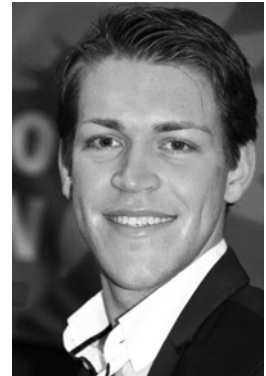
Wir brauchen starke GRÜNE in Berlin wie in Wiesbaden. Wir haben die Konzepte, ich freue mich auf einen knallgrünen Wahlkampf mit euch und auf Regierungsübernahme am 22. September.

**Bewerbung Cornelius Dehm, KV Limburg-Weilburg**

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bewerbe mich für einen Listenplatz auf der Bundestagsliste. Ich möchte mithelfen, dass starke GRÜNE für ein Ende der schwarz-gelben „Liebesheirat“ sorgen und gleichzeitig verhindern, dass Merkel wieder zu ihrem ach so bequemen Ex-Partner, den Sozis, in eine große Koalition zurückkehrt.

Ich bin 21 Jahre jung, studiere Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt und bin Direktkandidat des Wahlkreises Rheingau-Taunus/Limburg. In meiner Heimatstadt Limburg vertrete ich die GRÜNEN im Haupt- und Finanzausschuss und im Kreistag im Ausschuss für Raumordnung, Wirtschaft und Verkehr. Ich bin seit 2008 im Kreisvorstand der GRÜNEN Limburg-Weilburg und auf Landesebene bin ich seit mehreren Jahren in der LAG Wirtschaft und Finanzen aktiv.



Mir liegen die Themen Finanzen und Bildung besonders am Herzen.

Man kann Steuerpolitik nicht auf einfach, niedrig und gerecht reduzieren und sollte auch nicht mit dem Rasenmäher oder der Gießkanne einmal über alles rübergehen. Ein angemessener Spitzensteuersatzes, eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Erben und ein Unternehmenssteuerrecht, das verhindert, dass hier erwirtschaftete Gewinne im Ausland steuerfrei verbucht werden können, sind die Herausforderungen vor denen eine GRÜNE Bundesregierung steht.

Die ermäßigte Mehrwertsteuer ist zu einer Branchensubvention für Hotels und Skilifte verkommen. Dass diese 7% Mehrwertsteuer zahlen und Babywindeln aber mit 19% besteuert werden, zeigt, dass wir die Gestaltung der Verbrauchssteuern auf ihren Sinn prüfen müssen.

Ich möchte in keiner Gesellschaft leben in der es normal ist, dass die deutsche Wirtschaft der Krisengewinner Europas ist aber gleichzeitig die Bevölkerungen in Europas Krisenstaaten und die Bevölkerung Deutschlands die Folgen der Krise tragen sollen.

Deutschland muss seiner Verantwortung in Europa gerecht werden. Dazu gehört, die Krisenstaaten und die dortige Wirtschaft direkt zu unterstützen. Wir müssen aber auch die Armutswanderung von den Krisenstaaten nach Deutschland als Tatsache anerkennen, für die Deutschland Mitverantwortung trägt. Wir sollten verstehen, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist, sich diese Menschen in Deutschland eine Existenz aufbauen und teilweise nicht wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren werden. Wir alle sind Europa.

Bildung eröffnet Zukunft. Deshalb ist der freie Zugang zu Bildungsangeboten eine Gerechtigkeitsfrage. Wenn Land und Bund die Hochschulen ausbauen, die zusätzlichen Studienplätze sich allesamt auf Bachelor-Abschlüsse beziehen und kein einziger Masterplatz gefördert wird, ist das unzureichend! Die Zulassung zum Master darf nicht weiterhin ein zweiter numerus clausus sein. Wir brauchen eine

Reform der Bologna Reform, um die versprochen Ziele (u.a. Einführung Bachelor/Master bessere Vergleichbarkeit der Abschlüsse, mehr Mobilität der Studierenden) zu erreichen.

Ich bitte um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung für meine Kandidatur auf der Landesliste.

Viele Grüße

Cornelius Dehm

## Bewerbung Thomas Flügge, KV Kassel-Stadt

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Merkel-CDU hat in den vergangenen Jahren einige Kehrtwendungen vollzogen. Nur in der Familienpolitik klebt die CDU – trotz einer Ministerin meiner Generation – beharrlich an einem antiquierten Leitbild. Sie sieht in der herkömmlichen Ehe zwischen Mann und Frau das präferierte und zu fördernde Gesellschaftsmodell. Für uns Grüne ist Familie da, wo Kinder sind und wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir wollen, dass der Staat hier für gleiche Ausgangsbedingungen sorgt. Als Arbeiterkind ist es mir ein besonderes Anliegen, soziale Ungleichheit und Bildungsarmut zu überwinden. Bei Kindern entscheidet oft noch immer die soziale Herkunft über ihre Erfolge im Bildungssystem und junge Frauen – und mittlerweile auch viele junge Männer – fragen sich, wie sich die Wünsche nach Familie und beruflicher Entwicklung in Einklang bringen lassen. Ich möchte in Berlin eine gerechte Familienpolitik mitgestalten und helfen, das Sammelsurium sich widersprechender familienpolitischer Maßnahmen zu überwinden. Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Kernanliegen unserer Familienpolitik sein.



Glaubwürdige Familienpolitik braucht gleichermaßen eine Erdung auf der persönlichen, also kommunalpolitischen, Ebene wie auch eine starke Lobby auf Bundesebene. Unsere gute kommunalpolitische Arbeit gerade durch die Verbindlichkeit unserer vielen Grünen Dezernentinnen und Dezernenten ist dafür eine tragfähige Säule. Grundlage ist unser vernetztes Denken und Handeln. Nach vier Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag während der rot-grünen Koalition und jetzt sieben Jahren als Fraktionsgeschäftsführer der Kasseler Rathausfraktion habe ich das notwendige Gespür für die unterschiedlichen politischen Ebenen und deren Zusammenwirken entwickelt. Glaubwürdigkeit bedeutet auch, dass wir keine Versprechen machen, die nicht bezahlbar sind. Wir brauchen eine gerechte Steuerpolitik, die in Infrastruktur investiert und Kommunen und Ländern hilft, ihre finanzielle Notlage zu überwinden. Als zweites Standbein strebe ich im Bundestag daher einen Sitz im Haushaltsausschuss an.

Es ist Zeit für den Grünen Wandel. Mit eurer Unterstützung, viel Spaß und Engagement für die parlamentarische Arbeit möchte ich daran mitwirken.

Euer Thomas

### Biografisches:

1975 in Hamburg geboren; zwei Kinder (Jonna, vier Jahre und Lenny, ein Jahr); Studium in Freiburg, Edinburgh und Berlin; 2002-2006 Mitarbeiter bei Matthias Berninger, MdB; 2006-2013 Geschäftsführer Grüne Rathausfraktion Kassel, ab 06/2013 Fachgebietsmanager im Fachbereich Solarthermie an der Uni Kassel. 2001-2005 Mitglied der UNICEF Hochschulgruppe Berlin; Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen seit 2002; 2007-2009 Beisitzer im Vorstand der GAK Hessen; seit 2011 ehrenamtlicher Stadtrat.

## Bewerbung Antje Gesinn, KV Wetterau

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bewerbe mich um einen Platz auf der Landesliste für die Bundestagswahl und möchte mich daher kurz vorstellen.

Politische Hauptthemen:

Papier ist ein wichtiger Rohstoff. Doch auf diesen Rohstoff werden oftmals nur Dinge niedergeschrieben, die über das Format eines „Rohstoffes“ nicht heraus kommen. Es muss bei so wichtigen Themen wie beispielsweise Frauenrechte und Chancengleichheit nicht nur auf einer halbveredelten Basis zu Papier gebracht werden. Es gilt diese grundlegenden Werte soweit zu veredeln, dass sie von allen und jederzeit als eine Selbstverständlichkeit anerkannt werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass nicht mehr über die Themen Frauenrechte und Chancengleichheit endlos niedergeschrieben wird, sondern dass sie wie ein Selbstverständnis von der Gesellschaft gelebt werden. Es muss zum guten Ton gehören, dass Frauen als gleichberechtigte Partner in Beruf, Familie und Gesellschaft anerkannt werden. Und jeder, der sich nicht an diese Selbstverständlichkeiten hält, sich ausgrenzt.



Die Themen Tierschutz sowie Ernährung und Gesundheit sind sehr stark miteinander verbunden. Tierschutz muss in unserer Gesellschaft einen festen Bestandteil erhalten. Dieser kann sich nicht nur auf ein paar Tierrassen beschränken, sondern er muss alle Tiere umfassen. Daher gehört eine artgerechte Tierhaltung für mich zu einer grundlegenden Forderung. Dies betrifft natürlich ganz besonders die Massentierhaltung für unsere Ernährung. Durch die Förderung von vegetarischer und veganer Ernährung können wir hier zu einer Entspannung beitragen. Zumal der hohe Fleischkonsum nachweislich unserer individuellen Gesundheit schadet. Längst ist eine vegetarische Ernährung wissenschaftlich als die gesündere Alternative benannt.

Politik muss in jedem Bereich ganzheitlich gedacht und gelebt werden. Jeder Flügelschlag eines Schmetterlings hat weitreichende Wirkungen.

Politische Funktionen:

- Sprecherin des Kreisverbandes Wetterau
- Fraktionsvorsitzende GRÜNE Reichelsheim
- BDK – Delegierte des Wetteraukreises
- Mitglied BAG Tierschutzpolitik
- Mitglied LAG Tierschutzpolitik

Persönliches:

- Verbrachte meine Kindheit in Westafrika
- Ausbildung zur Industriekauffrau, Ausbildung zur Heilpraktikerin, Ausbildung in klassischer Homöopathie, seit 2002 eigene Praxis

- Seit 2011 Studium der Politologie und Soziologie an der Justus-Liebig-Universität in Gießen
- Verheiratet, zwei Kinder (16 Jahre und 20 Jahre)
- Wenn mir neben der Politik noch Zeit bleibt, verbringe ich diese mit Tanzen, Wandern mit meinem Hund und Lesen.

Stärken:

Organisationstalent, Überzeugungsgabe, Schweres leicht erklären, ziel- und ergebnisorientiertes Arbeiten, empathisch, kommunikativ, energetisch und engagiert.

Motto:

Gemeinsames Engagement für die GRÜNE Vision von einer solidarischen, gerechten und gesunden Welt.

Mehr unter: [www.antjegesinn.de](http://www.antjegesinn.de)

## Bewerbung Angelika Gunkel, KV Main-Kinzig

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit mehr als 30 Jahren bin ich Mitglied bei den GRÜNEN. Eingetreten bin ich, um daran mitzuwirken, dass die Lebensgrundlagen für uns, Kinder, Enkel und die kommenden Generationen erhalten und Ressourcen geschont werden. In zahlreichen Bürgerinitiativen und Umweltgruppen habe ich mich zusammen mit vielen anderen engagiert. Großer Widerstand und viel Energie waren nötig, um gegen Atomkraftnutzung und Kohlekraftwerke zu kämpfen – und in Hanau war dazu genügend Anlass und Gelegenheit. Für mich war dabei immer Handlungsmaxime, Alternativen im Blick zu haben, diese zu entwickeln und sich für sie einzusetzen.



Mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wurden die schlimmsten Befürchtungen bestätigt, dass Atomkraftnutzung unverantwortbar ist. Die EnergieWende schien damals nah, in vielen Gruppen wurde über Blockheizkraftwerke und Solarenergie diskutiert, Photovoltaikanlagen gemeinschaftlich installiert und Wege zu Energieeinsparung und Effizienz erprobt. Mit dem Erneuerbaren Energien Gesetz unter rot-grün wurden die Weichen dafür gestellt, dass sich immer mehr Menschen für umweltverträglichen Strom und Wärme aus regenerativen Energien entschieden haben. Leider musste es erst zur Katastrophe von Fukushima kommen, bevor schwarz-gelb sich halbherzig mit der EnergieWende beschäftigte. Im Unterschied zu 1986 konnte inzwischen niemand mehr leugnen, dass Strom ohne Atom und Kohle sowie Wärme ohne Öl möglich sind. Es ist höchste Zeit, dass GRÜNE wieder die EnergieWende organisieren, damit diese ein Vorbild auch für andere Länder wird.

Die Politik von schwarz-gelb hat dazu beigetragen, dass sich der Klimawandel beschleunigt und Ressourcen weiter in großem Umfang verschwendet werden. Für alle Zukunftsfragen wie Klimawandel, Nachhaltige Entwicklung, EnergieWende, umweltverträglichen Verkehr, Generationengerechtigkeit, sozialer Ausgleich, Bildung, Demographie und Partizipation etc. haben die GRÜNEN die richtigen Konzepte, basierend auf langer Erfahrung und Innovationskraft.

Zukunft geschieht nicht, sie ist gestaltbar. Ich bewerbe mich um einen Listenplatz bei der Bundestagswahl 2013, weil ich meine Erfahrungen einbringen und mich weiter an der Gestaltung einer Zukunft beteiligen will, in der die Erhaltung der Lebensgrundlagen selbstverständlich, der Umgang mit Ressourcen verantwortlich ist, soziale Teilhabe und Partizipation klar geregelt und verankert sind, 100% Erneuerbare Energie Realität und Klimaschutz Konsens sind. Hierfür sind die Voraussetzungen zu schaffen, ressortübergreifend und als Querschnittsaufgabe, dafür möchte ich mich in einer starken, bunten, kreativen und kompetenten GRÜNEN Bundestagsfraktion einsetzen.

Zu meiner Person

Angelika Gunkel, drei erwachsene Kinder, zwei Enkel

Geboren 1955 in Frankfurt/Main

Studium für Lehramt Haupt- und Realschule

2007-2012 Stabsstelle Umwelt/Agenda 21, Stadt Hanau, z. Z. Angestellte

Engagiert in Initiativen und Umweltorganisationen seit 1983

#### Politischer Werdegang

Seit 1981 Mitglied der GRÜNEN

1989-2007 Stadtverordnete in Hanau, Mitglied in zahlreichen Gremien

1989-2007 Mitglied Ortsbeirat Großauheim

seit 2011 Mitglied im Kreistag des Main-Kinzig-Kreises

stellvertretende Vorsitzende der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Vorstandsmitglied des Ortsverbandes Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hanau

Mitglied Parteirat Hessen



**Bewerbung Günter Heilmann, KV Frankfurt**

Liebe Freundinnen und Freunde,

wenn ein Werk beanspruchen kann, meine politische Initialzündung gebildet zu haben, dann dieses, welches mir als Teenie in die Hände fiel: „Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“, verfasst von Meadows et al. Obgleich aus den Siebzigern stammend, ist es auch heute noch erstaunlich aktuell. Gewiss! - Der Erkenntnishorizont ist weiter fortgeschritten, der Systemgedanke als Auslöser einer politischen Ökologie ist jedoch so frisch wie am ersten Tag, lässt sich gar nahtlos als Verlängerung von Rousseaus Hauptwerk „Du Contract Social ou Principes du Droit Politique“ - den ersten Beitrag zu einer Gesellschaftsvertragstheorie - betrachten.



Während des Studiums der Biologie und der Kommunalen Umweltplanung in Heidelberg, Frankfurt am Main sowie schließlich Karlsruhe beständige politische Nebentätigkeit; sei es außerparlamentarisch im Zusammenhang von Initiativen zum 'NATO-Nachrüstungsbeschluss', 'Gorleben' oder 'Startbahn 18 West', sei es parlamentarisch etwa als grüner Stadtverordneter von 1980-1982 (Rotation!) in Dreieich. Heute macht mir die Kommunalpolitik in Frankfurt am Main auf Ortsbeiratsebene Freude.

Angeschlossen in einer Reihe von Verbänden bestehen langjährige Mitgliedschaften beim „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. - BUND“, dem „Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland e.V. - VBIO“ sowie der „Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di“.

Das zeigt den Diplom-Biologen: Meine Themen, die ich zukünftig akzentuieren möchte, sind im Politikfeld Umwelt & Nachhaltige Entwicklung aufgestellt. Zuvorderst wird dabei die Energiewende im Zusammenhang mit der Vervollständigung des Ausstiegs aus der Kernenergie stehen müssen.

„Es gibt nichts Gutes / außer: Man tut es.“ [Erich Kästner]

Günter Heilmann

**Bewerbung Priska Hinz, KV Lahn-Dill**

Direktkandidatin Wahlkreis 172, Lahn-Dill-Kreis

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit vier Jahren haben wir eine Bundesregierung, die weder in der Lage noch Willens ist, die drängenden Probleme in Deutschland und Europa anzugehen. Die Kanzlerin veranstaltet fast 50 ergebnislose Gipfel in einer Legislatur, statt Politik zu machen. Die Energiewende wird sehenden Auges vor die Wand gefahren, gerechte Bildungschancen werden durch das Kooperationsverbot und teure Fehlanreize wie das unsinnige Betreuungsgeld verhindert, und die in Deutschland existierende Armut wird von dieser Bundesregierung einfach negiert.



Die schwarz-gelbe Koalition unter Angela Merkel hat in nur vier Jahren über 100 Milliarden Euro neue Schulden angehäuft und dabei keine einzige Entscheidung für die Konsolidierung des Bundeshaushaltes getroffen. Während sie unsere Pläne für ein gerechteres Steuersystem kritisieren, belasten Union und FDP Beschäftigte und Arbeitgeber durch ungenierte Griffe in die Sozialkassen, um die Notwendigkeit richtiger Reformen zu kaschieren. Das Thema Steuerhinterziehung ist nur auf der Agenda, weil Rot-Grün das Schweizer Steuerabkommen verhindert hat, mit dem sich kriminelle Steuerhinterzieher hätten rein waschen können. Uns Grünen ist es zu verdanken, dass sich Luxemburg bewegt und die Schweiz zu Nachverhandlungen gedrängt sieht. Von Steuergerechtigkeit, einer angemessenen Finanzierung von Ländern und Kommunen, von Investitionen in Bildung und Betreuung will Schwarz-Gelb nichts wissen.

In der Euro-Krise hat Schwarz-Gelb zu viel gezögert und verschoben. Am Ende musste oft die Europäische Zentralbank eingreifen, in deren Bilanz jetzt unvorstellbare Risiken schlummern. Anstatt wirksame Reformen umzusetzen, verhindert diese Bundesregierung in Brüssel einen Bankenrestrukturierungsfonds, mit dem Banken endlich durch Bankengelder statt durch Steuergelder abgewickelt werden könnten. Auch deshalb wird es Zeit für den grünen Wandel!

Wir Grüne sind bereit für die vor uns liegenden Herausforderungen und haben gute Konzepte für eine zukunftsfähige Gesellschaft erarbeitet. Wir wollen Investitionen in die Energiewende, in soziale Gerechtigkeit, in Bildung und Qualifizierung – aber wir wollen sie nicht auf Pump! Das grüne Wahlprogramm setzt konsequent auf eine Senkung der Neuverschuldung, auf den Abbau ökologisch-schädlicher Subventionen und auf ein gerechteres Steuersystem. Wir streiten für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft und eine tolerantere Gesellschaft. Und wir kämpfen für eine gerechtere Lösung der Krise in Europa, die nicht allein auf Sparen setzt, sondern den Menschen auch Perspektiven eröffnet.

Ich möchte weitere vier Jahre mit Euch zusammen daran arbeiten, diese Konzepte umzusetzen. Ich verspreche Euch einen engagierten Wahlkampf für ein gutes Ergebnis am 22. September.

Eure Priska Hinz

**Bewerbung Armin Jung, KV Werra-Meißner**

Bündnis 90/Die Grünen sind nicht nur eine Partei der Großstädte, sondern auch eine Partei der ländlichen Regionen. Mit meiner Kandidatur für Listenplatz 10 möchte ich dafür ein deutliches Signal setzen.

Ich möchte die ländlichen Regionen stärken: Zur Produktion ökologischer und gesunder Lebensmittel, zur Bewahrung unserer gewachsenen Kulturlandschaften und in ihrer Funktion als attraktiver Wohn-, Lebens- und Erholungsraum.

Der ländliche Raum bewahrt die Artenvielfalt und ist der Motor des Klimaschutzes und der Energiewende.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für den Interessenausgleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und den Generationen. Ich will an der Entwicklung von Konzepten für diesen Interessenausgleich mitwirken und die erforderlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit gestalten. Für mich stehen dabei Lösungen zur Bewältigung der sozialen Krise, der Umwelt-, Klima- und Ressourcenkrise und der Schulden- und Finanzkrise im Mittelpunkt.

Unser auf der BDK in Berlin verabschiedetes Wahlprogramm zeigt mit dem flächendeckenden Mindestlohn, der Anhebung des Spitzensteuersatzes, dem Abschmelzen des Ehegattensplittings und der steuerfinanzierten Garantierente den Weg in die richtige Richtung auf.

Ich halte weitere Schritte auf diesem Weg für erforderlich:

Erträge aus großen Vermögen müssen sozialversicherungs- und einkommensteuerpflichtig werden. Das ist viel effizienter als eine Vermögenssteuer.

Die Sozialversicherung ist zu einer echten Bürgerversicherung umzugestalten, und die unteren und mittleren Einkommen sind bei den Sozialabgaben ohne weitere Leistungsbeschränkungen zu entlasten.

Die erzielten zusätzlichen Steuereinnahmen möchte ich zur Finanzierung eines Schuldentilgungsfonds und der finanziellen Entlastung der Kommunen zur Erfüllung der ihnen auferlegten Pflichtaufgaben verwenden. Der Gestaltungsspielraum der Kommunen muss vergrößert werden, um die kommunale Daseinsvorsorge zu stärken, für bessere Erziehung, Bildung und Ausbildung, für mehr Klima- und Ressourcenschutz, für bezahlbaren Wohnraum und einen kundenorientierten ÖPNV.

Die kommunale Daseinsvorsorge muss durch eine flankierende Gesetzgebung begleitet werden. Klimaschutz ist Daseinsvorsorge im wahren Sinn der Wortbedeutung. Mehr Klimaschutz bedeutet für



mich vor allem deutlich mehr Energieeffizienz, mehr Einsparung von Nutzenergie und die Modernisierung der Energienetze.

#### Beruflicher Werdegang

Dipl. Ing. Maschinenbau Energie- und Verfahrenstechnik

Langjährige Tätigkeit in Industrieprojekten im Maschinen- und Anlagenbau

Seit 2005 Mitarbeiter von Sigrid Erfurth (MdL)

#### Parteiämter

Mitglied des Kreisvorstands in verschiedenen Funktionen unter anderem als Schatzmeister

Ortsverbandssprecher Eschwege

Parteiratsdelegierter

#### Mandate

Direktkandidat im Wahlkreis 169

Kreistagsabgeordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses des Werra-Meißner-Kreises,

Aufsichtsratsmitglied der Werratal Energie- und Umweltgesellschaft

Stadtverordneter, stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher in Eschwege

**Bewerbung Matthias Knoche, KV Marburg-Biedenkopf**

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bewerbe mich für Platz 6 der Landesliste zur Bundestagswahl.

Meine Themen: sozialer Klimaschutz, bezahlbarer städtischer Wohnraum und eine dauerhaft verlässliche Förderung von Wissenschaft und Forschung.

Die nachhaltige Sicherung der Wärmeversorgung ist eine der großen wirtschaftlich-technischen und sozialen Herausforderungen der Energiewende. Ich will, dass der Klimaschutz für alle bezahlbar bleibt.



Seit 2002 ist die staatliche Wohnbauförderung um unglaubliche 60% gekürzt worden. 2012 war der Wohnungsbau CDU/CSU und FDP nur noch 1, 1 Mrd. EUR wert. Die hohen Mieten sind hausgemacht, und es sind schwarz-gelbe Mieten. Unabhängig von energetischen Sanierungen sind deshalb in den Ballungszentren und Unistädten die Mieten gestiegen.

Es besteht einerseits ein Bedarf, vor allem durch gemeinwirtschaftliche Unternehmen, öffentlich geförderte Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen zu schaffen, zum anderen brauchen wir eine anspruchsvolle energetische Modernisierung, die die Mietshäuser von den Energiekosten abkoppelt.

Die traditionelle staatliche Förderung hat die Sozialwohnungen nicht vor dem Verkauf geschützt. Ich setze mich daher für eine bankenunabhängige Finanzierung als einen neuen Baustein in der staatlichen Förderung ein.

Der Einstieg in die Energieerzeugung und der Verkauf von Eigenstrom aus KWK und PV an Mieter wird von Schwarz-Gelb behindert. Bürokratische Hürden, unzuverlässige Förderung und steuerliche Ungleichbehandlung blockieren diejenigen, die sich im Klimaschutz sozial und wirtschaftlich engagieren wollen.

Der Verkauf der Universitätskliniken Gießen und Marburg an den Rhön-Konzern hat das Verhältnis von Krankenversorgung zu Forschung und Lehre in eine Schiefelage gebracht. Schwarz-Gelb setzt nicht nur das Renommee der Traditionsuniversitäten aufs Spiel, sondern auch die Existenz der beiden medizinischen Fachbereiche mit 5.500 Studierenden.

Bund und Land müssen auch in die privatisierten Universitätskliniken investieren, denn nur so kann neben der Krankenversorgung auch universitäre Spitzenforschung und Lehre gesichert werden.

Zur Beantwortung von Fragen stehe ich euch gerne zur Verfügung: 0175 361 77 68 oder [www.facebook.com/matthias.knoche.31](https://www.facebook.com/matthias.knoche.31) / [www.matthias-knoche.de](http://www.matthias-knoche.de).

Matthias Knoche

Zur Person

Geboren 1961 in Kassel, verheiratet

Bundestagsdirektkandidat für Marburg-Biedenkopf 2013 und 2009 (Landesliste Platz 8)

- Kreistagsabgeordneter in Gießen seit 2011
- Sprecher des KV Marburg-Biedenkopf und Parteiratsmitglied seit 2005
  
- Stadtverordneter in Marburg zwischen 1985 und 2000
- Im Vorstand von Stadt-/Kreisverband seit 1989
- Mitglied seit 1983
  
- Leitender Angestellter (Prokurist seit 2000) bei der kommunalen Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn
- Interims-Geschäftsführer der Marburger Altenhilfe GmbH (2007/2008), Mitglied des Aufsichtsrats
- Mitglied im NABU
- Vorsitzender des Kinder- und Jugendprojekts IKJG e.V.
- Kaufmann der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft
- Diplom-Soziologe

## Bewerbung Tom Koenigs, KV Gießen

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die Menschenrechte stärker in den Mittelpunkt von Innen- und Außenpolitik zu stellen, das ist mein Ziel seit ich im Bundestag bin.

Ab 2013 haben wir die Chance zu regieren. Natürlich möchte ich dann gern dabei sein, nicht in der Regierung - ich möchte vom Parlament aus unsere Regierung begleiten, am besten wieder im Menschenrechtsausschuss.



Insbesondere will ich mich dafür einsetzen, dass unsere Regierung das, was wir in der Opposition in Anträgen und Programmen erarbeitet haben, auch anpackt und umsetzt, z. B. dass Flüchtlinge Schutz finden und der Staat jeder Diskriminierung entgegentritt – prinzipienfest und organisiert.

Ich glaube, dass Deutschland in und mit den Gremien und Institutionen der Vereinten Nationen für Frieden und Menschenrechte weit mehr erreichen kann, als es die bisherige Regierung versucht hat.

Ich will aber auch, dass wir Grünen nie vergessen, dass wir aus einer basisdemokratischen Widerstandsbewegung kommen: Freiheit der Meinungsäußerung, Demonstrationenfreiheit und Freiheit im Netz sind für uns hohe Güter. Die MenschenrechtsverteidigerInnen in Deutschland und der Welt müssen sich darauf verlassen können, dass wir auf ihrer Seite stehen, gerade wenn wir regieren.

Wenn's um die Menschenrechte geht, bleibe ich jedem Staat gegenüber beharrlich, nervig und rebellisch.

### Geboren

25.01.44 verh.; drei Kinder

### Lehren/Studium

Bank-Kfm., BWL, Feingeräte-Elektroniker

### Berufl. Tätigkeiten

Wiss. Tutor, Schweißer, Buchhändler, Übersetzer, Taxifahrer, Verw.-Beamter

### Politische Ämter

Kassierer im KV Frankfurt (1983), dann Sprecher, Stadtverordneter, Umweltdezernent, Kämmerer in Frankfurt, 1997/99 Sprecher der Grünen Hessen

1999-2002 als Stellvertreter des Sondergesandten der Vereinten Nationen im Kosovo; 2002-04 Sondergesandter in Guatemala und von 2006-07 in Afghanistan

2005 Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe; seit 2008 im Vorstand von UNICEF Deutschland

Seit 2009 KV Gießen, MdB und Vors. des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Direktkandidat für WK Gießen

## Bewerbung Bernd Kunz, KV Groß-Gerau

Handeln statt nur Reden ist meine Devise privat + als Unternehmer. So habe ich in 2 Verfahren z. Ausbau d. Frankfurter Flughafens ein DV-System zur Erstellung individueller Einwendungen vorgeschlagen, umgesetzt + zus. mit Zukunft-Rhein-Main + den über 60 BIs weit über 100.000 qualifizierte Einwendungen erstellt, ein Fluglärmbeschwerdesystem entwickelt und betrieben (3.000 Beschwerden tägl.), lange vor dem EEG eine PV-Anlage installiert, ein Mehrfamilien-Passivhaus geplant und gebaut, mein Wohnhaus energetisch saniert, den Widerstand gegen eine Umgehungsstraße organisiert + diese bis heute verhindert + eine Bürger-Energiegenossenschaft mitgegründet.



Als Unternehmer war ich als Berater bei Banken, in der Telekommunikation und beim Aufbau von Internet-Plattformen für Erneuerb. Energien aktiv.

Meine Erkenntnis, Vorbeugen ist besser als Verhindern, hat mich 2010 bewogen der Partei B90/Grüne beizutreten. Seit 2011 arbeite ich als Stadtverordneter. Mit meiner Kandidatur für den Bundestag möchte ich mein Wissen + umfangr. Erfahrungen mit Banken, Erneuerb. E., Energieeffizienz, Naturschutz, Internet, Fluglärm + kommunaler Finanznotstand einbringen, um zukünftig aktiv Grüne Politik zu gestalten + die Bundestagsfraktion besser mit der Basis zu vernetzen.

Meine wichtigsten Ziele sind: Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen, vor allem im Bereich d. stark unterfinanzierten Kinderbetreuung, Umverteilung von Reich nach Arm, Finanztransaktionssteuer, komplette Überprüfung aller geplanten Projekte im Bundesverkehrswegeplan, Verbess. d. gesetzl. Schutzes vor Fluglärm, Stärkung des Naturschutzes, Reduzierung des Flächenverbrauchs, schnellerer Ausbau erneuerb. + dezentraler Energieerzeugung, schnelleres Abschalten der AKWs, Abbau der Subventionen für nicht-erneuerb. Energien.

Lebenslauf Dipl.-Math. Bernd Kunz

geb. als Sohn eines Maurerpoliers am 25.12.1953 in Mörfelden-Walldorf, Kreis GG; ev.; verheiratet; 3 Kinder; Studium Mathe+Physik, J.W.Goethe-Uni Frankfurt a.M. (1978 Diplom)

1979 – 1982 Siemens AG, München

1982 – 1994 Projektmanager/Bereichsleiter Finanzdienstleistungen Deutschland, Luxemburg, Schweiz Ploenzke Informatik, Wiesbaden

Seit 1994 alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer der ASPIA – Automatisierte Software-Produktion und Informatik-Architektur GmbH: Beratung von Banken, Entwicklung einer Suchmaschine sowie von Internetportalen z.B. für Lärm-Messungen, Solarerträge, Bürger-Energiegenossenschaft

Seit 1984 Mitglied im BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (Vorstand KV GG bis 2013)

Seit Oktober 2010 Mitglied der Partei B90/Grüne

Seit 2011 Stadtverordneter im Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf und Mitglied im Haupt- + Finanzausschuss, Ausschuss für Umwelt, Ver- und Entsorgung + gegen Flughafenerweiterung sowie in der Betriebskommission der Stadtwerke.

2012 Mitbegründer der BürgerEnergieRheinMain eG und dort im Aufsichtsrat



## Bewerbung Axel Lecke , KV Kassel-Land



Liebe Freundinnen und Freunde,

nach dem 22. September wollen wir im Bund Regierungsverantwortung übernehmen und ich bin sicher, mit einem Ergebnis, das unsere Mitgestaltung in der Vergangenheit in den Schatten stellt. Mit dem neuen Bundestagswahlprogramm „Zeit für den grünen Wandel“ haben wir uns nicht nur inhaltlich gut aufgestellt, sondern sind auch der Bevölkerung viel näher gerückt.

Der Bürger ist das Wichtigste bei unserer politischen Arbeit und er braucht unseren grünen Wandel. Deshalb kandidiere ich für den Wahlkreis 168 und bewerbe mich für die Landesliste. Ich möchte dafür sorgen, dass im Großen wie im Kleinen der Bürger regiert, dessen Stimme ernst genommen wird, ohne unsere Visionen zu vergessen. Meine große Stärke ist es aus der Praxis Ideen und Visionen zu entwickeln und so zu reden, dass es jeder versteht.

Es gibt immer noch mehr Skandale in der Landwirtschaft als Biolandwirte. Die kleinbäuerlichen, für den Kunden überschaubaren Höfe, sterben und die Agrarindustrie wächst. 0,9 % Forschungsgelder gehen in die Biolandwirtschaft und 99,1 % in die konventionelle, mit Chemie und ihren Folgen. Die Produktion von Bioschweinefleisch in Deutschland liegt bei unter 1 %. Eier kommen zu 80 % aus dem Ausland. Ein Erntehelfer arbeitet in Deutschland für rund 3 Euro. Ein Landwirt kann nicht mehr gegen Biogas konkurrieren, weil Pachtzinsen ins Unermessliche steigen. Hier braucht es neue Visionen und soziale Gerechtigkeit und dafür möchte ich kämpfen.

Die Bildung ist das Kapital der Zukunft und wird mit Füßen getreten. Freie und individuelle Bildung nur für die, die es sich leisten können, ist ein Weg, den ich nicht akzeptieren kann. Bildung ist die Grundlage der sozialen Gerechtigkeit. Insgesamt liegt mir die Entwicklung des ländlichen Raumes und seiner Wirtschaftsleistung in seiner Gesamtheit am Herzen. Hier liegt das große Potential für die Zukunft. Hierfür stehe ich und bitte um eure Unterstützung.

Axel Lecke

Zu meiner Person:

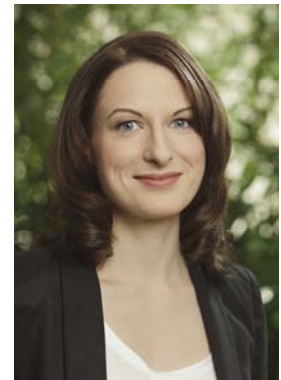
- 43 Jahre alt, in Ahnatal-Weimar geboren
- verheiratet, 2 Kinder
- selbständiger Kommunaldienstleister
- Biolandwirt, Landschaftspfleger mit Schafen
- Bildung: noch nicht abgeschlossen, denn ich bin für lebenslanges Lernen

Politische Arbeit:

- Gemeindevertreter in Ahnatal
- Kreisvorstand Kreisverband Kassel-Land

Ehrenamtlich:

- Bauausschuss ev. Kirchengemeinde Weimar
- Vorsitzender Förderverein Helfensteinschule Weimar
- Schulelternbeiratsvorsitzender der Elisabeth-Selbert-Schule Zierenberg
- Mitglied im Förderverein der Elisabeth-Selbert-Schule
- Mitglied der GEH e.V.

**Bewerbung Nicole Maisch, KV Kassel-Stadt**

Liebe Freundinnen und Freunde,

als Obfrau im Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz habe ich in den letzten Jahren hautnah miterlebt, wie Schwarz-Gelb die Einzelinteressen der Agrarindustrie und großer Unternehmen über die Interessen der Allgemeinheit stellt. Verbraucherrechte oder Tier- und Umweltschutz haben bei Union und FDP nicht annähernd die nötige Priorität.

Unsere grüne Verbraucher- und Agrarpolitik sieht ganz anders aus: Wir stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft, die ökologisch und regional ist. Wir wollen weder tierquälerische Massentierhaltung, noch die Abholzung von Regenwald oder die Vertreibung von Kleinbauern für unsere Sojafutterimporte. Fleisch in Maßen statt Massentierhaltung ist nicht nur eine Frage individueller Lebensstile, sondern auch eine Kampfansage an schwarz-gelbe Agrarpolitik.

Wir Grüne machen Politik für eine gesunde und nachhaltige Ernährung von Anfang an. Dazu gehört eine gute Kita- und Schulverpflegung mit regionalen Bio-Produkten. Gentechnik und Pestizide haben auf dem Teller nichts zu suchen

Grüner Verbraucherschutz ist auch eine Frage gerechter Teilhabe. Denn wer wenig hat, dem tut Abzocke besonders weh. Auch deshalb kämpfen wir für eine Finanzmarktregulierung im Anlegersinn, für ein Girokonto für alle und für soziale und ökologische Mindeststandards bei der Riesterrente.

In meiner Arbeit als grüne Verbraucherpolitikerin habe ich die enormen Chancen, aber auch die Grenzen des grünen Konsums erkannt. Ich stehe für Politik mit dem Einkaufskorb und streite für verlässliche Siegel, transparente Information und ein öko-faires öffentliches Beschaffungswesen.

Allerdings kann strategischer Konsum nicht Regulierung ersetzen. Menschenrechtsstandards, Umwelt- und Klimaschutz und ArbeitnehmerInnenrechte müssen wir gesetzlich und durch internationale Abkommen ausbauen und verteidigen – das zeigen nicht zuletzt die furchtbaren Fabrikbrände in Bangladesch.

Als Abgeordnete einer Region, die durch die Erneuerbaren vom wirtschaftlichen Sorgenkind zur Boomregion geworden ist, liegt mir die Energiewende besonders am Herzen. Ich will verhindern, dass Merkels Rolle rückwärts bei der Energiewende und der schwarz-gelbe Fracking-Wahnsinn den Klimaschutz und den wirtschaftlichen Aufschwung zunichte machen.

Wir brauchen den Wechsel und gemeinsam schaffen wir das auch – in Hessen und im Bund.

Deshalb bitte ich euch um eure Stimme für Listenplatz 3.

Persönliches: 32 Jahre alt, ein Sohn, geboren in Hanau, seit 12 Jahren Kasselerin, Politikwissenschaftlerin, Vegetarierin, Leserin, Freundin von Indie-Musik und guten Filmen, Mitglied bei ver.di, BUND und VCD.

Politisches: Seit 2007 im Bundestag, Sprecherin für Verbraucherpolitik und Obfrau im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Mitglied der Regionalversammlung Nordhessen, davor Landesvorsitzende der Grünen Jugend Hessen, frauenpolitische Sprecherin der Grünen Hessen, Stadtverordnete in Kassel, Asta-Referentin.

**Bewerbung Felix Möller, KV Frankfurt**

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit der Antike besteht die Idee, dass Politik sich am Gemeinwohl ausrichten soll. Sicher kann man darüber streiten, wie das Gemeinwohl im Detail aussieht. Aber wenn in einem Land die soziale Spaltung und die Staatsverschuldung in extremem Maße anwachsen, wenn unsere Wirtschafts- und Lebensweise auf eine Klimakatastrophe zusteuert, wenn Menschen diskriminiert und ausgegrenzt werden, dann läuft die Politik offensichtlich gehörig schief.



Wir treten bei der Bundestagswahl mit einem durchdachten Programm und klugen Köpfen an und wir bieten den Menschen eine klare Alternative an zur menschenfeindlichen neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte. Und zwar die Vision einer ökologisch-sozialen Transformation. Wohlstand, an dem alle teilhaben, Umweltschutz und Menschenrechte sind bei uns keine Lippenbekenntnisse, sondern Maßstab unseres politischen Handelns. Dabei sind unsere Reformpläne alle gegenfinanziert.

Diesen GRÜNEN Wandel will ich als Abgeordneter im Bundestag mitgestalten. Dazu zählt für mich auch der Einsatz für eine andere politische Kultur. Korruption und Basta-Politik lehne ich ab. Das Gemeinwohl braucht mehr Demokratie und mehr Zivilgesellschaft.

Zu den GRÜNEN bin ich über den Kampf für die Menschenrechte gekommen. Als Jugendlicher habe ich schon bei amnesty international Unterschriften gesammelt und ich bringe viele Erfahrungen aus der Kampagnenarbeit mit. Ich bin Direktkandidat im Wahlkreis Odenwald und kandidiere für den Listenplatz 8. Die LAG Frieden, Europa, Internationales hat meine Kandidatur mit einem Votum unterstützt.

Über eure Unterstützung würde ich mich sehr freuen. Weitere Infos zu mir und meinen Positionen findet ihr auf meinem Blog [www.felix-moeller.info](http://www.felix-moeller.info).

Mit solidarischen Grüßen

Felix Möller

Zur Person

geboren am 5.11.1986 in Schwalmstadt  
verheiratet

Kontakt

0151-54 67 36 24

[felix-moeller@hotmail.de](mailto:felix-moeller@hotmail.de)

[www.felix-moeller.info](http://www.felix-moeller.info)

## Lebenslauf

- 2011 – 2013 Masterstudium im Fach Internationale Studien und Friedens- und Konfliktforschung an der Technischen Universität Darmstadt und der Goethe-Universität Frankfurt (Main)
- 2010 – 2011 Sachbearbeiter bei HUK-Coburg Assistance in Frankfurt (Main)
- 2007 – 2011 Bachelorstudium in den Fächern Politikwissenschaft und Romanistik an der Goethe-Universität Frankfurt (Main)
- 2010 Praktikum bei der Abgeordneten und Vizepräsidentin des Hessischen Landtags Sarah Sorge, Bündnis90/DIE GRÜNEN
- 2008 – 2009 Studium im Rahmen des Erasmus-Austauschprogramms am Institut d'Études Politiques in Lyon, Frankreich
- 2006 – 2007 Zivildienst im Kreiskrankenhaus Frankenberg (Eder)
- 2006 Abitur an der Herderschule Kassel

## Fremdsprachen

Englisch, Französisch, Spanisch

## Mitgliedschaften

Bündnis90/DIE GRÜNEN

- Direktkandidat der GRÜNEN im Wahlkreis Odenwald
- Mitglied der LAG Frieden, Europa und Internationales und der LAG Queer
- Delegierter im Europakomitee des Hessischen Landtags

amnesty international

Junge Europäische Föderalisten

Verein Deutsche Sprache

**Bewerbung Omid Nouripour, KV Frankfurt**

Bewerbung um Platz 2 der Landesliste zur Bundestagswahl

Liebe Freundinnen und Freunde,

am 22. September ist es soweit. Nicht nur in Wiesbaden, sondern auch im Bund kann Schwarz-Gelb endlich abgewählt werden. Das ist längst überfällig, denn diese Bundesregierung ist am Ende. Sie wird allenfalls für vier Jahre Planlosigkeit, Klientelpolitik und Realitätsverweigerung in die Geschichtsbücher eingehen. Und das, obwohl wir vor riesigen Herausforderungen stehen.



Viele Regionen der Welt sind im Umbruch, beispielsweise der arabische Raum und der Norden Afrikas. In vielen Regionen der Welt herrschen extreme Armut und Hunger, Ressourcen und Lebensmittel sind weiterhin ungerecht verteilt. Es ist unverantwortlich, dass an den Börsen mit Nahrungsmitteln spekuliert wird. Dem muss dringend ein Riegel vorgeschoben werden.

Ebenfalls endlich streng reguliert werden muss der Handel mit Waffen und Rüstungsgütern. Die schwarz-gelbe Bundesregierung beschließt weiterhin im geheimen Hinterzimmer milliardenschwere Rüstungsexporte auf die arabische Halbinsel und in andere Spannungsgebiete der Welt. Gleichzeitig verwandelt sie kooperative Entwicklungszusammenarbeit in eine kalte Interessen- und Außenwirtschaftspolitik.

Zu den Schlüsselthemen grüner Politik gehört schon immer der Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte. Dies gilt innenpolitisch, wo unser volles Engagement beispielsweise in der Asyl- und Flüchtlingspolitik weiterhin unverzichtbar ist, dies gilt aber genauso auch außenpolitisch, wo die Bundesregierung dem Wunsch nach vermeintlicher Stabilität den Vorzug vor einer aktiven Menschenrechtspolitik gibt.

Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie notwendig der Grüne Wandel ist. Wir sind ein starkes Team und wir haben starke Konzepte. Damit wollen und können wir dafür sorgen, dass Rot-Grün in Hessen und in Berlin das Ruder übernimmt und einen Neuanfang einleitet. Dafür möchte ich an Eurer Seite kämpfen und bewerbe mich deswegen erneut um Platz 2 der hessischen Landesliste für die Bundestagswahl. Dafür bitte ich um eure Unterstützung und euer Vertrauen.

Viele Grüße,  
Omid

Zur Person: Geboren 1975 in Teheran (Iran), „Frankfurter Bubb“ seit 1988, seit 1996 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen, Sprecher der Grünen Jugend Hessen von 1999 bis 2003, LAG- und BAG-Sprecher, Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen von 2002 bis 2006, seit 2006 Mitglied im Deutschen Bundestag, seit 2009 Sprecher für Sicherheitspolitik der Grünen Bundestagsfraktion, seit Dezember 2011 Kreisvorstandssprecher der Frankfurter Grünen, Grüner Direktkandidat im Frankfurter Wahlkreis Frankfurt II (183)

**Bewerbung Enno Pflug, KV Hochtaunus**

Liebe hessische Grüne,

mein Name ist Enno Pflug. Ich bin am 17. Mai 1975 in Kronberg geboren, in Bad Homburg und Schmitteln aufgewachsen und später in Neu-Anspach und Usingen (Abitur mit Schwerpunkt Ernährungslehre) zur Schule gegangen. Ich bin seit 1987 Vegetarier aus freien Stücken, seit 2005 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und vertrete grüne Interessen im Stadtparlament von Neu-Anspach seit 2006. Entspannung finde ich mit meiner Familie unterwegs – zu Fuß oder mit dem Fahrrad in der Natur.



In der nächsten Legislaturperiode möchte ich auf Bundesebene für unsere grünen Ziele eintreten, sie verständlich in der Öffentlichkeit vertreten und energisch auf der politischen Bühne agieren.

Seit 1995 arbeite ich journalistisch, seit 2002 bei einem Automobilzulieferer in der Öffentlichkeitsarbeit. Ich habe gelernt, komplizierte Zusammenhänge verständlich zu präsentieren. Für Bündnis 90/Die Grünen will ich auf Bundesebene meine ganze Arbeitskraft dafür verwenden, gerade in den Bereichen Energie, Gesundheit, Kultur und Verkehr unsere grünen Positionen zu vertreten. Ich will mit dafür sorgen, dass wir Grünen in der nächsten Regierung auch in harten Diskussionen menschlich und für die Menschen verständlich bleiben und für ein sozialeres Miteinander sorgen. Wir müssen es schaffen, dass Talente und Begabungen früh und unabhängig vom sozialen Hintergrund gefördert werden. Hier blüht jeder eingesetzte Steuer-Euro langfristig ganz besonders sichtbar wieder auf.

Meine politische Arbeit auf lokaler Ebene ist vom Gedanken der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen geprägt. Nicht zuletzt meine drei eigenen Kinder (3 Monate, 5 und 8 Jahre) sind für mich ständige Erinnerung, dass unsere Entscheidungen auch für die nachfolgenden Generationen vertretbar sein müssen.

Ich komme aus einer Künstlerfamilie. Meine Eltern – Jahrgang 1932 – haben mich früh mit der Friedensbewegung in Kontakt gebracht, den Zusammenhang von gesunder Ernährung und sozialer Gerechtigkeit vorgelebt und mich zum Schreiben und Diskutieren angeregt. "Anecken" lernte ich früh und werde auch zukünftig nicht vor deutlichen, wohlüberlegten Worten zurückschrecken.

Das Jahr 1986 hat mich besonders geprägt. Mit der Challenger-Explosion im Januar '86 wurde mir bewusst, dass nicht alles, was technisch möglich ist, auch in der von mir erträumten Perfektion umgesetzt wird. Die Angst vor den Auswirkungen eines Atomunfalls wurde dann mit Tschernobyl so unglaublich greifbar und veränderte meine Sicht auf die Technik im wahrsten Sinne des Wortes nachhaltig. Wir Grüne werden mit dem Regierungswechsel im September die Weichen stellen, um den verkorksten Start in die Energiewende zu einem für die Menschen erfolgreichen Projekt zu verändern und für sozialere Strukturen sorgen.



Ich würde mich freuen, mit Eurer Unterstützung, GRÜNE Politik mit hessischen Wurzeln in Berlin für alle Menschen machen zu dürfen.

Enno Pflug  
Pfarrgasse 17A  
61267 Neu-Anspach  
Telefon 06081 443455  
Mobil 0178 1705075  
[enno@pigge.de](mailto:enno@pigge.de)

## Bewerbung Andreas Romppel, KV Wiesbaden

Bundestagswahl 2013: Bewerbung als Kandidat für den 8. Platz auf der hessischen Landesliste



Liebe Freundinnen und Freunde,

in unseren Kernfeldern sind wir GRÜNE bestens aufgestellt. Energiewende, Bildung, Integration, Gleichstellung, Mobilität, Arbeit, Soziales und Wirtschaft – das können wir, und das wissen die Menschen auch. Wenn wir am 22. September aber noch breitere Wählergruppen von uns überzeugen wollen, müssen wir in allen Politikfeldern ein grünes Angebot machen. Dazu will ich gerne mit meinen Kompetenzfeldern Netzpolitik sowie Innen- und Sicherheitspolitik beitragen.

Eine der wichtigsten Herausforderungen in Politik und Gesellschaft in den nächsten zehn Jahren ist für mich – neben der Energiewende – die Digitalisierung aller Lebensbereiche. Sie bringt ungeheure Chancen und verändert ganz massiv, wie wir arbeiten und einkaufen, wie wir kommunizieren und unsere Freizeit gestalten.

Ich will diesen digitalen Wandel „grün gestalten“ – das heißt, Menschen- und Bürgerrechte sowie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zum Maßstab für die Entwicklung neuer Regeln machen, die uns z.B. vor Angriffen auf unsere Privatsphäre durch Staatstrojaner, Überwachungsdrohnen und automatische Gesichtserkennung schützen.

Netzpolitik dürfen wir weder technokratischen Chaoten noch lobbygetriebenen und gleichzeitig ahnungslosen Schwarz-Gelben überlassen. Was dabei herauskommt, sehen wir ja: ein sinnloses Leistungsschutzrecht, eine Bestandsdatenauskunft, die für den gläsernen Bürger sorgt, der Abmahn-Wahnsinn bei Urheberrechtsfragen sind schlimme Beispiele.

Ein weiteres Politikfeld, das mich sehr bewegt, ist die Innen- und Sicherheitspolitik – und hier besonders die dringend notwendige Geheimdienstreform. So etwas wie die NSU-Mordserie darf sich nie mehr wiederholen – deshalb müssen wir u.a. den Verfassungsschutz ganz grundlegend reformieren.

Das muss nicht nur fachlich kompetent, sondern auch auf Basis starker grüner Prinzipien umgesetzt werden – sonst landen wir umgehend in einem Überwachungsstaat, der unschuldige BürgerInnen massenhaft verdächtigt, der die zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechts weiter ignoriert und genau deshalb den wirklich gefährlichen Tätern nicht auf die Spur kommt.

Ein paar Daten zu mir...

Schon immer: Grün im Herzen. Seit 2010: Mitglied im KV Wiesbaden. Aktuell: Arbeit im Kreisvorstand, Parteirats- und BDK-Delegierter, Sprecher der LAG Medien- und Netzpolitik, BAG-Delegierter, Gründungsmitglied des AK Grüne Amerikapolitik.

Direktkandidat für und Votum vom KV Wiesbaden. Votum der LAG Medien- und Netzpolitik.

Politikstudium in Marburg, Tokyo und Berlin. Tätigkeiten als Redakteur, Lektor und Berater. Buchautor. Seit etwa zehn Jahren selbstständig als Wettbewerbsbeobachter. Jahrgang 1965, aufgewachsen in Kaiserslautern, verheiratet, zwei Söhne (10 und 16 Jahre alt).

Mein Motto: Schlechte Laune ist ein Denkfehler!

[www.andreas-romppel.de](http://www.andreas-romppel.de) – [andreas.romppel@gruene-wiesbaden.de](mailto:andreas.romppel@gruene-wiesbaden.de) – Twitter: @konkurrenzlos

## Bewerbung Hildegard Scheu, KV Fulda

Direktkandidatin für den BT-Wahlkreis Fulda

geb. 1956 in Bonn, verheiratet

Psychologin und Politikwissenschaftlerin, Promotion zu Frauenarbeit und Frauenorganisationen in Indien

beruflich in der Entwicklungszusammenarbeit tätig (u.a. für GIZ, Medico International und selbstständig), Lehrbeauftragte (Uni Frankfurt), EU-Wahlbeobachterin



Liebe GRÜNE Freundinnen und Freunde,

seit über 30 Jahren engagiere ich mich beruflich und politisch für eine gerechte und friedliche Welt. Wir stehen vor der Herausforderung, eine ökologisch-soziale Wende hier in Deutschland voranzutreiben und diese mit gleichgerichteten Initiativen überall auf der Welt zu vernetzen. In unserer globalisierten Welt reicht der Blick durch die „deutsche Brille“ nicht mehr aus. Ich möchte das Parlament und unsere GRÜNE Fraktion mit Fachkompetenz und internationalem Blick stärken:

- Weltweit nimmt die Umweltzerstörung weiter zu. Die Umwandlung von Naturräumen und kleinbäuerlichen Ackerflächen in industriell bewirtschaftete Monokulturen bedrohen die Lebensgrundlagen vieler Menschen. Auch in Deutschland hat das „Wachse oder weiche“ zu einer Verarmung der ländlichen Räume geführt. Ich will mich für Ökolandbau, artgerechte Tierhaltung und die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten einsetzen - in Deutschland, Europa und weltweit. Wir brauchen einen nachhaltigen Wandel im Rahmen einer Wirtschaftspolitik, in der das Gemeinwohl und das gute Leben aller zu zentralen Zielgrößen der Politik werden.
- Ich will die Energiewende mit vorantreiben und mich dafür einsetzen, dass Deutschland seinen Beitrag zum internationalen Klimaschutz leistet. Der Ausbau und die dezentrale Erzeugung der erneuerbaren Energien müssen unter Bürgerbeteiligung und in Bürgerhand erfolgen. Durch Technologietransfer, finanzielle Unterstützung und Fairness bei Im- und Exporten können wir zu nachhaltiger Energieerzeugung und Umweltschutz auch in Ländern des globalen Südens beitragen.
- Ich will mich weiter einsetzen für die Einführung und Umsetzung sozial-ökologischer Standards in der Auftragsvergabe und öffentlichen Beschaffung durch Bund, Länder und Kommunen. Und dafür, dass verantwortliches wirtschaftliches Handeln von Unternehmen gefördert und durch gesetzliche Regelungen gefordert wird.

Wir GRÜNE haben viele zukunftsweisende Konzepte und Strategien, für die wir bei den Bürgerinnen und Bürgern werben müssen. Dies will ich mit Euch zusammen mit all meiner Kraft tun.

Um im Bundestag mein politisches Engagement verstärkt weiterführen zu können, bitte ich um Euer Vertrauen und Eure Stimme.

Hildegard Scheu

GRÜNE Vita:

- Mitglied seit 2001
- 2004 – 2010 Sprecherin der LAG Frieden, Europa und internationale Politik (FREI)
- 2004 – 2009 Delegierte der LAG für die BAG Nord-Süd
- 2009 – 2010 Sprecherin der BAG Nord-Süd

Aktuell: aktive Mitarbeit in der LAG FREI und Kooptierte der BAG Nord-Süd.

Die LAG FREI unterstützt meine Kandidatur mit einem klaren Votum.

[www.hildegard-scheu.de](http://www.hildegard-scheu.de)

[post@hildegard-scheu.de](mailto:post@hildegard-scheu.de)

0170-8552699

## Bewerbung Jan Schierkolk, KV Frankfurt

28 Jahre alt  
 aus Frankfurt (& Neu-Isenburg)  
[jschierkolk@gmx.de](mailto:jschierkolk@gmx.de)  
 Skype: js\_ffm  
 GRÜN-aktiv u.a.:  
 seit 2008 im KV Frankfurt, inkl. Wahlkampf  
 seit 2009 in der LAG Frieden, Europa & Internationales (die mich unterstützt)  
 seit 2009 als hessischer Delegierter in der BAG Frieden & Internationales  
 seit 2012 als Frankfurter BDK-Delegierter



Hallo zusammen!

ich habe mich entschlossen, für einen hinteren Platz auf unserer nächsten Landesliste zur Bundestagswahl 2013 zu kandidieren – und dann mit Euch Wahlkampf zu machen, als wenn es um ALLES ginge. Denn das kommt der Realität wie ich finde sehr nahe!

Zu mir:

Mein Werdegang...

ist spätestens seit meinem einjährigen Wehr-Ersatzdienst in einem Sozialprojekt nahe der größten Müllkippe Guatemala-Stadts 2004/05 geprägt vom Interesse an anderen Ländern, Lebensverhältnissen und Kulturen. Zum Studieren oder Arbeiten war ich u.a. in Venezuela, im Kosovo, in der Türkei, in Texas, in der Schweiz, und in Ägypten. Was Tätigkeiten angeht habe ich auch einiges abgedeckt, vom Filmvorführer während der Schulzeit, über Jugendarbeit, sowie viele Demos (ob Biblis, Occupy oder Tahrir), bis zu einer deutschen Botschaft, dem Bundestag, der Umwelta Abteilung des Weltwirtschaftsforums, oder aktuell, der Finanz-Initiative des UN-Umweltprogramms.

Studieren durfte ich, und zwar...

internationale Politik, Wirtschaft, Geschichte, Recht, Soziologie und Sprachen (bisher: Englisch, Spanisch, Französisch, Türkisch, und etwas Arabisch). Was mit "klassischen" Außenpolitikthemen anfang, führte mich dabei schnell auch zu Menschenrechts-, sowie Finanz-, Handels-, Energie- und Umweltfragen. Dabei geht es mir, wie es eins unserer Mottos so schön ausdrückt, in der Tat "ums Ganze": All diese Themen (und mehr) gehören endlich konsequent zusammen angepackt!

Bei uns...

bin ich bisher ebenfalls vor allem außenpolitisch engagiert – aber nie losgelöst vom Rest unserer Arbeit. Wenn Ihr mich wegen meines Nomadentums noch nicht aus Hessen kennt, dann vielleicht z.B. von der 2012er BDK in Hannover, wo wir den von mir initiierten und über die BAG Frieden eingebrachten V-Antrag zum Kampf gegen Folter (Platz 2 von über 50 im Ranking) verabschiedet haben. Und auch

bzgl. unserer aktuellen Wahlprogramme war ich sehr aktiv. Insgesamt glaube ich, einen guten Überblick über unsere Strukturen zu haben, und effektiv mit ihnen arbeiten zu können.

Zu guter Letzt...

möchte ich trotzdem gestehen, dass ich mich mit dieser Kandidatur, wie auch seinerzeit mit meinem Partei-Eintritt, erst nicht leicht getan habe. Ich ahne mittlerweile, wie verrückt Politik sein kann. Gerade deshalb möchte ich mich aber mehr einbringen, und auch andere dazu motivieren!

Dafür reicht es mir, jetzt "nur" für einen hinteren Listenplatz anzutreten. Trotzdem wäre ich im Falle eines GRÜNEN Wunders natürlich auch so konsequent, die Verantwortung eines Mandates anzunehmen – und mich ihr mit 100% meiner Kraft zu widmen!

Ich würde mich sehr über Eure Unterstützung freuen!

Herzlich, Euer

Jan Schierkolk

## Bewerbung Kordula Schulz-Asche, KV Main-Taunus

Liebe Freundinnen und Freunde,

15 Jahre schwarz-gelb – die Hessinnen und Hessen wissen, wie diese Politik die Gesellschaft gespalten hat. Wir GRÜNEN haben dem in den letzten Jahren unsere Konzepte entgegengestellt; und ich bin stolz darauf, als Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete daran mitgewirkt zu haben. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Wir werden als sehr kompetent wahrgenommen; und die Umfragen zeigen eine deutliche Wechselstimmung weg von schwarz-gelb. Damit dies auch im Bund gelingt, möchte ich gerne die hessische GRÜNE Gruppe im Bundestag verstärken.



Gerade bei meinen bisherigen Schwerpunkten, Gesundheit und Demografischer Wandel, stößt Landespolitik oft an Grenzen. Die Finanzierung der Krankenhäuser wird in Berlin geregelt. Es gibt immer noch das ungerechte System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Die Bedingungen für gute Pflege und vor allem der Umgang mit an Demenz erkrankten Menschen beruhen auf einem Bundesgesetz. Alle akuten Probleme des Gesundheitswesens sind nach acht Jahren Merkel ungelöst, denn schwarz-gelb richtet die Politik an Lobbys und nicht an den Bedürfnissen der Menschen aus. Ich kämpfe mit euch gemeinsam für den Wechsel hin zu einer gerechten Politik, die gleiches Recht auf gute Gesundheitsversorgung und Pflege zum Ziel hat – und das sowohl im ländlichen Raum als auch in den Stadtteilen .

Die Menschen erwarten, dass unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht (und nicht versicherungswirtschaftsgerecht wie mit schwarz-gelb) reformiert werden. Dazu gehört auch die Teilhabe an Bildung und der Arbeitswelt für alle Generationen. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der man weder als Kind noch im Rentenalter in Armut leben muss und in der man sich auch im hohen Alter auf die Solidarität des Gemeinwesens verlassen kann. Es ist an der Zeit, dass endlich GRÜNE Konzepte, wie unsere Bürgerversicherung, für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Seit meiner Arbeit in Afrika beschäftigt mich Soziale Gerechtigkeit auch global. Während in Hessen bald die Hälfte der Bevölkerung 50 Jahre und älter sein wird, ist in den meisten Ländern der Welt die Hälfte der Bevölkerung jünger als 20 Jahre. Gesundheit, Bildung und Arbeit, politische Teilhabe, die Energiewende auch im globalen Maßstab sind für schwarz-gelb einfach kein Thema. Es ist an der Zeit, dass Entwicklungspolitik endlich vom Gedanken globaler Partnerschaft bestimmt wird.

Dafür bitte ich um eure Unterstützung und euer Vertrauen für meine Kandidatur auf Listenplatz drei der Landesliste zur Bundestagswahl.

Herzliche Grüße,

Eure Kordula

Kurz-Lebenslauf: Geboren am 31.12.1956, verheiratet, eine Tochter.  
 Krankenschwester, M.A. Kommunikationswissenschaften. 1986 - 1998 Burkina Faso, Ruanda, Kenia.  
 Gründungsmitglied der Alternativen Liste Berlin. Seit 2003 Landtagsabgeordnete (Main-Taunus-Kreis). Seit 2005 Landesvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen Hessen, stellv. Fraktionsvorsitzende



## Bewerbung Wolfgang Strengmann-Kuhn, KV Offenbach-Stadt

Liebe Freundinnen und Freunde,

in diesem Wahlkampf stellen wir Grüne neben der Energiewende das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt. Zurecht: Die Verteilungsschere ist in der Vergangenheit deutlich auseinander gegangen und wichtige Herausforderungen liegen vor uns. Wir haben als Partei in den letzten Jahren unsere sozialpolitischen Positionen weiterentwickelt und an Profil gewonnen. Ich habe dazu als rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und als Mitglied des vom Bundesvorstand eingerichteten Zukunftsforums „Antworten auf die auseinanderfallende Gesellschaft“ meinen Beitrag geleistet.



Grüne Rente: Nachhaltig finanziert und armutsfest

Schwerpunkt meiner Arbeit im Bundestag war die Erarbeitung eines Grünen Rentenkonzepts. Kern ist die Garantierente, eins der drei Schlüsselprojekte im Wahlprogramm für die soziale Sicherung. Damit wird denen, die lange rentenversichert sind, eine Rente über der Grundsicherung garantiert. Wir haben dazu ein finanzierbares und schnell umsetzbares Konzept vorgelegt, mit dem Altersarmut zielgenau vermieden und gleichzeitig die Akzeptanz der Rentenversicherung gestärkt wird. Wir brauchen außerdem die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer Bürgerversicherung, eine eigenständigere Sicherung von Frauen, die Schaffung von fließenden Übergängen in den Ruhestand und eine grundlegende Reform der Riesterrente.

Grüne Sozialpolitik: Selbstbestimmte Teilhabe für Alle

Als Mitglied des Zukunftsforums der Partei habe ich mich dafür eingesetzt, Freiheit und selbstbestimmte Teilhabe für Alle in das Zentrum der Grünen sozialen Idee zu stellen. Bekämpfung von Armut, Grundsicherung und Einführung von Mindestsicherungselementen in die Sozialversicherung, wie die Garantierente, sind Kernelemente Grüner Sozialpolitik. In den letzten Jahren habe ich mich u.a. an der Debatte um die Neuberechnung des Regelsatzes beteiligt. Als Mitglied einer Fraktions-AG habe ich an der Weiterentwicklung der Kindergrundsicherung mitgearbeitet. Im Zukunftsforum habe ich zusammen mit Matthias Wagner den Vorschlag einer Basissicherung für Erwerbstätige entwickelt.

Sozialpolitik und wirtschaftliche Kompetenz verbinden

Für mich als Volkswirt ist wichtig, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit zusammen zu denken. Der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft muss sozial abgesichert sein. Soziale Sicherheit schafft die Grundlage, sich kreativ und innovativ an dem Umbau zu beteiligen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen aber auch nachhaltig finanziert werden.

Daran möchte ich im nächsten Bundestag weiter arbeiten und kandidiere deswegen auf Platz 6 der Landesliste

Euer Wolfgang

zur Person

- promovierter und habilitierter Volkswirt mit den Schwerpunkten soziale Sicherung, Armutsforschung, Arbeitsmarkt und Genderökonomie
- seit 2008 Mitglied im deutschen Bundestag, bis zur Bundestagswahl 2009 Mitglied im Wirtschaftsausschuss, seitdem Mitglied im Arbeits- und Sozialausschuss und im Petitionsausschuss

**Bewerbung Caroline Chantal Tönges, KV Waldeck-Frankenberg**

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich um einen Listenplatz auf der Landesliste der GRÜNEN für die Bundestagswahl 2013. Ich bin Direktkandidatin im Wahlkreis 167 „Waldeck“.

2010 bin ich den GRÜNEN beigetreten nachdem ich ein Jahr zuvor in meine Wahlheimat Bad Wildungen gezogen bin. Dort bin ich seit Frühjahr 2011 Mitglied im Stadtparlament. Zur selben Zeit bin ich auch Mitglied im Kreistag Waldeck-Frankenberg geworden.



Da mir umwelt- und energiepolitische Themen sehr am Herzen liegen, konnte ich für meine Fraktion in den Umweltausschuss einziehen und bekam dort die Chance mich aktiv für die Energiewende vor Ort einzusetzen. Außerdem nehme ich gerne an den Treffen unseres Arbeitskreises für Energie und Umwelt teil, um mit anderen GRÜNEN Mitgliedern über aktuelle Themen im Landkreis, in Hessen und in Deutschland zu diskutieren.

Ich liebe es, mich kommunalpolitisch zu engagieren und möchte mich auch darüber hinaus für GRÜNE Ziele einsetzen. Deswegen habe ich mich Anfang des Jahres als Bundestagsdirektkandidatin für meinen Wahlkreis beworben und möchte nun in einen spannenden und fairen Wahlkampf 2013 starten.

Ich interessiere mich besonders für die Themen Umwelt- und Energiepolitik. Die Energiewende wird durch Schwarz-Gelb ausgebremst und ich denke, dass es Zeit wird für einen Wechsel. Fracking lehne ich ganz klar ab, da es zu viele Risiken birgt und da die Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt noch nicht absehbar sind.

Als Mitglied des hessischen Landesfrauenrates beschäftige ich mich auch mit Frauenpolitik und habe erkannt, dass es in diesem Bereich noch viel zu tun gibt. Auch hier hat Schwarz-Gelb viele Fehlentscheidungen getroffen. Insbesondere für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat Schwarz-Gelb nicht genug getan und das sollte sich in Zukunft mit uns ändern.

Ich studiere Gymnasiallehramt für die Fächer Politik und Französisch und bin momentan Regionalmitarbeiterin in Korbach.

Ich würde mich freuen, wenn Ihr mich auf die Landesliste wählen würdet.

Viele liebe Grüße

Caroline Chantal Tönges

## Bewerbung Sebastian Wackes, KV Waldeck Frankenberg



Geehrte Freunde u. Unterstützende,

hiermit möchte ich mich für die Bundestagswahl 2013 auf den Listenplatz 8 bewerben.

Warum? Mein persönliches Statut forciert dabei 3 Kernpunkte, der Themenbereich Umwelt ist insofern wichtig, als das er auch in der Wirtschaft viel zu selten als wichtiger Faktor eingestuft wird. Deshalb ist es für eine wirtschaftende u. wertschöpfende Gesellschaft, wie Deutschland, umso bedeutender Ökonomie u. Ökologie nicht nur als Kontrahenten sondern auch als gegenseitige Unterstützer zu verstehen. Der langfristige Erfolg kann nur mit umweltbewussten Handeln passieren, dafür ist es umso entscheidender nicht nur effektiv zu sein – „Die Dinge richtig tun“ sondern auch effizient zu sein – „Die richtigen Dinge tun“. Dabei ist es nicht nur ein unerhebliches Gebot Arbeitsplätze zu schaffen u. zu erhalten, sondern auch die Umwelt in der wir Tag täglich Leben zu beobachten, zu unterstützen u. zu bewahren. Denn wer sich an der lebendigen Natur laben kann, der weiß Sie auch zu wahren. Das Themenfeld Gesundheit ist nicht zuletzt durch zahlreiche EU-RL sowie deren Umsetzung aus dem Baum längst ein Dschungel geworden. Der Verantwortung es neu zu ordnen u. damit erklärbar verständlicher zu machen ist mir dabei ein wichtiges Ziel. Wieso? Mir selbst sind Erkrankungen nicht fern. Wer sich umschaute wird erstaunt feststellen wie wenig Menschen voller Vitalität sind. Nicht nur vor diesem Hintergrund stellt sich die berechnete Frage, ob unser gegenwärtiges Gesundheitssystem noch so bestand haben darf – ich meine nein. Das Gesellschaftsrecht ist ebenfalls im Wandel. Eine Reform im Bereich des Aktienrechts wird dringend notwendig, einerseits wg. der nicht zumutbaren Mitfinanzierung exorbitanter Gehälter u. Abfindungen durch die Allgemeinheit (BT-Drs. 17/13239), andererseits wg. der „personalisierten AG“, die sich immer mehr der „GmbH“ annähert.

Was bringe ich mit? Meine Erfahrungen aus... 1

Für die Zukunft möchte ich grüne jurist. Inhalte im Bereich des U.-, Gesu.- u. Gesell.-rechts setzen – dafür bin ich bereit.

Wackes Sebastian

07. Juni 1989

Deutsch

Mein Engagement für den Bereich der umwelt-, gesundheits- u. gesellschaftsrechtlichen Fragestellungen vor national-internationalem Hintergrund.

seit März 2010

FH FFM – University of Applied Sciences Studium Wirtschaftsrecht (LL.B.)

Schwerpunkte:

- „Corporate Management“, im Ø 1,8
- zusätzlich „Arbeit u. Personal“, im Ø 2,9

<sup>1</sup> Lebenslauf + Bewerbung ohne Abk. ab dem 19. Mai 2013 unter <http://sebastianwackes.npage.de/lebenslauf.html> abrufbar.

- Wahlpflichtmodule:
- Studium Generale „Natur u. Technik“, mit 1,0
  - Umweltschutz II, mit 1,7
  - Gesundheit II, mit 1,7
  - zusätzlich Projektmanagement, mit 1,0
- geplanter Abschluss:
- Ende WS 2013/2014 mit der Vollendung der Bachelorthesis
- seit Mai 2011
- Stadtverordneter für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Bad Arolsen
  - Ausschussmitglied für Umwelt, Planung u. Stadtentwicklung in Bad Arolsen
  - Betriebskommissionsmitglied der Stadtwerke Bad Arolsen

**Bewerbung Daniela Wagner, KV Darmstadt**

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach den Wahlen am 22. September wollen wir GRÜNEN im Bund und in Hessen Verantwortung übernehmen. Dafür ist es höchste Zeit, weil nur mit uns das Jahrhundertprojekt Energiewende gelingen wird. Ob beim Aufbau der regenerativen Stromerzeugung, der Gebäudesanierung oder der Mobilität - SchwarzGelb versagt kläglich und riskiert die Akzeptanz der BürgerInnen für diese große Transformation unserer Zeit. Zu oft bestimmen kurzfristige, rein opportunistische Entscheidungen die Politik der Koalition. Das Resultat ist eine richtungslose, wertefreie und uninspirierte Durchwurstelei. Viele Menschen erwarten von uns Antworten und bessere Lösungen.



Seit 2009 streite ich als Sprecherin für Bau- und Wohnungspolitik der Bundestagsfraktion der GRÜNEN für die Energiewende im Gebäudebereich, die Neuausrichtung des Mietrechts, für den Einsatz ökologischer Baustoffe und für mehr Nachtruhe und weniger Fluglärm. Weiterhin gehört die Einführung des Bestellerprinzips bei Maklerprovisionen und die Berücksichtigung wohnungs- und strukturpolitischer Ziele bei der Verkaufspolitik der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu meinen Zielen.

Die energetische Sanierung des Wohnungsbestands ist nicht nur eine energiepolitische, sondern auch eine Gerechtigkeitsfrage. Soll ein beheiztes Zuhause bis ins hohe Alter nicht zum Luxusgut werden, müssen wir uns der Herausforderung der ökologischen Modernisierung des Gebäudebestandes stellen. Wie bezahlbar und grün Wohnen gelingen kann, haben wir in der Bundestagsfraktion in einem Gesamtkonzept aufgezeigt, das ich federführend erarbeitet habe.

Wir sind die einzige Partei, die die Energiewende und die soziale Frage nicht gegeneinander ausspielen, sondern konzeptionell zusammen entwickeln. So werden technologische Innovation, soziale Balance und Akzeptanz erst möglich.

Gerade die jüngsten Wahlen zeigen, dass das Vertrauen in unsere Kompetenz, Verlässlichkeit und Weitblick gewachsen ist – in ganz Deutschland, aber eben besonders auch in Hessen, wo wir wichtige Hochburgen verteidigen und ausbauen wollen.

Vertrauen und Erwartungen wachsen. Es kommt auf uns, auf starke GRÜNE an, wenn die ökologisch-soziale Modernisierung Deutschlands gelingen soll – und sie muss gelingen. Hierfür will ich mit Euch in einem engagierten Wahlkampf und danach kämpfen.

Daher bewerbe ich mich für den Platz 5 unserer Landesliste.

Mit herzlichen GRÜNEN Grüßen

Daniela

Zur Person:

1957	in Darmstadt geboren, verheiratet, eine Tochter
1981	Mitglied der GRÜNEN
1985-1994	Stadtverordnete in Darmstadt
1987-1994	Mitglied des hessischen Landtags
seit 1994	Vorstandsmitglied der Bauverein AG in Darmstadt
1994-2006	Dezernentin für Wohnen, Schulen, Frauen und Umwelt in Darmstadt
seit 2006	Geschäftsführerin SOPHIA Hessen GmbH
seit 2009	Mitglied des Bundestages, Sprecherin für Bau- und Wohnungspolitik der Bundestagsfraktion, Mitglied im Bau- und Verkehrsausschuss, Sportausschuss, stv. Mitglied im Rechtsausschuss

## Bewerbung Benjamin Weiß, KV Groß-Gerau

Bewerbung für die Landesliste zum Deutschen Bundestag für einen aussichtsreichen Listenplatz (GJH Votum)

Liebe Freundinnen und Freunde,

dieser Frühherbst wird heiß! Lasst uns in den verbleibenden Monaten alles geben, um die Menschen von GRÜNER Politik zu überzeugen. Lasst uns die zahlreichen Marktplätze und Innenstädte Hessens rocken, um für starke GRÜNE in Berlin und Wiesbaden zu kämpfen.



Ob eine Regierung am Puls der Zeit ist, zeigt sich immer auch daran, wie sie auf die Lebensweise junger Menschen eingeht. Von diesem Ansatz sind die Röslers, Schröders und Steinbachs dieser Republik meilenweit entfernt. Wir brauchen eine Politik, die nicht stumpf am Gestern festhält, sondern die den gesellschaftlichen Realitäten ins Auge blickt.

Gerade junge Menschen nutzen das Netz verstärkt. Sie informieren sich darüber, teilen sich mit und kommunizieren mit ihren FreundInnen überall auf der Welt. Durch das Netz ergeben sich für die Politik Handlungsfelder, die man schon gar nicht mehr als neu bezeichnen kann.

Deshalb ist es beispielsweise notwendig, das bestehende Urheberrecht für die Anforderungen der digitalen Welt fit zu machen. Wir brauchen eine Regelung, mit der die KünstlerInnen, AutorInnen und eben auch die NutzerInnen gleichermaßen leben können. Bei der derzeitigen Regelung gibt es nämlich nur einen Gewinner: Die Abmahnkanzleien.

Das Netz mit seinen Möglichkeiten verstärkt das legitime Interesse von BürgerInnen nach mehr Beteiligung und Transparenz. Diesem Anliegen muss eine Politik im 21. Jahrhundert gerecht werden. Beteiligung im Netz setzt aber vor allen Dingen voraus, dass die Menschen Zugang zur digitalen Welt erhalten.

Meine Generation wächst zudem in einer vielfältigen Gesellschaft auf. Zu ihr gehören auch die Enkel von EinwanderInnen, die von Geburt an Deutsche sind. Dennoch zwingt der Staat viele von ihnen, sich spätestens bis zum 23. Lebensjahr für einen Pass zu entscheiden. Der Optionszwang führt dazu, dass Menschen, die hier Zuhause sind, sich dennoch nicht willkommen fühlen. Deshalb gehört er abgeschafft!

Gemeinsam wollen wir diese Republik verändern. Damit es mit dem Regierungswechsel klappt, kommt es auf uns alle an. Lasst uns alles geben!

Zu meiner Person

Benjamin Weiß, 28 Jahre alt, Politikwissenschaftler M.A., Votum der Grünen Jugend Hessen für die Landesliste zum Deutschen Bundestag, Direktkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Groß-Gerau, Mitglied im Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen und im Vorstand des OV Rüsselsheim, Vorsitzender der Grünen Jugend Hessen (bis April 2013), Sprecher der LAG Migration u. Flucht (bis März 2012), Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg

Kontakt:



Mail: [BenjaminWeiss@gjh.de](mailto:BenjaminWeiss@gjh.de)

Blog: <http://benjaminweissblog.wordpress.com>

Facebook: [www.facebook.com/weiss.be](http://www.facebook.com/weiss.be)

Twitter: [www.twitter.com/benjamin\\_weiss](http://www.twitter.com/benjamin_weiss)

## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

Landesvorstand

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 49 einfügen

...Luftqualität. **Haben Sie den Eindruck, dass das Land gute Rahmenbedingungen für Unternehmen setzt und ein fairer Moderator für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist?**

In Zeile 170 streichen und ersetzen:

~~Nur so können wir auch eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 erreichen, zu dem sich Deutschland und Hessen international gegenüber den Vereinten Nationen verpflichtet hat.~~ **Nur so können wir die Kehrtwende beim Kampf gegen den Klimawandel erreichen. Bis 2020 müssen wir bundesweit 40% unseres CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gegenüber dem Jahr 1990 reduzieren. In Hessen werden wir die Ziele mit einem Weiter-So weit verfehlen. Bisher sind lediglich knapp 10 Prozent geschafft und dass nur, wenn man den internationalen Flugverkehr ignoriert. Inklusive Flugverkehr hat Hessen gar keine Erfolge zu verzeichnen.**

In Zeile 179 einfügen:

fossilen Energieträgern **auch wirtschaftlich** überlegen

In Zeile 181 ergänzen:

... gerade die schwachen Schultern mit speziellen Förderprogrammen, **beispielsweise Austauschprogramme ineffizienter Geräte, kostenlose Energieberatung, Schwerpunkt von energetischer Sanierung im sozialen Wohnungsbau entlasten. Um die Kosten der Energiewende fair auf alle Schultern zu verteilen müssen die unter schwarz-gelb ausgeuferten Befreiungen der Industrie im Erneuerbaren Energiengesetz zurückgenommen werden, so dass nur noch die stromintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Industrie beim Strompreis entlastet wird.**

In Zeile 210 streichen und ersetzen:

~~Dafür brauchen wir nach Meinung aller Expertinnen und Experten mindestens zwei Prozent der Landesfläche. Um dies zu erreichen, werden wir ergänzend zu den Vorranggebieten für Windkraft Eignungsgebiete ausweisen. In diesen Gebieten ist die Nutzung von Windkraft unter der Voraussetzung möglich, dass besondere Belange des Naturschutzes und die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden. Und natürlich gibt es auch Ausschlussgebiete, in denen Windkraft ökologisch oder ökonomisch nicht sinnvoll ist.~~ **Dafür brauchen wir nach Meinung aller Expertinnen und Experten mindestens zwei Prozent der Landesfläche auf gut geeigneten windhöffigen Standorten. Um dies zu erreichen werden wir die unnötigen Hürden für Windkraft im Landesentwicklungsplan beseitigen und Eignungsgebiete als eine ergänzende Kategorie zu den Vorranggebieten und Ausschlussgebieten für Windkraft innerhalb der Landesplanung ermöglichen. In diesen Gebieten sollen Windräder errichtet werden können, wenn durch Lösungen vor Ort unter Einbezug externer Gutachter die besonderen Belange des Naturschutzes und die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden.**

In Zeile 225 streichen und ersetzen

~~Wir forcieren die Entwicklung eines Kapazitätsmarkts auf dem Energiemarkt und wollen in die Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien, insbesondere „Power to Gas“ verstärkt investieren~~ **wollen die Forschung und Entwicklung von Energiebereitstellungs-, Speicher- und Nutzungstechnologien intensivieren.**

In Zeile 244 einfügen:

Vor allem im Bereich der Wärmeversorgung gibt es ein erhebliches Energie-Einsparpotenzial. **Bei der Förderung der wärmetechnischen Gebäudesanierung werden wir einen Schwerpunkt auf Quartierssanierungen setzen, wobei Sanierung und effizienteste Wärmeversorgung kombiniert angegangen werden. Zentrale und dezentrale**

**Wärme- und Speichersysteme sollen dabei klug vernetzt werden, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine sichere und kostengünstige Versorgung mit Heizenergie zu ermöglichen. Wir GRÜNE werden dem Einsatz der Kraftwärmekopplung (KWK) den Weg ebnen. Einen wichtigen Beitrag wird hier die Kraft-Wärme-Kopplung leisten.**

In Zeile 246 streichen und ersetzen:

~~Mit der Förderung dieser Hocheffizienztechnologie, bei der man gleichzeitig Strom und Wärme produzieren kann, wollen wir den Energieverbrauch in Hessen stark senken.~~ **Mit Förderung der Hocheffizienztechnologie kann man den Energieverbrauch in Hessen stark senken, weil nicht nur der produzierte Strom sinnvoll verwendet wird, sondern auch die Wärme, die sonst ungenutzt bleibt.**

In Zeile 251 einfügen:

...alter Heizungen bieten. **Wir setzen uns für stärkere Anreize für ökologische Dämmstoffe ein. Wir wollen außerdem eine Kampagne starten, bei der der Schornsteinfeger nicht nur die Sicherheit und die Abgase des Heizsystems kontrolliert, sondern auch eine Aussage über die Effizienz macht. Ein Aufkleber auf der Heizung über den derzeitigen Verbrauch und die Einsparmöglichkeit bei einem Austausch wird sicher einige Hessinnen und Hessen zum Umdenken ermuntern.**

In Zeile 258 einfügen:

Sanierungsmaßnahmen bereitstellen. **Insgesamt wollen wir Wert darauf legen, dass es verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen gibt. Verlässlichkeit halten wir für den Schlüssel einer erfolgreichen Energiewende.**

In Zeile 264 einfügen

Dies kommt auch den Unternehmen **und den Arbeitnehmern** zugute. Denn in der verarbeitenden Produktion werden deutlich mehr Betriebskosten für Rohstoffe als für direkte Energie- und Personalkosten aufgewendet. **Ressourceneffizienz dient also der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sowie der Sicherheit von Arbeitsplätzen.** Wir wollen eine ganzheitliche Ressourcenschutzstrategie für Hessen, die sämtliche Bereiche wie zum Beispiel Mobilität, **Wohnen** oder Ernährung in den Blick nimmt.

In Zeile 272 einfügen:

Wertschöpfungskette vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt und der Verwertung **sowie der Beseitigung** ausgeweitet werden.

In Zeile 306 streichen und ergänzen:

~~Werra und Weser müssen wieder zu Süßwasserflüssen werden. Die Einleitung von laugenhaltigen Abwässern muss aufhören. Wir GRÜNE wollen, dass die Genehmigungen für Kali & Salz (K+S AG) spätestens 2015 enden. Die Abwassermenge des Unternehmens muss reduziert und nicht vermeidbare Abwässer durch eine Fernleitung an die Nordsee verbracht werden.~~ **Die Einleitung von laugenhaltigen Abwässern in die Werra und die Verpressung von Salzlaugen in den Untergrund durch das Unternehmen K+S müssen aufhören. Wir GRÜNE wollen, die Laugenverpressung spätestens 2015 endet. Die Abwassermenge des Unternehmens muss reduziert und nicht vermeidbare Abwässer durch eine Fernleitung an die Nordsee gebracht werden. Dafür ist ein umweltverträglicher Einleitungspunkt zu suchen.**

In Zeile 328 einfügen:

Wir GRÜNE wollen ein kommunales Flächenressourcenmanagement, bei dem alle Brach- und Freiflächen sowie Baulücken in einer **öffentlichen** Datenbank erfasst und auf ihre ökologische Qualität hin **transparent** beurteilt werden. **Flächen im öffentlichen Eigentum sollen für jedermann nachvollziehbar in dieser Datenbank gekennzeichnet werden.**

In Zeile 431 streichen und ersetzen:

Wir wollen einen flächendeckend gesunden Wald mit einer ~~naturgemäßen~~ **naturnahen** Waldwirtschaft auf Grundlage strukturreicher, altersgemischter Wälder.

In Zeile 436 einfügen:

Die Aufweichung der Bannwaldverordnung werden wir GRÜNE zurücknehmen, damit Bannwald tatsächlich wieder unantastbar ist, **dies gilt auch für die sogenannte „vorübergehende“ Inanspruchnahme zum Zweck der Auskiesung.**

In Zeile 448 einfügen:

...vernetzt werden. **Den Alt- und Totholzanteil der Wälder wollen wir zugunsten der Artenvielfalt erhöhen. In Altholzbeständen sollen zehn Bäume pro Hektar sollen im öffentlichen Wald...**

In Zeile 451 ergänzen:

...des FSC-Deutschland erreichen. **Wir bekennen uns zu der großen Verantwortung Deutschlands für den Erhalt und Ausbau der alten Rotbuchenwälder, die Deutschland im Rahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie übernommen hat. Hessen ist zentral für die Umsetzung des Schutzes der alten Buchenwälder. Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine bedeutsame Aufgabe, der wir uns in besonderem Maße verpflichtet fühlen. Der Verlust an Biodiversität schreitet weltweit rasant voran und ist besonders deshalb dramatisch, weil der Verlust unumkehrbar ist.**

In Zeile 468 ergänzen:

...Haustieren lehnen wir ab. **Wir setzen uns für ein Verbot von bleihaltiger Munition ein, um die Vergiftung von Greifvögeln und der Umwelt allgemein zu reduzieren.**

In Zeile 601 wird eingefügt:

Biomasseanlagen auf Grundlage von Maismonokulturen mit ihren negativen Wirkungen auf Umwelt, **Biodiversität** und Landschaft sollen nicht mehr länger einseitig gefördert werden.

In Zeile 685 einfügen:

Talente zu geben. **Alle Eltern haben so die Wahl, wie sie für ihre Kinder die beste Erziehung gestalten.**

In Zeile 689 streichen und ergänzen:

Kindergärten sollen sich zu Bildungsgärten und Familienzentren weiterentwickeln, damit die Bildungsprozesse für alle Kinder individuell, kontinuierlich und auf hohem Niveau gestaltet werden können. **In diesem Sinne werden wir das sogenannte Kinderförderungsgesetz (KiföG) grundlegend überarbeiten.**

In Zeile 716 einfügen:

...koordiniert werden. **Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Freizeit in Vereinen oder Jugendverbänden. Ehrenamtliche Mitarbeiter dort müssen unterstützt und qualifiziert werden, um Gefährdungen abzubauen und Kinder stark zu machen.**

In Zeile 728 streichen und ergänzen:

~~Wir werden dafür sorgen, dass es an jeder Grundschule ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7:30 bis 17:00 Uhr gibt.~~ **Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass an allen Grundschulen ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7:30 bis 17.00 Uhr angeboten werden kann**

In Zeile 733 einfügen:

**Eine ganztägige Grundschule muss aber mehr sein als Schule. Sie muss sich an den Bedürfnissen der Kinder orientieren und mehreren Bildungsformen Raum bieten. Deshalb sollen ganztägige arbeitende Grundschulen Angebote der außerschulischen Bildung oder Freizeitangebote integrieren.**

In Zeile 804 wird gestrichen und ergänzt:

~~So können aus den Mitteln der zusätzlichen Lehrerversorgung auch mehrjährige Verträge beispielsweise mit Sozialpädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Schulassistenten oder Verwaltungskräften geschlossen werden.~~ **So können aus den Mitteln der zusätzlichen Lehrerversorgung auch mehrjährige Verträge beispielsweise mit Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern, Schulassistentinnen – und assistenten oder Verwaltungskräften geschlossen werden**

In Zeile 819 wird gestrichen und ein neuer Absatz eingefügt:

~~Eine selbstständige Schule ist für uns eine Schule, in der Demokratie und Mitbestimmung aktiv gelebt werden und Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern gemeinsam an der Schulentwicklung arbeiten.~~

**Demokratische Schule – Schule der Demokratie**

**In der Schule darf Demokratie nicht nur auf dem Lehrplan stehen, sie muss auch von der Schulgemeinde gelebt werden. Wir werden daher die demokratische Verfasstheit der Schule stärken. An den Entscheidungen werden Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulträger unter Einbeziehung des regionalen Umfeldes beteiligt. Dies stärkt die Identifikation mit der Schule und erzeugt eine höhere Verbindlichkeit der Entscheidungen.**

In Zeile 835 ergänzen:

...zu organisieren. **Im Dialog mit den Eltern und den Schulen wollen wir auch für die Klassen 5 und 6 an G8-Schulen Rückkehrmöglichkeiten zu G9 erarbeiten.**

In Zeile 841 wird eingefügt:

**Wir stehen einer zeitlich flexiblen, modularisierten Gestaltung der Oberstufe mit Interesse gegenüber. Allerdings steht derzeit die Ausarbeitung eines konkreten und detaillierten Umsetzungskonzepts noch am Anfang. Auch müsste ein solches Modell zunächst an einzelnen Schulen erprobt werden. Eine weitere schlecht vorbereitete Reform der Gymnasialzeit wird es mit uns nicht geben.**

In Zeile 955 ergänzen:

Wir werden daher ein leistungsfähiges Unterstützungssystem für unsere Schulen schaffen, um durch Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer sowie Einbeziehung anderer Professionen **(z.B. Schulpsychologinnen und -psychologen, Schulsozialarbeit)** den Anforderungen an Schule gerecht werden zu können.

In Zeile 964

~~die zentralistische Monsterbehörde Landesschulamt zu einer wirkungsvollen, dezentralen Unterstützungsstruktur für die Schulen weiterentwickeln und wo nötig und noch möglich rückabwickeln~~ **wo nötig und noch möglich rückabwickeln und eine wirkungsvolle, dezentrale Unterstützungsstruktur schaffen**

In Zeile 1061 einfügen:

So können sie besser entscheiden, ob der Lehrerberuf tatsächlich das Richtige für sie ist. **Wir nehmen die Kritik an der - von der derzeitigen Landesregierung geplanten - Gestaltung des Praxissemesters ernst. Wir wollen mit den Universitäten, den Studienseminaren und den Schulen ein praxistaugliches Modell entwickeln.**

In Zeile 1100 wird gestrichen und ergänzt:

~~...geforscht werden kann sowie mehr Studierende einen Abschluss machen~~ **und allen Studierenden und Studieninteressierten bestmögliche Lernbedingungen geschaffen werden.**

In Zeile 1102 wird gestrichen und ergänzt:

~~Hochschulen sind die Treibhäuser für die Gesellschaft von morgen.~~ **Die Hochschulen sind die Innovationsmotoren der Gesellschaft**

In Zeile 1126

Wir GRÜNE wollen die Hochschulen ausreichend ausstatten, ~~damit sie mit den weiter steigenden Studierendenzahlen umgehen können~~ **damit sie in Zukunft mehr Studierenden zu einer guten Bildung verhelfen können und somit unsere Gesellschaft bereichern.**

In Zeile 1138 wird als zusätzlicher Bullet in der Aufzählung eingefügt:

**Die Angebote des dualen Studiums werden wir weiterentwickeln.**

In Zeile 1154 einfügen:

...beratende Funktion. **Wir wollen die Rolle und den Einfluss der Studierendenschaft stärken. Die Studierenden sollen selbst stärker an der Entwicklung ihrer Hochschulen mitwirken können.**

In Zeile 1189 wird eingefügt:

**Die Fachhochschulen leisten hervorragende Arbeit beim Wissenstransfer Forschung-Wirtschaft.**

In Zeile 1211 wird eingefügt:

**In Hessen gibt es eine Vielzahl von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die wir weiter unterstützen wollen. Forschung muss sich aber auch vor der Gesellschaft rechtfertigen. Öffentliche Hochschulen müssen den Anspruch haben, bei ihrer Forschung auch aktuelle gesellschaftliche Probleme zu berücksichtigen.**

In Zeile 1319 einfügen:

**Gerade im Bereich der Prävention besteht für Hessen Ausbaubedarf. Neben der bewährten Arbeit des Beratungsnetzwerks braucht es dauerhaft angelegte Präventionsarbeit, die durch ein eigenes Landesprogramm „Demokratische Kultur“ abgesichert wird.**

In Zeile 1330:

~~Wachsende technische Möglichkeiten für die Sammlung, Speicherung und Verarbeitung von Daten erfordern einen wachsenden Datenschutz.~~ **Wachsende technische Möglichkeiten für die Sammlung, Speicherung und Verarbeitung von Daten erfordern einen verstärkten und wirksamen Datenschutz.**

In Zeile 1334 streichen und ergänzen:

~~...Grundrechtsschutz. Deshalb wollen wir den Hessischen Datenschutzbeauftragten zum Beauftragten für die Informationsfreiheit ausbauen.~~ **Persönliche Daten dürfen nur mit ausdrücklicher Einwilligung weiter gegeben und die Zweckbindung muss eingehalten werden. Außerdem wollen wir den Hessischen Datenschutzbeauftragten auch zum Beauftragten für die Informationsfreiheit bestellen, wie dies schon im Bund und in anderen Bundesländern der Fall ist.**

In Zeile 1347 einfügen:

**Zur Steigerung der Transparenz wird ein Lobbyregister angelegt, in dem alle Interessenvertreter aufgeführt werden, die regelmäßig mit den Landtagsabgeordneten und der Landesregierung im Gespräch sind.**

In Zeile 1351 einfügen:

Regierungsmitglieder sollten nach dem Ausscheiden aus dem Amt nicht direkt in Wirtschaftsunternehmen **und Organisationen** wechseln, mit denen sie in ihrem bisherigen Amt intensiven Kontakt hatten.

In Zeile 1472 einfügen:

**Deshalb wollen wir auch eine qualifizierte Abschätzung der finanziellen Folgen neuer Gesetze für die Kommunen grundsätzlich durchführen.** Die demokratische Kontrolle von kommunalen Unternehmen mit privatrechtlicher Organisationsform wollen wir stärken. **Wir wollen bei der Nutzung des Internets die Kommunen stärken, um dort die wichtigsten Informationen für die Bürgerinnen und Bürger bereit zu stellen, und z.B. auch bei kommunalen Unternehmen größtmögliche Transparenz herzustellen.**

In Zeile 1487 einfügen:

**Neben der Energieversorgung müssen auch im Bereich der Breitbandtelekommunikation die starren Vorgaben gelockert werden.**

In Zeile 1531 streichen und ersetzen:

~~Hessen will den Wechsel – hin zu einer Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist~~ **hin zu einer Wirtschaftspolitik, die sich stärker an den realen Bedürfnissen der Menschen ausrichtet** und hin zu einer Verkehrspolitik, die das Klima schont, die verschiedenen Verkehrssysteme vereint und unnötigen Verkehr vermeidet.

In Zeile 1553 streichen und ergänzen:

GRÜNE Wirtschaftspolitik erzeugt Wert-Schöpfung im eigentlichen Sinne, statt sich ~~einseitig~~ **ausschließlich** am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu orientieren.

In Zeile 1575 streichen und ergänzen:

~~Hessens Industrie gehört zu den 1575 Treibern des weltweiten Strukturwandels hin zu Energie- und Materialeffizienz.~~ **So gehört z.B. Hessens Industrie zu den Treibern des weltweiten Strukturwandels hin zu mehr Energie- und Materialeffizienz.**

In Zeile 1664 einfügen:

Die Kommunen müssen sich hier wirtschaftlich frei betätigen können **und benötigen hinreichende Investitions- und Planungssicherheit.**

In Zeile 1709 einfügen:

So können Schulen oder Betriebe **auf freiwilliger Basis** beraten werden...

In Zeile 1716 einfügen:

...Hauptaufgabe in den Fokus nehmen. **Gütertransporte haben für uns Grüne eine große wirtschafts- und verkehrspolitische Bedeutung. Damit die prognostizierten Zuwächse nicht nur auf der Straße stattfinden, wollen wir neben der Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen den so genannten kombinierten Verkehr, d.h. die Verknüpfung von LKW und Schiene, fördern und das Gleisanschlussprogramm für Unternehmen wieder einführen. Zusammen mit Städten und Gemeinden wollen wir die Entwicklung von Citylogistik-Konzepten und klimafreundlichen Verteilkonzepten zur Belieferung von Haushalten und Kleingewerbetreibende durch das stark wachsende Paketaufkommen voranbringen. Die bestehende LKW-**

**Maut wollen wir auf alle Straßen in Hessen für alle Fahrzeuge über 3,5t ausdehnen.** Den Modellversuch mit Lang-Lkw wollen wir beenden.

Zeile 1798 einfügen:

**wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Schadensfällen (z.B. durch Wirbelschleppen)**

In Zeile 1884 einfügen:

Unser Ziel ist es, dass sich auch Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen **angemessenen** Wohnraum leisten können.

Nach Zeile 1941 wird eingefügt:

**Zudem wollen wir Kommunen die Möglichkeit geben, Drogengerauchern vor Schäden durch verunreinigte oder überdosierte Drogen zu schützen. Dazu soll ein Modellprojekt für Drugchecking zur chemischen Analyse der Substanzen initiiert werden.**

In Zeile 2061 einfügen:

...spezifische Förderung. **Zivilgesellschaftliche Akteure wie z.B. Vereine, Verbände und Migrantenselbstorganisationen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung einer vielfältigen Gesellschaft. Die interkulturelle Öffnung dieser Arbeit gilt es ebenfalls zu unterstützen und zu stärken.**

In Zeile 2165 einfügen:

Zentrum transnationaler **Dialog**, Forschung und Lehre stärken. Dazu werden wir besonders eng

In Zeile 2193 wird gestrichen:

Wir sind überzeugt, dass der ~~freie~~ Zugang zu vielfältigen Kulturangeboten grundlegend dafür ist, dass sich Kreativität entwickeln kann.

In Zeile 2254 wird ergänzt:

Daher muss eine GEMA-Tarifreform so gestaltet sein, dass zahlreiche, vor allem kleinere Tanzlokale, **aber auch Einzelkünstler wie zum Beispiel DJs** keine Existenzängste haben müssen.

In Zeile 2452:

...Einnahmeerhöhungen umsetzen. **Durch Umschichten im Haushalt und Subventionsabbau wollen wir neue finanzielle Spielräume eröffnen.**

Zeile 2471 einfügen:

**Wir wollen die unteren Einkommen durch die Anhebung des Grundfreibetrages entlasten und den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen. Mit einer Vermögensabgabe für Millionäre wollen wir die Schulden aus der Finanzkrise abbauen und mit der Besteuerung großer Erbschaften mehr Investitionen in Bildung ermöglichen.**

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Im gesamten Text:  
Die Aussage erschöpft und verbraucht wird im gesamten Text gestrichen.

Begründung:

Wir wollen mit unserem Wahlprogramm ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger machen, warum sie uns wählen sollen. Die bloße Beschreibung „erschöpft und verbraucht“ ist nichtssagend. Wir GRÜNE sind eine Konzeptpartei und definieren uns durch Inhalte. Die Adjektive „erschöpft und verbraucht“ transportieren diese nicht.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Esther Schwedler (KV Lahn-Dill), Annika Funke (KV Frankfurt), Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder), Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Lisa Süß (KV Offenbach Land), Alexander Wright (KV Gießen), Vanessa Kleinwächter (KV Hersfeld-Rotenburg), Oliver Pfeiffer (KV Groß-Gerau), Armin Jung (KV Werra-Meißner Kreis), Eva Reckhard (KV Main-Taunus-Kreis), u.a.

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Im gesamten Text:

~~CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel.~~

Begründung:

Dieser Satz erweckt den Eindruck, als müssten CDU und FDP nur abgewählt werden, weil sie (mittlerweile) erschöpft und verbraucht sind. GRÜNE haben die besseren Konzepte und Inhalte, damit wollen wir die Wählerinnen und Wähler überzeugen - unabhängig von dem Erschöpfungsniveau anderer Parteien. Davon abgesehen wirkt der Satz in der inflationären Verwendung im Landtagswahlprogramm eher gegenteilig und strapaziert die Nerven unserer Wählerinnen und Wähler.

## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Klaus Kuzmierczyk (KV Frankfurt), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt), Klaus Böttcher (KV Main-Kinzig-Kreis)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Der Satz in Zeile 296ff:

- ~~hin zu einer Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist, und hin zu einer Verkehrspolitik, die das Klima schont, die verschiedenen Verkehrssysteme vereint und unnötigen Verkehr vermeidet~~

wird geändert in

- „hin zu einer Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist und mit dem Umweltschutz im Einklang steht,
- hin zu einer Verkehrspolitik, die Barrieren überwindet und Mobilität für alle Menschen ebenso wie den Erhalt der Umwelt und lebenswerter Räume sichert“

### Begründung:

In den Spiegelstrichen sind die Themen Wirtschaft und Verkehr analog zu Antrag zu 1693ff zu trennen.

Die wiedergegeben Inhalte zu Verkehr sind aktuell unglücklich gewählt. Die „Vereinigung verschiedener Verkehrssysteme“ ist mindestens fragwürdig (Pkw auf Schienen oder was ist darunter zu verstehen..?), sagt primär aber nichts aus. Sinnvoller ist es hier anstelle des Vorgehens (..vereinigen) die Wirkungs-/Zielebene zu bemühen, also was wir tatsächlich erreichen wollen: Mobilität für alle, Barrieren abbauen, Umwelt und lebenswerte Räume schaffen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Andreas Romppel (KV Wiesbaden), Angela Rühle, KV Frankfurt, Christoph Gaa, KV Darmstadt-Dieburg, Susanne Hoffmann-Maier, KV Darmstadt-Dieburg, Torsten Schulz, KV Darmstadt-Dieburg, Andreas Hoffmann, KV Fulda, Claudia Prinz, KV Frankfurt.

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 96 wird der Bulletpunkt eingefügt:

- hin zu einer Netzpolitik, die versteht, dass im IT-Sektor in Hessen mehr Menschen arbeiten als am Frankfurter Flughafen, die Voraussetzungen für eine Etablierung der digitalen Netze schafft und zugleich die Rechte der Nutzer stärkt,

Begründung:

mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 110 streichen und ersetzen:

- hin zu einer soliden Finanzpolitik ohne immer mehr Schulden, die ~~sparsam~~ **gewissenhaft und produktiv** mit dem Geld der Steuerzahler umgeht und dafür sorgt, dass jeder gemäß seiner Leistungsfähigkeit seinen Beitrag für unser Gemeinwesen leistet.

Begründung:

Wozu reine Spardiktate führen sehen wir momentan in Südeuropa. Gute Haushaltspolitik zeichnet sich nicht primär dadurch aus, dass sie sparsam ist, sondern dass sie an den richtigen Stellen sparsam ist und an den richtigen Stellen investiert. Dies kommt durch das Adjektiv sparsam nicht zum Ausdruck.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 114 streichen und ersetzen:

~~Dieser Wechsel braucht starke GRÜNE. Und für diesen Wechsel brauchen wir Sie. Wählen Sie Schwarz-Gelb klipp und klar ab, schicken Sie die Herren Bouffier und Hahn in die Opposition. Ohne Ihre Stimme wird der Wechsel scheitern, denn wer den Wechsel will, muss ihn wählen. Und eine Stimme gegen Schwarz-Gelb allein ist noch keine Stimme für einen Wechsel, das haben wir in Hessen bei der Landtagswahl 2008 schmerzvoll erfahren. Nur eine Stimme für die GRÜNEN ist eine sichere Stimme für den Wechsel, für die Abwahl der schwarz-gelben Regierung und gegen eine große Koalition aus CDU und SPD.~~

**Dieser Wechsel braucht starke GRÜNE. Und für diesen Wechsel brauchen wir Sie.**

**Ohne Ihre Stimme wird der Wechsel scheitern, denn wer den Wechsel will, muss ihn wählen.**

Begründung:

Wir brauchen keine verklausulierten Koalitionsaussagen in unserem Programm. Mit wem wir am Ende regieren können und mit wem nicht wird durch unsere Inhalte deutlich!

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Edmund Borschel, Rolf Schliessmann, Barbara Elsas, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Matthias van der Minde, Peter Kranz, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 141 ergänzen:

Es geht um einen Wandel hin zu einer ökologischen, **nachhaltigen** und sozialen Wirtschafts- und Lebensweise. Hierin liegen auch die Arbeitsplätze und Wachstumschancen der Zukunft.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 143 ergänzen:

Hierin liegen auch die Arbeitsplätze und **sinnvolle** Wachstumschancen der Zukunft.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Edmund Borschel, Rolf Schliessmann, Barbara Elsas, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Matthias van der Minde, Peter Kranz, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 145 ff streichen und ersetzen:

**Durch 15 Jahre schwarz-gelbe Regierungspolitik wurde der Umweltschutz in Hessen eklatant vernachlässigt.** ~~15 Jahre schwarz-gelbe Politik haben den Umweltschutz in Hessen auf das Abstellgleis geführt.~~ Naturschutzstandards wurden **zurückgefahren**, ~~geschleift~~, Bannwald abgeholzt, Tier- und Artenschutz **ignoriert vernachlässigt**. Eine engagierte Politik zum Schutz unseres Klimas ist nicht zu erkennen. Die Energiewende weg von Kohle und Atom hin zu den erneuerbaren Energien wird weiter verschleppt ~~und torpediert~~.

Begründung:

Erfolgt mündlich



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 152 ersetzen:

Aktiver Verbraucherschutz, der Einsatz für gesunde, natur- und artgerecht produzierte Lebensmittel und eine ~~bäuerliche~~ verbrauchernah Landwirtschaft sind Schwarz-Gelb fremd, die Interessen der großen Lobbyverbände hingegen sehr nah.

Begründung:

Bäuerlich ist nicht definierbar und deswegen oft genug missbraucht worden, gerade auch vom politischen Gegner. Verbrauchernah umfasst inhaltliche Nähe, z.B. den Wunsch nach ökologischer, fairer und tiergerechter Erzeugung genauso wie den Wunsch nach räumlicher Nähe, also Regionalität.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Edmund Borschel, Rolf Schliessmann, Barbara Elsas, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Matthias van der Minde, Peter Kranz, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 155 ergänzen:

Es ist Zeit für den Wechsel, **hin zu einer aktiv gestaltenden und zukunftsorientierten Umwelt- und Energiepolitik.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 170 ergänzen:

Energie muss **dauerhaft** bezahlbar bleiben.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Wetterau

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 170 nach „... auf allen Ebenen.“ hinzufügen:

**Die CO<sub>2</sub>-Bilanzierung des Landes soll zukünftig alle Energieverbraucher, einschließlich des Anteils für den internationalen Flugverkehr, ehrlich umfassen.**

Begründung:

Klima – ohne wenn und aber.

Eine ehrliche Klimapolitik braucht ehrliche Zahlen. Wenn wir das Ziel erreichen wollen, die mittlere Erderwärmung bei 2°C zu stoppen, müssen sich alle Emittenten ihrer Verantwortung stellen. Die Basis aller Überlegungen zu einer Treibhausgas-Reduktionsstrategie ist eine CO<sub>2</sub>- und THG-Bilanz, die die Wirklichkeit und nicht die Wünsche widerspiegelt. Die gängige Praxis des CDU geführten hessischen Umweltministeriums, sich mit einer Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses von 12% seit 1990 bzw. von 20% seit 1995 bis 2009 öffentlich zu beruhigen, zeugt von politischer Schönfärbung und dient nicht dem Klimaschutz.

Der internationale Flugverkehr von deutschen Flughäfen wächst sowohl relativ als auch absolut stetig. Die Entwicklung der Treibhausgasemissionen des von Deutschland abgehenden internationalen Flugverkehrs hat sich von 1990 bis 2009 von ca. 12.000 auf ca. 25.000 Gg CO<sub>2</sub>-Äquivalenten mehr als verdoppelt. Das bedeutet für Hessen mit dem Flughafen Rhein-Main als größtem internationalen Flughafen Deutschlands und drittgrößtem Europas gravierende Auswirkungen in der Klimabilanz. In der Gesamtbetrachtung der Energieverbräuche inklusive des internationalen Flugverkehrs sieht man nämlich statt einer CO<sub>2</sub>-Minderung tatsächlich, dass die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen des Landes Hessen von 1990 bis 2010 nach einer leichten Abnahme in den letzten Jahren heute wieder den Anfangswert zeigen. Es zeigt sich eine vollständige Kompensation der Wirkung aller Klimaschutzmaßnahmen Hessens durch den Flugverkehr. Die starke Förderung des Flugverkehrs durch Schwarz-Gelb in Bund und Land trägt hier bittere Früchte.

Der Luftverkehr verbraucht in Hessen anteilig mindestens 20% des Endenergiebedarfs. Die derzeitige Praxis, den internationalen Flugverkehr aus der Betrachtung der CO<sub>2</sub>-Emissionen heraus zu rechnen dient einzig dem wirtschaftlichen Erfolg des Frankfurter Flughafens und geht auf Kosten der Umwelt und nachfolgender Generationen. Diese Praxis verhindert eine dringend notwendige ehrliche Klimaschutzpolitik des Landes Hessens.

Im Sinne von „Global denken, lokal handeln“ soll sich das Land Hessen unter GRÜNER Regierungsbeteiligung zukünftig seiner globalen Verantwortung im Klimawandel ehrlich stellen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 192 ergänzen:

Viele Menschen sind bereit, in ihrem Haushalt oder Unternehmen die Energiewende voranzubringen, gerade weil sie wissen, dass sie **dadurch** mittelfristig Kosten sparen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Edmund Borschel, Rolf Schliessmann, Barbara Elsas, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Matthias van der Minde, Peter Kranz, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 194ff streichen und ersetzen:

Noch **gibt es für die Bevölkerung ein großes Informationsdefizit** ~~stehen diese Bürgerinnen und Bürger in einem undurchsichtigen Dschungel.~~ Wir wollen **daher eine Beratungsoffensive starten, eine Verbraucheroffensive in Beratung für Endverbraucher** und Handwerk, damit man weiß, wo man in guten Händen ist und wie man eine gute Anschubfinanzierung gerade für energetische Sanierungsmaßnahmen erhält.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 195 ergänzen:

Wir wollen eine Verbraucheroffensive in ~~Beratung~~ **Energieberatung** und Handwerk, damit man weiß, wo man in guten Händen ist und wie man eine ~~gute~~ **passende** Anschubfinanzierung gerade für energetische Sanierungsmaßnahmen erhält.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Offenbach-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 199-201 streichen:

~~Aus diesem Grund soll den Kommunen die wirtschaftliche Betätigung in der Energieversorgung und ein wirkungsvolles Satzungsrecht für den Klimaschutz ermöglicht werden.~~

Und ersetzen durch:

Aus diesem Grund soll den Kommunen einerseits die uneingeschränkte wirtschaftliche Betätigung in der Energieversorgung auch ohne private Partner (§ 121 HGO) und andererseits ein wirkungsvolles Satzungsrecht für den Klimaschutz ermöglicht werden.

Begründung:

Nur durch eine Änderung des § 121 HGO, der eine mindestens 50%-Beteiligung privater Dritter vorschreibt, kann sichergestellt werden, dass sich Städte oder ihre Gesellschaften wieder unabhängig im Bereich der Energieversorgung betätigen können.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Offenbach-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 201 streichen:

~~Wir wollen die Erstellung von kommunalen und regionalen Klimaschutzkonzepten fördern  
und auf deren konsequente Umsetzung Wert legen~~

Und ersetzen durch:

Wir fördern kommunale und regionale Klimaschutzkonzepte und deren Umsetzung.

Begründung:

Wir wünschen uns eine direktere Ausdrucksweise. „Wir fördern“ und „wir setzen um“ ist präziser als „wir wollen“ oder „legen Wert auf“.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Wetterau

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 201 nach „... ermöglicht werden.“ hinzufügen:

**Die Erträge aus Investitionen für Erneuerbare Energien sollen genauso wie die Einsparungen aus Investitionen zur Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Reduktion zukünftig fester Bestandteil kommunaler Haushaltspläne werden.**

Begründung:

Die Betrachtung kommunaler Haushalte beschränkt sich allzu oft im Wesentlichen auf die Ausgabenseite für Pflichtaufgaben und die auf Grund von Finanznöten abnehmende Freiwilligen Aufgaben. Die Betrachtungszeiträume sind hierbei von der Politik sehr kurz angesetzt und sind in der Regel mit der Länge der Wahlperiode identisch. Das Prinzip „Nach mir die Sintflut“ überträgt geschickt Defizite in die nächste Wahlzeit.

GRÜNE Politik steht für eine Nachhaltige Haushaltsentwicklung. Die Kommunen müssen auch langfristig betrachtet ihre Haushalte finanzieren können. Im Zuge von Energiewende und Ressourcenknappheit kommt dabei dem Thema Energiekosten der Kommunen eine immer größer werdende Rolle zu.

Das weitere Verschleppen des Handelns führt zu einer Verarmung der Kommunen durch steigende Energiepreise fossiler Energieträger, die die Handlungsspielräume im weiter einengt. Legt man eine moderate Preissteigerung fossiler Energieträger von 6% zu Grunde, bedeutet dies schon eine Kostenverdopplung in 14 Jahren, Inflationsbereinigt (bei 2% Inflation) in 17 Jahren. Die Energiekosten erlangen damit zunehmend an Gewicht.

Derzeitige Haushaltskonsolidierungspläne und Rettungsschirmprogramme erlauben derzeit keine Investitionen die zur Einnahmeerhöhung der Kommune durch Stromproduktion führen, und erlauben keine investive Maßnahmen die zur langfristigen Kosteneinsparung durch die Abkehr von fossilen Energieträgern und der Einsparung von Energie führen. Die Folge ist, dass das Geschäft mit der Erneuerbaren Energie im besten Fall von Bürgern im schlechtesten Fall von ortsfremden Investoren getätigt wird und die Kommune leer ausgeht. Die Folge ist aber auch das notwendige Heizungs- und Gebäudesanierungen immer weiter verschoben werden. Diese kurzfristige Sichtweise verhindert eine Kostenbremse und blockiert effektiven Klimaschutz.

Wir müssen die Randbedingungen schaffen, dass sich die Kommunen im Zuge von Haushaltsbetrachtungen explizit der Frage ihrer eigenen Energieversorgung stellen und langfristig projiziert überdenken. In Anbetracht von gewünschter Beteiligung der Kommunen an der Energiewende, der Haushaltssicherung der Kommunen und dem Kampf gegen die globale Klimaerwärmung müssen die Kommunen darüber hinaus mehr Handlungsspielräume erhalten.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Gabriele Szepanski, Peter Zielinski, Sonja Schittenhelm, Armin Ruckelshausen, Bernadette Eisenbarth, Jutta Jawansky-Dyroff, Helmut Teckert, Kai Kreuzer, Marc Lerch, Florian Hartmann, Eva Golbach (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In den Zeilen 211-216 wird die Textpassage wird ersatzlos gestrichen:

~~„Um dies zu erreichen, werden wir ergänzend zu den Vorranggebieten für Windkraft Eignungsgebiete ausweisen. In diesen Gebieten ist die Nutzung von Windkraft unter der Voraussetzung möglich, dass besondere Belange des Naturschutzes und die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden. Und natürlich gibt es auch Ausschlussgebiete, in denen Windkraft ökologisch oder ökonomisch nicht sinnvoll ist.“~~

Stattdessen wird eingefügt:

Die Planungshoheit für Windkraftvorrangflächen und Ausschlussflächen liegt zukünftig bei den Kommunen. Diese haben sich bei der Ausweisung der Flächen an die gesetzlichen Vorgaben zu halten. Die Genehmigung der Anlagen erfolgt weiterhin durch die zuständigen Behörden.

Begründung:

Aufgrund Ihrer sehr guten Orts- und Sachkenntnis sollte man Kommunen diese Funktion übertragen, wodurch sich die bekannten Konflikte zwischen mittlerer und unterer Planungsebene ein Stück weit verringern würden und der Planungsprozess noch näher am Bürger wäre. Eine zweite Kategorie von Flächen für die Windkraft, wie die im Programmentwurf des Landesvorstandes vorgesehenen Eignungsflächen, neben den dann von den Kommunen selbst geplanten Vorrangflächen (wahlweise mit oder ohne Ausschlussfunktion für Flächen außerhalb) wäre dann in jedem Falle überflüssig und sogar schädlich (weil dann eine raumordnende Ausschlussfunktion der Vorrangflächen nicht möglich wäre). Die Berücksichtigung von Belangen der Anwohner und des Naturschutzes ist gesetzlich vorgeschrieben, dazu ist also keine neue Flächenkategorie erforderlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 213 ergänzen:

In diesen Gebieten ist die Nutzung von Windkraft unter der Voraussetzung möglich, dass **wenn** besondere Belange des Naturschutzes und die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Edmund Borschel, Rolf Schliessmann, Barbara Elsas, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Matthias van der Minde, Peter Kranz, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 215 ergänzen:

**Bei der Ausweisung von Gebieten für Windenergiegewinnung ist uns der Erhalt der Arten bzw. Populationen gemäß aller artenschutzrechtlichen Vorgaben wichtig. Hierbei wird die avifaunistische Wertigkeit der Planungsregionen von den Regierungspräsidien beurteilt.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Alexander Wright (KV Gießen), Christian Otto (KV Gießen), Klaus-Dieter Grothe (KV Gießen), Sabine Häuser-Eltgen (KV Limburg-Weilburg), Michel Köhler (KV Gießen), Efi Kaioglidou (KV Marburg-Biedenkopf), Thomas Schneider (KV Marburg-Biedenkopf)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 215 wird gestrichen:

Und natürlich gibt es auch Ausschlussgebiete, in denen Windkraft ökologisch ~~oder~~  
~~ökonomisch~~-nicht sinnvoll ist.

Begründung:

Wir sollten uns darauf konzentrieren, die Gebiete auszuschließen, in denen die Windkraft ökologisch keinen Sinn macht. Der ökonomische Zweck wird sich durch die Wirtschaft selbst ergeben. Denn Investoren sind an Pluszahlen interessiert, Windstille ist schlecht fürs Geschäft.

Mindestwindgeschwindigkeiten sollten überdacht werden, denn sie Grenzen nur noch mehr Gebiete aus. Somit wird es schwieriger vor Ort für sie geeignete Flächen auszuweisen, wenn sie an weitere Parameter gebunden sind.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Sabine Walter, Edwin Groß, Reiner Nau, Helga Sitt, Hartmut Schmidt, Effrosini Kaioglidon Schmidt,  
(KV Marburg-Biedenkopf)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 219 einfügen:

Bei neuen Windkraftanlagen im Staatswald werden wir bevorzugt Kooperationsverträge mit den regionalen Akteuren abschließen und betroffene Kommunen an den Pachteinnahmen beteiligen. **Zusätzlich soll die Erzeugung von Strom durch die Erhaltung und den Ausbau von Wasserkraftanlagen in jeder Größenordnung, d. h. auch Kleinwasserkraftanlagen im Rahmen der neuen europäischen Wasserrichtlinien gefördert werden .Dies ist somit auch ein Gewinn für die Energieerzeugung vor Ort und in Bürgerhänden.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 225 ergänzen:

In diesen Gebieten ist die Nutzung von Windkraft unter der Voraussetzung möglich, dass **wenn** besondere Belange des Naturschutzes und die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christian Eimer (KV Hersfeld-Rotenburg) Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg) , Silvia Junker-Hoffmann (KV Fulda) , Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder) , Martina Selzer (KV Hersfeld-Rotenburg), Annika Funke (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 225 streichen und ergänzen:

Wir forcieren die Entwicklung eines Kapazitätsmarkts auf dem Energiemarkt, **wodurch hocheffiziente, flexible und emissionsarme Kraftwerke für die Betreiber endlich rentabel werden. Die Ansiedlung eines Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes am Standort Mecklar-Meckbach wollen wir vorantreiben. Darüber hinaus wollen wir** in die Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien, insbesondere „Power to Gas“ verstärkt investieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 234 ergänzen:

Wir werden die Ausbaupläne im Bundesbedarfsplan und deren Trassenverläufe in Hessen konstruktiv begleiten, die Erdverkabelung an sensiblen Stellen forcieren und uns für eine ~~transparente~~ **echte** Bürgerbeteiligung einsetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Alexander Wright (KV Gießen), Christian Otto (KV Gießen), Eva Goldbach (KV Vogelsberg), Sandra Laaz (KV Marburg-Biedenkopf), Franz Kahle (KV Marburg-Biedenkopf), Sabine Häuser-Eltgen (KV Limburg-Weilburg), Michel Köhler (KV Gießen), Annika Funke (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Ab Zeile 237 wird eingefügt:

**„Die Energiewende ist auch eine Jobwende**

**Uns ist bewusst, dass die Energiewende nur mit genügend Fachpersonal zu meistern ist. Der aktuelle Fachkräftemangel und der Mangel an Nachwuchs sorgen für einen Engpass, der die Energiewende bremsen könnte. Darum ist es uns wichtig, dass wird die Energiewende mit einer klugen Hochschulpolitik verzahnen. Wir wollen deshalb die Förderung von mehr Studiengängen und Fachausbildungen im Bereich der Erneuerbaren Energien in Hessen.**

**Wenn wir neue Studiengänge schaffen, wird es trotzdem Jahre dauern, bis mehr junge ExpertInnen zur Verfügung stehen.**

**Deshalb wollen wir, dass sich auch die Wirtschaft intensiv dieser Herausforderung annimmt.**

**Nur wenn die Unternehmen selbst verstärkt für eine Aus- und Weiterbildungsoffensive eintreten, können die Beschäftigungspotenziale im Segment GRÜNER Produkte und Dienstleistungen voll ausgenutzt werden. Darum wollen wir gemeinsam mit Wirtschaft und Verbänden ein Konzept für die Bewältigung dieser Herausforderung erarbeiten.“**

Begründung:

Der Fachkräftemangel ist eine echte Herausforderung der Energiewende. Sie kann die Energiewende bremsen, denn wer soll in Zukunft Windräder und Fotovoltaikanlagen montieren oder Häuser energetisch sanieren, wenn Handwerksbetriebe weder genügend Auszubildende noch die benötigten Fachkräfte finden?

Und wie sollen mittelständige bis große Unternehmen, die einen Beitrag zur Energiewende leisten, ihr Produkt-Portfolio weiterentwickeln, wenn es an passend ausgebildeten IngenieurInnen fehlt? Für Unternehmen kann es in Zukunft auch Standortentscheidend sein, wo genügend Fachpersonal zur Verfügung steht. Um Hessen in diesem Bereich also attraktiv zu machen, muss das (Weiter-) Bildungsangebot ausgebaut werden.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Edmund Borschel, Rolf Schliessmann, Barbara Elsas, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger,  
Matthias van der Minde, Peter Kranz, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 245 ergänzen:

Wir GRÜNE werden ~~dem~~ **den** Einsatz der Kraftwärmekopplung (KWK) **weiter vorantreiben**  
~~den Weg ebnen.~~

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 248 ergänzen:

Wir werden die Ausbaupläne im Bundesbedarfsplan und deren Trassenverläufe in Hessen konstruktiv begleiten, die Erdverkabelung an sensiblen Stellen forcieren und uns für eine ~~transparente~~ **echte** Bürgerbeteiligung einsetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Edmund Borschel, Rolf Schliessmann, Barbara Elsas, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Matthias van der Minde, Peter Kranz, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 248 ergänzen:

Mit einem Erneuerbare-Energie-Wärme-Gesetz wollen wir Klimaschutz in Hessen auch durch die Sanierung des Altbaubestands voranbringen und parallel Anreize durch das Land über einen Sanierungszuschuss und **ein** Austauschprogramm alter Heizungen bieten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Christian Eimer (KV Hersfeld-Rotenburg) , Silvia Junker-Hoffmann (KV Fulda) , Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder) Angelika Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Klaus Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg) , Martina Selzer (KV Hersfeld-Rotenburg) , Lisa Süß (KV Offenbach Land), Annika Funke (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 248 streichen und ergänzen:

Mit einem Erneuerbare-Energie-Wärme-Gesetz wollen wir Klimaschutz in Hessen auch durch die Sanierung des Altbaubestands voranbringen und parallel Anreize durch das Land über ~~einen Sanierungszuschuss und Austauschprogramm alter Heizungen bieten.~~ **Neben einem Austauschprogramm für alte Heizungen wollen wir über einen Zuschuss für Dämmmaterialien, insbesondere aus nachwachsenden Rohstoffen, energetische Sanierungen vorantreiben.**

Begründung:

Die energetische Sanierung des bestehenden Gebäudebestandes ist zweifelsohne einer der wichtigsten Aufgaben, um in den nächsten Jahren eine deutliche Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen. Jedoch ist nicht nur das „ob“ entscheidend, sondern auch das „wie“.

Eine Dämmung mit Materialien aus nachwachsenden Rohstoffen ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern sie bietet auch unter gesundheitlichen Aspekten große Vorteile: Probleme wie z.B.

Schimmelbildung, die durch Taufeuchte oder fehlende Luftzirkulation im Zusammenhang mit Dämmmaßnahmen häufig entstehen, sind bei Materialien aus nachwachsenden Rohstoffen in der Regel nicht so ausgeprägt, weil diese diffusionsoffen sind und daher eine feuchtigkeitsregulierende Wirkung haben. Der ökologische Fußabdruck von Dämmstoffen, die nach einer Nutzung komplett verrotten und zu deren Herstellung keine begrenzten Ressourcen, insbesondere kein Erdöl notwendig sind, ist ohnehin besser.

Aufgrund des gegenüber konventionellen Dämmstoffen oft deutlich höheren Preises sollte über das geplante Förderprogramm eine gezielte Steuerung in Richtung ökologischer Baustoffe erfolgen.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Offenbach-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 292-294 streichen:

~~Wir GRÜNE sind der Meinung, dass die Wasserversorgung in die Hände der Kommunen gehört, dies birgt die größten Chancen einer nachhaltigen Entwicklung.~~

Und ersetzen durch:

Die Wasserversorgung gehört in die Hände der Kommunen, dies birgt die größten Chancen einer nachhaltigen Entwicklung.

Begründung:

Die in Beratung befindliche EU-Richtlinie zum Vergaberecht könnte zur Folge haben, dass die traditionell und überwiegend kommunal organisierte Wasserversorgung durch die Hintertür privatisiert, zumindest aber europaweit ausgeschlossen werden müsste. Wie die Erfahrung zeigt, hätte dies negative Auswirkungen auf Qualität und Preis des Wassers. Trotz anders lautender Presseberichte wird von der EU-Kommission im Grundsatz an der Maßgabe der Privatisierung/Ausschreibung festgehalten. Daher ist eine direkte und klare Aussage notwendig.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in Zeile 296f. ändern:

Die ~~Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie~~ **Europäische Wasserrahmenrichtlinie ist in Hessen bisher nicht ausreichend umgesetzt. Dies** wollen wir GRÜNE in Hessen durch eine aktive Gewässerschutzpolitik mit zielgerichteten Förderungen durch eine aktive Gewässerschutzpolitik mit zielgerichteten Förderungen ~~vorantreiben~~ **ändern.**

Begründung:

Hinweis auf die mangelhafte Umsetzung ist uns wichtig; Förderung gibt es, wird aber nicht aktiv und zielgerichtet eingesetzt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 299 ergänzen:

Noch immer gelangen zu viele Pestizide und Düngemittel durch die Landwirtschaft in unser Wasser. Den bestehenden **andauernden** Konflikt z.B. um **die Bewirtschaftung in Wasserschutzgebieten und Uferrandstreifen werden wir mit der Landwirtschaft aber für das Schutzgut Wasser** ~~Gewässerrandstreifen wollen wir gemeinsam mit den Landwirten lösen.~~ **Die von der EU bereitgestellten Mittel müssen sinnvoll abgerufen werden. Die Wasserschutzberatung für die Landwirtschaft werden wir ausbauen und ökologische Bewirtschaftungsformen in Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten mit Wasserversorgern fördern. Die Wasserschutzberatung für die Landwirtschaft wird z.B. durch Projekte für mehr ökologischen Landbau vertieft, wie es in anderen Bundesländern schon üblich ist.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zwei Sätze in 301-304 ändern in:

~~Wir werden aus der europäischen Agrarreform frei werdende Landeshaushaltsmittel einsetzen, um Anreize für die Landwirte zu schaffen, Gewässerrandstreifen für den Wasserschutz stehen zu lassen. Die Wasserschutzberatung für Landwirte muss ausgebaut, verlässlich dokumentiert und evaluiert werden.~~

**Wir werden mit gezielten Förderprogrammen Anreize für die Landwirte schaffen, um den Schutz der Gewässerrandstreifen und der Gewässer weiter auszubauen. Neben der reinen Beratungsförderung durch das Land Hessen unterstützen wir in besonders belasteten Gebieten die ökologische Bewirtschaftungsweise.**

Begründung:

Die Annahme, dass durch die EU-Agrarreform Landesmittel freigesetzt werden, ist nicht zutreffend. Vielmehr müssen für die gezielten Förderprogramme im Rahmen des EPLR die jeweiligen Maßnahmen wie bisher auch mit nationalen Mitteln (Bund und Land) kofinanziert werden. Je nach Maßnahme und Kofinanzierungshöhe lässt sich so z.B. ein hessischer Euro vervielfachen und entsprechend mehr Wirkung erzielen. Die hessischen Landesprogramme mit rein hessischer Finanzierung sollten möglichst auf die Programme beschränkt bleiben, für die keine Kofinanzierungsmöglichkeiten bestehen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Edmund Borschel, Rolf Schliessmann, Barbara Elsas, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Matthias van der Minde, Peter Kranz, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 320 streichen und ergänzen:

Diese enthalten Wasser aus der Tiefe, das mit ~~Schwermetallen oder radioaktiv belastet sein kann. Deswegen fordern wir in Hessen und bundesweit ein Moratorium für diese Hochrisikotechnologie~~ **schwermetallhaltigen oder radioaktiven Verbindungen belastet sein kann. Deswegen sprechen wir uns in Hessen und bundesweit unmissverständlich und ohne Einschränkungen gegen diese Hochtechnologie aus. Hier sehen wir uns im Einklang mit den zahlreichen „BI gegen Fracking“.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Walter Heinemann, Martin Krohn, Oliver Menz, Christian Schäfer, Norbert Koch, Michael Staudt, Michael Rau, Martin Tewes, Karin Saake, Andreas Saakel, Jacob Spanke, Hermann Schleifer, Dörte Petersen, Dorothee Klemm, Christian Schmidt, Brigitte Czere, Alexander Bähr (alle KV Lahn-Dill)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Den Satz in den Zeilen 320-321 ersetzen:

~~Deswegen fordern wir in Hessen und bundesweit ein Moratorium für diese Hochrisikotechnologie.~~

**Deswegen fordern wir in Hessen und bundesweit ein Verbot dieser Hochrisikotechnologie.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Landesentwicklung, Regionalplanung und Wohnungspolitik

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 328:

„Flächenressourcenmanagement“ durch „Bodenmanagement“ ersetzen

Begründung:

Die inhaltliche Zielsetzung des beschriebenen Flächenressourcenmanagements ist klar und soll auch nicht verändert werden. Allerdings gibt es für diesen Sachverhalt bereits einen eingeführten Begriff, nämlich den Beginn des Bodenmanagements. Uns ist nicht ersichtlich warum dieser Begriff, der diesen Sachverhalt schon umfasst und der problemlos auch inhaltlich angereichert werden könnte, durch einen neuen, sprachlich durchaus sperrigen Begriff („Buchstabenprozession“ hat Markt Twain so etwas genannt!) ersetzt werden soll.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 328:

Begriff „Flächenressourcenmanagement“ wird ersetzt durch „Bodenmanagement“

zurückgegeben. Wir GRÜNE wollen ein kommunales Flächenressourcenmanagement, bei dem alle Brach- und Freiflächen sowie Baulücken in einer Datenbank erfasst und auf ihre ökologische Qualität hin beurteilt werden.

Begründung:

Die inhaltliche Zielsetzung des beschriebenen Flächenressourcenmanagements ist klar und soll auch nicht verändert werden. Allerdings gibt es für diesen Sachverhalt bereits einen eingeführten Begriff, nämlich den Beginn des Bodenmanagements. Uns ist nicht ersichtlich warum dieser Begriff, der diesen Sachverhalt schon umfasst und der problemlos auch inhaltlich angereichert werden könnte, durch einen neuen, sprachlich durchaus sperrigen Begriff („Buchstabenprozession“ hat Markt Twain so etwas genannt!) ersetzt werden soll.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Landesentwicklung, Regionalplanung und Wohnungspolitik

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 330:

~~So können diese Flächen genutzt und städtebauliche Entwicklungen ohne Ausweisung von Neubaugebieten stattfinden.~~

Begründung:

Siehe Begründung zu Zeile 1898.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 330-331:

„So können diese Flächen genutzt und städtebauliche Entwicklungen ohne Ausweisung von Neubaugebieten stattfinden.“ wird gestrichen.

„zurückgegeben. Wir GRÜNE wollen ein kommunales Flächenressourcenmanagement, bei dem alle Brach- und Freiflächen sowie Baulücken in einer Datenbank erfasst und auf ihre ökologische Qualität hin beurteilt werden. ~~So können diese Flächen genutzt und städtebauliche Entwicklungen ohne Ausweisung von Neubaugebieten stattfinden.~~ Die Neufassung des Grundsteuerrechts wollen wir unter den Aspekten der ökologischen Lenkung und des Flächensparens von Hessen aus initiieren beziehungsweise unterstützen.

Begründung:

siehe Antrag zu Zeile 1898

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 338 ergänzen:

Der Schutz der in Hessen bedeutsamen oder seltenen Arten und der Lebensräume ist von besonderer Bedeutung **und durch europäisches Recht alleine nicht möglich.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Christian Eimer (KV Hersfeld-Rotenburg), Silvia Junker-Hoffmann (KV Fulda), Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder), Angelika Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Klaus Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Alexander Unrath (KV Hochtaunus), Martina Selzer (KV Hersfeld-Rotenburg), Lisa Süß (KV Offenbach Land) Annika Funke (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 350 ergänzen:

Die Durchgängigkeit von Fließgewässern wollen wir verbessern **und Renaturierungen durchführen, wo dies möglich ist.**

Begründung:

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Martina Feldmayer (KV Frankfurt), Ursula Hammann (KV Groß-Gerau), Deborah Kottusch (KV Fulda), Dr. Hildegard Scheu (KV Fulda) Anke Pavlicek (KV Waldeck-Frankenberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 353 wird nach „verbessern folgender Absatz eingefügt:

„Das UNESCO Biosphärenreservat in der Rhön ist ein einzigartiger Natur- und Lebensraum, den wir erhalten und weiter entwickeln wollen. Außerhalb der Kernzonen des Biosphärenreservats ist eine sinnvolle Bewirtschaftung des Kulturgrünlands notwendig, die sich an den Zielen des Natur- und Artenschutzes orientiert. Daher sollen Agrarumweltprogramme und die offizielle landwirtschaftliche Beratung auf die Ziele zum Erhalt dieser besonderen Landschaft ausgerichtet werden. Ein nachhaltiges Grünlandmanagement und ein langfristiges Monitoring der Grünlandflächen sollen unterstützend und begleitend wirken.“

Begründung:

Nachdem die Landesregierung die Ausweisung der Kernzonen im Biosphärenreservat Rhön jahrelang verschleppt hat, sieht es nun so aus, dass 3 % der Landschaft als Kernzone ausgewiesen werden können. Zum Erhalt, der Pflege und Weiterentwicklung des Biosphärenreservats Rhön ist es aber darüber hinaus unerlässlich, dass die Pflegezonen mit ihrem hohen Grünlandanteil im Sinne des Natur-, Artenschutzes und der Biodiversität erhalten bleiben und die Intensivierung der Grünlandbewirtschaftung nicht weiter zunimmt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Tierschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 406 ergänzen:

Dem wollen wir **aus ethischen Gründen** engagiert entgegenwirken. Wir streben ~~aus ethischen Gründen an, dort wo es möglich ist, einen vollständigen Ersatz der Tierversuche durch alternative Verfahren an,~~ **Tierversuche langfristig durch alternative Verfahren vollständig zu ersetzen sowie Versuche an nichtmenschlichen Primaten zu unterbinden. Wir stehen der Einführung einer angemessenen Versuchstierabgabe positiv gegenüber und werden deren Einführung prüfen.**

Begründung:

Wie fast kein zweites Thema zeigt das Thema Tierversuche die Doppelzüngigkeit von Schwarz-Gelb. Während in Wählerversprechen und Wahlprogrammen der CDU Tierversuche auf ein zwingend erforderliches Maß reduziert werden sollen, ist die Wahrheit eine gänzlich andere. Die Institute für Tierversuche haben mittlerweile das Maß einer respektablen Wirtschaftsindustrie erreicht. Im letzten Jahr haben in Deutschland erstmalig über 3 Mio. Tiere als Versuchstiere gelitten. In Hessen wurden 2010 für Hochschule und Wirtschaft etwa 230 000 Tiere „verbraucht“. Die Tendenz ist ungebrochen steigend. Die von Ministerin Aigner unlängst durchgebrachte Novellierung des Tierschutzgesetzes verstößt beim Thema Tierversuche an einigen Stellen sogar bewusst gegen geltende EU-Richtlinien, wie zum Beispiel indem das Erleiden von starken Schmerzen bei voraussichtlich lang anhaltenden Experimenten nicht ausdrücklich verboten wird.

Schon heute wäre eine Vielzahl der Versuche überflüssig, wenn man moderne Mittel und Methoden dafür verstärkt nutzen würde. Ersatzmethoden wie zum Beispiel die In-Vitro-Forschung, die Nutzung von Computersimulationen oder die Versuche an künstlicher Haut führen schon jetzt zu wissenschaftlich anerkannten und aussagekräftigen Ergebnissen. Doch die Förderung von Ersatzmethoden für Tierversuche findet unter Schwarz-Gelb nur rudimentär Beachtung.

Die in der Öffentlichkeit und Wissenschaft umstrittenste Form der Tierversuche, nämlich die der Versuche an Affen, erfährt in Hessen sogar noch immer staatliche Förderung. Während solche Versuche in Bundesländern wie Bremen nicht mehr widerstandslos genehmigt werden, gilt Frankfurt hierfür mit zwei führenden Instituten sogar als Hochburg in Deutschland.

Diese Tiere können in einer Laborumgebung wegen ihrer vielfältigen, insbesondere sozialen Bedürfnisse von vornherein nicht auch nur annähernd verhaltensgerecht untergebracht werden, selbst bei bestem Willen der Tierexperimentatoren (den man diesen nicht durchweg unterstellen darf). Selbst wenn man also die Schmerzen und Leiden, die sie durch die versuchsbedingten Eingriffe

unmittelbar erfahren, nicht schwerer bewertet als bei anderen Tieren, sind sie in der versuchsbegleitenden Haltung besonders schweren Belastungen ausgesetzt.

Dem sehr hohen Finanzbudget der Tierversuche betreibenden Industrie stehen nur geringe Mittel der die Tiere vertretenden Verbände gegenüber. Dieses Ungleichgewicht kommt beispielsweise bei den die Versuche prüfenden Kommissionen zu Ungunsten der Tiere zum Tragen. Um hier ausreichend Mittel zur Verfügung stellen zu können und auch die Versuchsbetreiber angemessen finanziell an der Erforschung von Ersatzmethoden zu beteiligen, soll zukünftig eine Abgabe pro Tier bei Versuchen erhoben werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Tierschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 415 ergänzen:

Den Kommunen werden wir die Möglichkeit eröffnen, eine Kastrations-, Kennzeichnungs- **und Registrierungspflicht** für frei laufende Katzen zu erlassen.

Begründung:

Ungehemmte Populationen bei Katzen ziehen sehr viel Leid bei den Tieren durch Unterernährung und Krankheiten nach sich. Sie stellen aber auch durch die mögliche Verbreitung von Krankheiten eine potentielle Gefahr für Menschen, Haus- und Nutztiere da. Betroffene Kommunen sollen hier in Verantwortung ihrer Bürger rechtssicher handeln können. Erste Vorreiterkommunen wie zum Beispiel Paderborn zeigen hier erfreuliche tierschutzgerechte Erfolge.

Die Verantwortung für die Katzen trägt immer der Halter. Präventiv zu handeln heißt hier die Freigänger-Katzen zu kastrieren und alle Katzen durch Chip unverkennbar und schmerzfrei zu kennzeichnen.

Die gängige Praxis der kommunalen Fundtierversorgung mit ihren kleingliedrigen Zuständigkeiten und die hohen Wanderdistanzen der Katzen, machen das Auffinden für ihre Halter leider allzu oft unmöglich. Bei vielen Katzen, die heute ein trauriges Dasein in übervollen Tierheimen fristen, handelt es sich schlicht um ausgebüxte Stubentiger die ihrem ehemaligen Haltern nicht mehr zuzuordnen sind. Gekennzeichnete Katzen in einem Zentralregister wie z.B. bei TASSO zu registrieren, hilft weiteres Leid verhindern.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Tierschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 425 ergänzen:

Um dem gestiegenen Bedarf der Veterinärbehörden an fachlichen Informationen und Vorgehensweisen, zum Beispiel bei Exoten, gerecht zu werden, wird das Land stärker **beratend und kontrollierend** tätig werden.

Begründung:

Die ursprüngliche Textfassung beschreibt den Ist-Zustand in Hessen. Mit der Position einer Landestierschutzbeauftragten wird die Funktion der Beratung durch das Land in einfacher Textinterpretation bereits erfüllt. Die Missstände die sich im Vergleich aus den unterschiedlichen Erkenntnissen im jährlichen Tierschutzbericht zu den zuweilen sehr unzureichenden Handlungen der Ämter vor Ort zeigen, bleiben aber unberührt.

Tierschutz wird vor Ort umgesetzt. Die für die Tiere beste Gesetzeslage ändert zuweilen nichts an ihrer zum Teil desaströsen Haltungsumwelt. Obwohl der Tierschutzgedanke 2002 durch Rot-Grün zum Staatsziel im Grundgesetz erhoben wurde, findet real für die Tiere in ihren Ställen, Käfigen, Laboren und Manegen keine markante Verbesserung ihrer Situation statt. Im Gegenteil: Vielerorts ist eine zunehmende Verschlechterung ihrer Lebensumstände festzustellen.

In Hessen kommt ganz besonders zum Tragen, dass unter Schwarz-Gelb die Landeskontrolle des Tierschutzes durch die Kommunalisierung im Jahr 2005 den Veterinärämtern unter Selbstverantwortung der Kreise und der Städte übertragen wurde. Dies erzielte zwar den gewünschten positiven Effekt der Entbürokratisierung dieser Handlungsebene, führte aber auch allzu oft - zum Nachteil der Tiere - zu einem vergrößerten Handlungsspielraum der Veterinärämter. Die Ämter sind faktisch personell und finanziell häufig zu mager ausgestattet und können den mittlerweile sehr komplexen Fragestellungen im Tierschutz nur unzureichend nachkommen.

Schwerer wiegt noch, dass die Kontrolle einzig durch den Landrat bzw. Oberbürgermeister vollzogen wird. Zum einen ist diese Position in der Regel darüber nicht sachkundig besetzt und auf teure Sachverständige wird gerne verzichtet. Zum anderen zieht eine Vollzugsentscheidung (gerade in den Fällen von Verstößen in Tierfabriken) oft einen Interessenskonflikt nach sich. Viele Verstöße erfahren auf dieser Ebene keine Ahndung, da der Vollzug bei großen Gewerbesteuerzahlern und persönlich bekannten Personen eine zu große Hemmschwelle bedeutet. Hier wird deshalb wiederholt in einfacher Abwägung und direkter Anweisung zu Ungunsten der Tiere entschieden.

Dieser Missstand lässt sich dadurch beheben, indem man dem Land wieder mehr Kontrollbefugnisse zuteilt und die Aufsichtsebene höher ansiedelt.

Eine Landesregierung in Hessen mit GRÜNER Beteiligung will zukünftig zur Umsetzung des Tierschutzes vor Ort mehr Verantwortung und Unterstützung übernehmen. Die Kreise und

Kommunen sind mit der immer aufwändigeren Aufgabe des Vollzugs im Tierschutz alleine überfordert. Will man das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz tatsächlich umsetzen, gilt es hier vor Ort zu handeln.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 429 streichen und ergänzen:

~~Für eine ökologische und nachhaltige Forst- und Jagdpolitik~~

**Nachhaltige Politik für Wald und Jagd**

Begründung:

Wald ist die naturgemäßere Form im Vergleich zum wirtschaftlich definierten Forst und passt daher besser zum Sinn dieses Kapitels.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 431 streichen und ergänzen:

Wir wollen einen flächendeckend gesunden Wald mit einer ~~naturnahen~~ **naturnahen** Waldwirtschaft auf Grundlage strukturreicher, altersgemischter Wälder.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 433 einfügen:

...auf Grundlage strukturreicher, altersgemischter Wälder. **Wir werden eine Überprüfung des Hessischen Waldgesetzes mit der Zielsetzung einer Reduktion des zulässigen Einschlags in Nutz-, Wirtschafts- und Erholungswäldern in unterschiedlichem Besitz auf den Weg bringen.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Peter Zielinski, Eva Golbach, Gabriele Szepanski, Sonja Schittenhelm, Armin Ruckelshausen, Bernadette Eisenbarth, Jutta Jawansky-Dyroff, Helmut Teckert, Kai Kreuzer, Marc Lerch, Florian Hartmann (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 433 einfügen:

**Wir wollen eine heimische Holzproduktion unter kontrollierten Bedingungen, die Rohstoff auf kurzem Wege und Arbeitsplätze sichert. Beim integrativen Ansatz werden Naturschutzziele konsequent in die Bewirtschaftungsstrategie eingebunden.**

Begründung:

Die heimische Holzproduktion liefert den Rohstoff für die Bauwirtschaft, Möbelbau und Papierherstellung. Als Baustein für die Energiewende ist Holz als Brennstoff, vor allem in Form von Pellets, unverzichtbar. Für das Klima ist die Nutzung heimischer Hölzer besser als Importe aus Indonesien, Afrika oder Südamerika.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Peter Zielinski, Eva Golbach, Gabriele Szepanski, Sonja Schittenhelm, Armin Ruckelshausen, Bernadette Eisenbarth, Jutta Jawansky-Dyroff, Helmut Teckert, Kai Kreuzer, Marc Lerch, Florian Hartmann (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 444 streichen und ergänzen:

~~Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie streben wir auf 10 Prozent der gesamten hessischen Waldfläche eine natürliche Entwicklung ohne Nutzung an.~~

**Gemäß der Nationalen Biodiversitätsstrategie sollte der Anteil ungenutzter Wälder bei kommunalen und privaten Wäldern auf 5 Prozent bis 2020 gesteigert werden. Der hessische Staatswald soll verantwortungsvoll und vorbildlich vorgehen und 10 Prozent seiner Flächen aus der wirtschaftlichen Nutzung nehmen.**

Begründung:

Der Anteil Staatswald in Hessen beträgt 42 Prozent. An die kommunalen und privaten Wälder kommen wir nicht so einfach heran. Wenn der Staatswald die 10 Prozent alleine leisten muss, heißt das mehr als 20 Prozent im Staatswald stilllegen. Das ist wirtschaftlich kaum machbar (Holzproduktion). Daneben ist eine qualitative Forderung besser als eine flächenmäßige. Ein Holzvorrat in Verbindung mit Anteilen alter Bäume in der Alters- und Zerfallsphase ist eine gute Kombination und vor allen Dingen auch kontrollierbar.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Martin Häusling, Stefan Arndt, Eva Raabe, Hermann Häusling (KV Schwalm-Eder), Ina Möllenhoff (KV Wiesbaden)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 445ff ersetzen streichen:

Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie streben wir auf 10 Prozent der gesamten hessischen Waldfläche eine natürliche Entwicklung ohne Nutzung an. Damit dies gelingen kann, muss der Hessische Staatswald einen wesentlichen Beitrag leisten.

Und ersetzen durch

Damit die Biodiversitätsstrategie gelingen kann, streben wir auf einem Teil der Fläche des Hessischen Staatswalds eine natürliche Entwicklung ohne Nutzung an.

Begründung:

Die Formulierung kann so auch auf Privatwaldbesitzer ausgelegt werden, was einer Enteignung gleichkäme.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Umwelt, Energie und Naturschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 448 ergänzen und streichen:

**Im Durchschnitt sollen** zehn Bäume pro Hektar ~~sollen~~ im öffentlichen Wald als besonders schützenswerte Biotopbäume ausgewiesen werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Armin Ruckelshausen, Gabriele Szepanski, Peter Zielinski, Sonja Schittenhelm, , Bernadette Eisenbarth, Jutta Jawansky-Dyroff, Helmut Teckert, Kai Kreuzer, Marc Lerch, Florian Hartmann, Eva Golbach (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 457-458 werden durch folgenden Text ersetzt:

Stellen in der Forstverwaltung mit überwiegend speziellen Aufgaben in den Bereichen Naturschutz, Pädagogik und geografische Informationssysteme sollen neben spezialisierten Forstleuten auch Absolventen der betreffenden Studien- bzw. Ausbildungsgänge offen stehen.

Begründung:

Die Änderung mag vielleicht nur redaktionell erscheinen, liefert aber etwas präzisere Vorgaben als der Entwurfstext

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 479 hinzufügen:

Dabei soll sich Verbraucherpolitik nicht mehr wie bisher vor allem auf traditionelle Bereiche wie Lebensmittelsicherheit und -transparenz oder schadstofffreies Spielzeug beschränken, sondern auch Fragen wie sichere Finanzprodukte und die des Persönlichkeitsschutzes im digitalen Zeitalter umfassen.

Begründung:

Es geht bei Verbraucherschutz nicht nur um Schutz, sondern auch um das zur Verfügung stellen der notwendigen Informationen, damit der Verbraucher selbst frei wählen kann - sprich Transparenz. Sollte daher hier auch erwähnt werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Martin Häusling, Stefan Arndt, Eva Raabe, Hermann Häusling (KV Schwalm-Eder), Ina Möllenhoff (KV Wiesbaden)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 483 einen neuen Absatz einfügen:

Wir werden die von der CDU vorgenommen Kommunalisierungen wie im Bereich des Verbraucherschutzes, der Lebensmittelkontrolle und der Agrarverwaltung einer äußerst kritischen Überprüfung unterziehen und ggf. rückgängig machen.

Begründung:

Für eine konsequente Wende im Agrar- und Verbraucherschutzbereich ist es dringend notwendig die von der CDU zerschlagenen Strukturen wiederherzustellen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Andreas Romppel (KV Wiesbaden), Angela Rühle (KV Frankfurt), Christoph Gaa, Susanne Hoffmann-Maier, Torsten Schulz (KV Darmstadt-Dieburg), Andreas Hoffmann (KV Fulda), Claudia Prinz (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 49 wird eingefügt:

„Hat Hessen die Chancen des digitalen Wandels genutzt?“

Begründung:

mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Nicole Maisch, Boris Mijatovic, Christine Hesse (KV Kassel-Stadt), Angelika Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Michaela Prinz (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 496 einfügen:

Die tagtägliche Abzocke von Verbraucherinnen und Verbrauchern durch Falschberatung oder zu hohe Dispozinsen wollen wir beenden. Gerade der Finanzplatz Hessen hat eine hohe Verantwortung, seriöse Finanzdienstleistungen bereit zu stellen.

Begründung:

Auch unsere Ziele im finanziellen Verbraucherschutz sollten sich im Wahlprogramm widerfinden, insbesondere auch aufgrund der Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zwei Sätze in 511-515 löschen:

~~Mit einem staatlichen, regionalen Qualitätssiegel wollen wir dies ermöglichen. Mit dem Siegel sollen Produkte gekennzeichnet werden, bei denen besonders auf gute Qualität (Tier-, Umwelt- und Klimaschutz und frei von Gentechnik) und die Besonderheiten der hessischen Landwirtschaft (kleinere Betriebe, regionale Wertschöpfungskreisläufe) geachtet wird."~~

Begründung:

Begründung: Es existiert eine große Zahl von Siegeln auf dem Markt. Hier fehlt schon jetzt Transparenz. Qualität ist zu garantieren. Es ist fraglich, ob für das Land Hessen ein eigenes Siegel wirklich sinnvoll ist, zumal die Einführung extrem aufwändig und teuer ist.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Absatz Zeilen 517-520 ersetzen:

~~Die Arbeit der Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ muss auf Effizienz und Wirksamkeit evaluiert und entsprechend der Ergebnisse neu strukturiert werden. Der Schwerpunkt der Arbeit muss auf die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten ausgerichtet sein.~~

**Die Förderung der Marketinggesellschaft Gutes aus Hessen wollen wir auf ihre Effektivität überprüfen und entsprechend den Zielen unserer Agrarpolitik den bestehenden Vertrag nachverhandeln. Das wachsende Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an ökologischen Erzeugnissen und Tierschutz muss sich auch im Agrarmarketing wiederfinden. Dazu ist es nötig den Einfluss des Landes in beauftragten Organisationen wie der Marketinggesellschaft Gutes aus Hessen zu stärken.**

Begründung:

Die MGH gehört nicht dem Land. Sie wird nur über einen schwer zu ändernden Vertrag gefördert. Bis zum Auslaufen dieses Vertrages in etwa vier Jahren bleibt nur die Möglichkeit nach zu verhandeln, wozu auch mehr Einfluss in den Gremien gehört.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 519 ersetzen:

~~Konsumentinnen und Konsumenten~~ **Verbraucherinnen und Verbraucher**

Begründung:

Begründung: Sprachliche Gründe, da wir an allen anderen Stellen auch vom Verbraucher sprechen und nicht vom Konsumenten.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 527 ergänzen:

**Zudem wollen wir auf die Caterer großer hessischer Unternehmen zugehen und diese ebenfalls für eine regional-ökologische Essensverpflegung gewinnen.**

Begründung:

Nicht nur Schule, sondern auch große Unternehmenskantinen müssen dringend einbezogen und umgestellt werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Tierschutz

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 527 ergänzen:

**Genussvolles Essen ist für uns GRÜNE nicht notwendigerweise mit Fleisch verbunden. Deshalb wollen wir die fleischlose Ernährung fördern. Öffentliche Kantinen und Mensen sollen Vorreiterfunktionen übernehmen, indem hier auch Angebote von vegetarischen/veganen Gerichten zum Standard werden. Wir wollen freiwillige Projekte unterstützen, die für einen Wechsel in eine pflanzliche Ernährungsweise werben und einen Tag pro Woche als „Veggie Day“ initiieren.**

Begründung:

Die Produktion von tierischen Lebensmitteln ist ein Hauptverursacher von Klimaerwärmung, Umweltzerstörung, Landgrabbing, globalem Hunger, Gesundheitsbelastungen sowie Tierquälerei. Die Menge der Fleischproduktion überschreitet längst das Maß der zu Verfügung stehenden Ressourcen. Um die Höhe der Fleischproduktion in Hessen auf ein umweltverträgliches Maß zu reduzieren, gilt es neben dem Subventionsstop für Tierfabriken und der Einschränkung der Futtermittelimporte eine Reduktion des Fleischkonsums anzustreben. Die Entwicklung zu einer nachhaltigen Gesellschaft beinhaltet, dass wir beginnen Alternativen zu einer tierbasierten Landwirtschaft zu finden. Ein gesellschaftlicher Wandel auch im kleinen Rahmen kann niemals durch Zwang erfolgen. GRÜNE Politik heißt: positiv bewerben, das Gespräch nicht zu scheuen und Alternativen aufzeigen, die zu einem besseren Weg führen. Während gerade im Rhein-Main-Gebiet ein großer Trend zu einer vegetarischen und veganen Ernährung zu beobachten ist, hinkt die Politik unter Schwarz-Gelb dieser Entwicklung hinterher. Wir wollen den positiven Prozess zu einer pflanzlichen Ernährung aber nicht weiter behindern, sondern zukünftig unterstützen. Das geht am besten, wenn die Angebote erweitert und zum Standard werden, wenn die Qualität der Speisen durch Schulung der KöchInnen und erhöhter Nachfrage steigt und wenn dafür öffentlich positiv geworben wird. Fünfzig Jahre massiver Werbung für die Fleisch- und Milchwirtschaft steht heute einzig die Vernunft zur pflanzlichen Ernährung gegenüber. Während Großkonzerne für ihre Produkte aus der Massentierhaltung mit riesigen Marketingbudgets ungehemmt die Werbepattformen überschwemmen, beschränkt sich die Werbung für vegetarische und vegane Kost auf Kleinauflagen der Insidermagazinen. Es ist Aufgabe einer zukunftsbesonnenen Politik, dem in Verantwortung für Umwelt und nachfolgende Generationen Rechnung zu tragen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützend zu wirken.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 527 ergänzen:

**Zudem wollen wir auf die Caterer großer hessischer Unternehmen zugehen und diese ebenfalls für eine regional-ökologische Essensverpflegung gewinnen.**

Begründung:

Nicht nur Schule, sondern auch große Unternehmenskantinen müssen dringend einbezogen und umgestellt werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Walter Heinemann, Martin Krohn, Norbert Koch, Michael Staudt, Michael Rau, Martin Tewes, Karin Saake, Andreas Saakel, Jacob Spanke, Hermann Schleifer, Dörte Petersen, Dorothee Klemm, Christian Schmidt, Brigitte Czere, Alexander Bähr (alle KV Lahn-Dill)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Vor Zeile 561 folgenden Absatz einfügen:

**Unglaubliche 50% aller in der Europäischen Union produzierten Lebensmittel werden derzeit vernichtet. Teils, da sie nicht der Norm entsprechen, im Handel aussortiert werden oder aus Unachtsamkeit beim Verbraucher vergammeln. So gelangen ungeöffnete Verpackungen in den Hausmüll. Dieser unglaublichen Vergeudung wollen wir begegnen. Handelsnormen müssen verändert, Verbraucher aufgeklärt werden. Trotz gestiegenem Anteil von Biobetrieben wurden in der deutschen Landwirtschaft im Jahr 2012 so viele "Pflanzenschutzmittel" wie noch nie zuvor ausgebracht. Wir GRÜNE lassen nicht zu, dass eine Intensivlandwirtschaft unsere Umwelt extrem belastet um Erzeugnisse zu produzieren von denen anschließend die Hälfte als Müll vernichtet wird.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 568 ergänzen:

**Hierzu bedarf es eines Aktionsplanes, der auch Ausbildung, Wissenstransfer und Forschung berücksichtigt.**

**Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass es öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistung oder den Ausgleich von naturbedingten Nachteilen gibt. Wir werden die Abwicklung und Organisation der Agrarförderung auf ihre Effizienz und Effektivität überprüfen und wenn nötig neu ordnen.**

Begründung:

Wir brauchen unbedingt auch eine Aussage zur EU-Agrarpolitik. Der letzte Satz bezieht sich auf die von allen beteiligten kritisierte Arbeitsweise der WI-Bank als EU-Zahlstelle.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Martin Häusling, Stefan Arndt, Eva Raabe, Hermann Häusling (KV Schwalm-Eder), Ina Möllenhoff (KV Wiesbaden)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 575 streichen:

~~Der Import von gentechnisch beeinflussten Futtermitteln für die industrielle Massentierhaltung muss unterbunden werden.~~

Begründung:

Die Umsetzung dieser Forderung ist in Hessen nicht möglich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 585 ergänzen:

**Hessen soll sich für ein Verbot von Totalherbiziden in erntereifen Kulturen einsetzen.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Martin Häusling, Stefan Arndt, Eva Raabe, Hermann Häusling (KV Schwalm-Eder), Ina Möllenhoff (KV Wiesbaden)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 607 einfügen:

Das Fachgebiet Ökolandbau muss wieder Bestandteil des Lehrplans für angehende Landwirte werden.

Begründung:

Ökolandbau muss in den Lehrplänen verankert werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 608 ergänzen:

**Die Beratung für die Landwirtschaft sollte insbesondere vor dem Hintergrund für deren Verantwortung für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz weiter intensiviert und gefördert werden.**

Begründung:

Aus Erfahrung ist die Ausbildung/Weiterbildung und Beratung ein wesentlicher Schlüsselfaktor insbesondere für die hessische Landwirtschaft, die durch einen hohen Anteil an Nebenerwerbslandwirten geprägt ist. Insbesondere im Hinblick auf den effizienten und effektiven Einsatz von Fördermitteln könnte sogar eine Art Betriebsberatungskonzept als ein Förderbaustein (Fördervoraussetzung ist eine Betriebsbegehung von Landwirt und Berater bei der die sinnvollen/notwendigen Maßnahmen [Flächen- und Investitionsförderung] auf Betriebsebene erfasst werden). Zusätzlich gilt es im Detail auch die mögliche Kombination von staatlicher und privatorganisierter Beratung zu klären.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 608 ergänzen:

**Die Beratung für die Landwirtschaft sollte insbesondere vor dem Hintergrund für deren Verantwortung für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz weiter intensiviert und gefördert werden.**

Begründung:

Aus Erfahrung ist die Ausbildung/Weiterbildung und Beratung ein wesentlicher Schlüsselfaktor insbesondere für die hessische Landwirtschaft, die durch einen hohen Anteil an Nebenerwerbslandwirten geprägt ist. Insbesondere im Hinblick auf den effizienten und effektiven Einsatz von Fördermitteln könnte sogar eine Art Betriebsberatungskonzept als ein Förderbaustein (Fördervoraussetzung ist eine Betriebsbegehung von Landwirt und Berater bei der die sinnvollen/notwendigen Maßnahmen [Flächen- und Investitionsförderung] auf Betriebsebene erfasst werden). Zusätzlich gilt es im Detail auch die mögliche Kombination von staatlicher und privatorganisierter Beratung zu klären.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Michael Hack (KV Wetterau), Elisabeth Amrein (KV Frankfurt), Benjamin Pfeifer (KV Frankfurt),  
Christian Otto (KV Gießen), Faris Barakat (KV Frankfurt), Carlos Becker (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in Zeile 629 ändern:

~~in schrumpfenden Landesteilen~~ wird ersetzt durch: „in Landesteilen mit sinkenden  
Bevölkerungszahlen“

Begründung:

Die geophysischen Grundlagen Hessens werden sich auf absehbare Zeit nicht grundlegend verändern.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 638 ändern:

Dazu gehören eine gute hausärztliche Versorgung und ~~qualifizierte Gemeindepflege~~  
**vielfältige ambulante Angebote.**

Begründung:

Eine Gemeindepflege kann nur ein Ansatz unter anderen sein. Wir wollen auf dem Land keine anderen Standards als in der Stadt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Björn Bäuchle (KV Frankfurt) Marc Lerch (KV Vogelsberg), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Klaus Kuszmierczyk (KV Frankfurt), Klaus Böttcher (KV Main-Kinzig-Kreis)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1.

Satz in Zeile 247ff. ändern:

„Wichtig für ländliche Gebiete ist ein vernünftiger Mix aus Individual- und öffentlichem Verkehr. **Überlebensfähig als inklusiver Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum für alle Bevölkerungsgruppen ist der ländliche Raum nur, wenn Mobilität auch ohne eigenes Auto möglich bleibt bzw. wird.** So Hierfür sind bestehende Bahnstrecken zu sichern und gegebenenfalls vom Angebot her auszubauen.

2.

In Zeile 653 wird nach „Angebot schaffen“ folgender Satz eingefügt:

„Das Potenzial der eMobilität auf dem Fahrrad für Alltagsverkehr und Tourismus im ländlichen Raum wollen wir gezielt nutzen.“

Begründung:

Der „vernünftige Mix aus IV und ÖV“ ist grundsätzlich richtig. Auch im ländlichen Raum muss es aber eine (durch die Wohnstandortwahl bedingt selbst) eingeschränkte Wahlfreiheit der Verkehrsmittel geben. Denn auch im ländlichen Raum gibt es eine große Zahl von Personen, die über kein Kfz verfügen/verfügen können (Kinder, Jugendliche, Senioren, Personen mit geringem Einkommen oder psychischen/physischen Einschränkungen, etc.). Wenn diese Personen keine Mobilitätschancen haben, wird der Wohnstandort für den ganzen Haushalt schwierig. In umgekehrter Richtung funktioniert autofreies Leben selbst in den Städten nur, wenn auch die Erreichbarkeit im ländlichen Raum speziell für die Erholungsfunktion gesichert ist. Hier liegt zudem ein hohes Wertschöpfungspotenzial.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Offenbach-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 665 streichen:

~~Die starke Abhängigkeit des Bildungserfolgs der Kinder vom sozialen Status der Eltern wollen wir beenden.~~

Und ersetzen durch:

Der starken Abhängigkeit des Bildungserfolg der Kinder vom sozialen Status der Eltern wollen wir entgegenwirken.

Begründung:

Ein beenden wird als utopisch zurückgewiesen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Gießen

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 676 einfügen:

Diese Verschlechterung werden wir verhindern. Eine von Bündnis90/Die Grünen getragene neue Landesregierung wird dieses Gesetz daher sofort und rückwirkend außer Kraft setzen. Die vor diesem Gesetz gültigen Regelungen werden so lange an die Stelle dieses Kifög treten, bis ein für die Zukunft der Kinderbetreuung tragfähiges, umfassend mit den Trägern der Kinderbetreuung abgestimmtes neues Konzept zur Kinderförderung entwickelt ist.

Begründung:

Es reicht keinesfalls aus, ein schlechtes Gesetz schlecht zu nennen. Da eine rotgrüne Landesregierung erst ins Amt kommt, wenn das Kifög bereits in Kraft ist, muss unmissverständlich klargestellt werden, dass wir Grüne dieses Gesetz nicht zur Wirkung kommen lassen. Ein wirkliches Kinderförderungsgesetz bedarf einer ausführlichen Debatte.

Es kann nicht sein, dass der Mangels an Erzieher/innen und Betreuungsplätzen dazu führt, Kinderbetreuung als Aufbewahrungsanstalt zu verstehen. In Hessen wurde die Notwendigkeit des Handelns in beiden Bereichen verschlafen.

Wir sollten ehrlich gegenüber den Eltern sein. Zu wenige aber personell und räumlich für Kinderbetreuung tauglich ausgestattete Einrichtungen sind allemal besser als die Vollstopfpläne der gegenwärtigen Landesregierung.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Offenbach-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 679 streichen:  
~~CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel.~~

Begründung:

Diese Sätze fallen häufig genug, um beim Leser haften zu bleiben. Die Wiederholung ist an dieser Stelle aber nicht passend, sondern störend.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 689 ergänzen:

**Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Kindergärten genau so hohe Landesfördermittel bekommen wie Kindergärten in allgemeiner Trägerschaft.**

Begründung:

Die Landesförderung für einen Kindergartenplatz in kommunaler Trägerschaft ist halb so hoch ist wie für einen Kindergartenplatz in freier Trägerschaft. Insoweit wird es für eine Kommune immer teurer, wenn ein freier Kindergarten in kommunale Trägerschaft übernommen wird.

Die Trägerschaft der KITA lässt nicht auf die Qualität der Betreuung schließen. Und bei der Landesförderung von Kindergärten darf es nur um die am Ende am Kind geleistete Arbeit gehen. Nichts anderes! Von daher sind auch unterschiedliche Landeszuweisungen, nach Trägerschaft der Kommune oder eines anderen Trägers, ungerechtfertigt.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Gabriele Szepanski, Peter Zielinski, Sonja Schittenhelm, Armin Ruckelshausen, Bernadette Eisenbarth, Jutta Jawansky-Dyroff, Helmut Teckert, Kai Kreuzer, Marc Lerch, Florian Hartmann, Eva Golbach (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 689ff streichen und ergänzen:

Und wir wollen die Qualität der Kinderbetreuung verbessern, **damit Bildungsprozesse für alle Kinder individuell, kontinuierlich und auf hohem Niveau gestaltet werden können.** Kindergärten sollen sich zu ~~Bildungsgärten~~ und Familienzentren weiterentwickeln, damit die Bildungsprozesse für alle Kinder individuell, kontinuierlich und auf hohem Niveau gestaltet werden können. ~~Für uns ist dabei auch selbstverständlich,~~ dass behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam aufwachsen können. Bei allen unseren bildungspolitischen Maßnahmen ist uns die Umsetzung des Ziels der Inklusion ein wichtiges Anliegen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christiane Esser-Kapp, Sabine Grasmück-Werner, Wilfried Jungbluth, Brigitte Koenen, Susanne Völpel  
(KV Offenbach-Stadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 704 ergänzen:

Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen wir Kindertagespflegeangebote aufwerten **und  
bessere Bezahlung des Personals.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Matthias van der Minde, Barbara Elsas, Edmund Borschel, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Peter Kranz, Rolf Schliessmann, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 735 streichen und ergänzen:

Zur Umsetzung der Bildungs- und Betreuungsgarantie werden wir im Laufe der kommenden fünf Jahre ~~allen Grundschulen~~ **an Grundschulen bei entsprechendem Bedarf** die Aufnahme in das Ganztagschulprogramm des Landes ermöglichen.

Begründung:

Gerade an kleinen Grundschulen ist eine bis 17 Uhr garantierte Betreuung unrealistisch in den Randzeiten, wenn nur wenige Kinder das Angebot nutzen wollen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Peter Zielinski, Eva Golbach, Gabriele Szepanski, Sonja Schittenhelm, Armin Ruckelshausen, Bernadette Eisenbarth, Jutta Jawansky-Dyroff, Helmut Teckert, Kai Kreuzer, Marc Lerch, Florian Hartmann (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 735 streichen und ergänzen:

~~Als Land werden wir das Personal oder die Mittel zur Verfügung stellen, um an fünf Tagen die Woche von 7:30 bis 14:30 Uhr ein Ganztagsangebot an den Grundschulen bereitzuhalten. Für die Zeit von 14:30 bis 17:00 Uhr und für die Betreuung in den Schulferien sind im Gegenzug die Kommunen zuständig. Durch einen Vertrag zwischen Land, Schulträger und Kommunen werden wir sicherstellen, dass für die Eltern und ihre Kinder ein Bildungs- und Betreuungsangebot aus einem Guss von 7:30 bis 17:00 Uhr entsteht.~~

**Das Land stellt das Personal oder die Finanzmittel für das Personal zur Verfügung, um an fünf Tagen die Woche von 7:30 bis 17:00 Uhr ein Ganztagsangebot an den Grundschulen bereitzuhalten. Die Schulträger stellen die Sachmittel zur Verfügung.**

Begründung:

Gerade an kleinen Grundschulen ist eine bis 17 Uhr garantierte Betreuung unrealistisch in den Randzeiten, wenn nur wenige Kinder das Angebot nutzen wollen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 739 ergänzen:

Durch einen Vertrag zwischen Land, Schulträger und Kommunen werden wir **die notwendige finanzielle Ausstattung der Kommunen** sicherstellen, dass für die Eltern und ihre Kinder ein Bildungs- und Betreuungsangebot aus einem Guss von 7:30 bis 17:00 Uhr entsteht.

Begründung:

Wenn wir in unserem Landtagswahlprogramm eine Ganztagesbetreuung der Grundschul Kinder versprechen, dürfen wir die Kosten nicht bei den Kommunen abladen. Wenn das Land eine Ganztagesbetreuung bestellt, können die Kommunen diese zwar umsetzen, gemäß dem Konnexitätsprinzip müssen die Kosten aber vom Land getragen werden.

In Zeiten des kommunalen Rettungsschirms haben die Kommunen keine finanziellen Ressourcen diese zusätzliche Aufgabe zu finanzieren.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christian Eimer (KV Hersfeld-Rotenburg), Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Silvia Junker-Hoffmann (KV Fulda), Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder), Angelika Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Klaus Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Martina Selzer (KV Hersfeld-Rotenburg), Annika Funke (KV Frankfurt), Hildegard Scheu (KV Fulda)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 742 ergänzen:

**Für die besondere Situation sehr kleiner Grundschulen (Zwergschulen) werden wir individuelle Lösungen ermöglichen.**

Begründung:

Das Prinzip „Kurze Beine - kurze Wege“ ist gerade für Grundschulkindern im dünn besiedelten ländlichen Raum von nicht unerheblicher Bedeutung. Der gemeinsame Schulweg zu Fuß fördert neben sozialen Kontakten auch die aktive Teilnahme im Straßenverkehr. Darüber hinaus bieten kleine ortseigene Grundschulen oftmals eine besonders individuelle und pädagogisch hochwertige Betreuung. Wenn wir nun, wie im Ursprungs-Antrag gefordert, an jeder Grundschule ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7:30-17:00 einführen wollen, welches dazu noch maßgeblich von den Kommunen finanziell getragen werden soll, dürfte der finanzielle Aufwand bei bestehenden Zwergschulen in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen.

Gerade im dörflichen Bereich sind häufig familiäre Strukturen vor Ort vorhanden, wodurch eine Betreuung nach Schulende gar nicht nötig ist. Andererseits wird der Erhalt einer „eigenen“ Schule vor Ort für die Betroffenen Eltern und Kinder sicher einen höheren Stellenwert haben als die Ganztagsbetreuung. Wir sollten hier also eine Möglichkeit für Einzellösungen offenhalten, um nicht mit dem grundsätzlich guten Ansatz der Ganztagsbetreuung indirekt kleine Grundschulen in die Schließung zu treiben.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Gabriele Szepanski, Peter Zielinski, Sonja Schittenhelm, Armin Ruckelshausen, Bernadette Eisenbarth, Jutta Jawansky-Dyroff, Helmut Teckert, Kai Kreuzer, Marc Lerch, Florian Hartmann, Eva Golbach (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 759 streichen:

~~G~~ute Schülerinnen und Schüler werden nicht gelangweilt. Kinder, die mehr Förderung brauchen, bekommen die Zeit, die sie brauchen. So schaffen wir ein solides Fundament für alle.

Begründung:

keine hierarchisierende Wertungen verwenden !

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Wetterau

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 761 neuen Absatz hinzufügen:

**Kleine Grundschulen wollen wir erhalten, die Existenz von Grundschulstandorten sichern. Deshalb soll der Sonderfall des jahrgangsübergreifenden Unterrichts bei Unterschreitung festgesetzter Klassengrößen für sie per Gesetzesänderung zum möglichen Regelfall werden (§144a Abs.4 Hess. Schulgesetz). Die Außenstellen sollen dann einen gesetzlichen Bestandsschutz erhalten, wenn dort eine Beschulung möglich ist.**

Begründung:

Wenn der Leitsatz "Kurze Beine, kurze Wege" angesichts der demographischen Entwicklung, insbesondere im ländlichen Raum, keine hohle Phrase sein soll, sind flexiblere Mechanismen im Hessischen Schulgesetz notwendig. Für die durch die Entwicklung im Bestand gefährdeten Schulen, muss deshalb der Ausnahmefall des jahrgangsübergreifenden Unterrichts praktisch zum gesetzlichen Regelfall werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Martina Bode, Reimund Butz Klaus-Uwe Gerhardt, Lucie Gerhardt, Robert Müller, Lisa Süß (KV Offenbach-Land), Klaus Denfeld (KV Marburg-Biedenkopf), Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt), Votum der Kreismitgliederversammlung (KV Offenbach-Land vom 14.5.13)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 804 wird geändert:

So können aus den Mitteln der zusätzlichen Lehrerversorgung auch ~~mehnjährige Verträge~~ **Arbeitsverträge** beispielsweise mit Sozialpädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Schulassistenten oder Verwaltungskräften geschlossen werden.

Begründung:

Die Selbstständige Schule soll nach dem Willen aller im Hessischen Landtag vertretenen Parteien Vieles selbst entscheiden dürfen und eigene Personalbefugnisse haben. Es ist nicht notwendig, auf die Dauer der Arbeitsverträge einzugehen. Vielmehr suggeriert die jetzige Formulierung "auch mehrjährige", dass kürzere, befristete, i.d.R. einjährige Arbeitsverträge die von den Grünen bevorzugte Beschäftigungsform für das nicht verbeamtete pädagogische Personal an den Schulen sei. Im Übrigen beinhaltet die Formulierung "auch mehrjährige", dass immer eine Befristung vereinbart sein muss - nämlich auf ein bis mehrere Jahre. Unbefristete Arbeitsverträge sind mit der Formulierung "mehnjährig" überhaupt nicht vorgesehen, im Gegenteil, gerade ausgeschlossen.

Die Befristungspraxis entlässt vielfach schon heute Beschäftigte über die Sommerferien in die Arbeitslosigkeit und führt zum „Saisonkraft-Phänomen“. Angestrebt wird jedoch, dass die genannten Professionen unbefristet beschäftigt werden, damit eine Kontinuität erreicht werden kann.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christiane Esser-Kapp, Sabine Grasmück-Werner, Wilfried Jungbluth, Brigitte Koenen, Susanne Völpel  
(KV Offenbach-Stadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 804 streichen und ergänzen:

So können aus den Mitteln der zusätzlichen Lehrerversorgung auch mehrjährige Verträge beispielsweise mit Sozialpädagogen, ~~Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern~~ **Schulsozialarbeiter, Psychologen**, Schulassistenten oder Verwaltungskräften geschlossen werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeilen 823 bis 841 streichen und ersetzen durch:

Die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler braucht Zeit – Zeit für G9!

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wurde die verkürzte Gymnasialzeit in Hessen nicht nur grottschlecht eingeführt, worunter die Schülerinnen und Schüler noch heute leiden sondern auch nie auf ein für die Entwicklung der Jugendlichen verträglichen Aufwand eingestellt. In Hessen wurde mit dem G8-Versuch eine ganze Schülergeneration missbraucht. G8 ist in Hessen gescheitert. G8 ist von den Eltern nicht gewünscht. „Scheiß G8!“, ist das neue Schimpfwort der Jugendlichen für „Blöde Schule!“. Es hilft nichts an einem gescheiterten Versuch wie eine Visagistin optisch herumzupudern. Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Zeit zum Lernen. Sie brauchen mehr Zeit für ihre Entwicklung. Deswegen werden wir den gescheiterten G8-Versuch in Hessen beenden.

Begründung:

Die Schulen benötigen endlich Klarheit darüber, wie es mit der verkorksten Gymnasialzeitverkürzung in der Sekundarstufe I dauerhaft weitergehen soll. Damit die Qualität des Unterrichts sichergestellt und die dauerhafte Überforderung von Schülerinnen und Schülern beendet wird, muss die einheitliche sechsjährige Sekundarstufe I in allen Bildungsgängen wiederhergestellt werden. Eine weitere Aufspaltung des gegliederten Schulwesens in einen G8 und einen G9-Bildungsgang ist gerade im ländlichen Raum unpraktikabel. Viele Schülerinnen und Schüler nehmen schon jetzt einen Schulweg von über einer Stunde in Kauf, um zur nächstgelegenen Schule zu gelangen. Wenn der Schüler nun aber G9 wünscht und diese nächstgelegene Schule nun aber G8 anbietet, muss er/sie zu einen für die Fahrtkosten selbst aufkommen und zum anderen einen noch längeren Schulweg in Kauf nehmen.

An dem Bildungsföderalismus wird der deutsche Föderalismus für den Bürger immer spürbar sein. Mit Schulkindern ist es nahezu unmöglich in ein anderes Bundesland umzuziehen. Wenn wir nun eine Wahlfreiheit einführen würden, wäre das auch noch innerhalb der einzelnen Landkreise der Fall. Mit immer mehr Kleinstaaterei wird die Politik den immer stärker zunehmenden Mobilitätsanforderungen der Bürgerinnen und Bürger, der Schülerinnen und Schüler, nicht gerecht.

Eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 ist im ländlichen Raum – das ist der Großteil von Hessen – einfach nicht praktikabel.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Annika Funke (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in Zeilen 829-830 ersetzen:

~~Wir stehen dafür, dass Eltern in allen Regionen Hessens wählen können, ob sie G8 oder G9 für ihr Kind wollen.~~

**Wir stehen dafür, dass G8 oder G9 in allen Regionen Hessens wählbar ist und die Entscheidung von Kindern, LehrerInnen und Eltern gemeinsam getroffen wird.  
Zu einer echten Wahlfreiheit zählt auch ein landesweites SchülerInnenticket bis zum Abitur, um allen Kindern den Besuch der gewünschten weiterführenden Schule zu ermöglichen.**

Begründung:

Der Elternwille ist nicht immer auch der Schülerwille, weshalb die Entscheidung für G8 oder G9 gemeinsam getroffen werden soll. Das landesweite SchülerInnenticket steht zwar auch an anderer Stelle (Zeile 1742), muss hier aber trotzdem noch einmal erwähnt werden, da es eine grundlegende Voraussetzung für die Wahlfreiheit ist. Damit wirklich jedem Kind der Besuch der Oberstufe ermöglicht wird, muss das SchülerInnenticket außerdem bis zum Abitur ausgeweitet werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christiane Esser-Kapp, Sabine Grasmück-Werner, Wilfried Jungbluth, Brigitte Koenen, Susanne Völpel  
(KV Offenbach-Stadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 845 streichen und ergänzen:

Wir GRÜNEN wollen längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe. ~~Wir sind überzeugt, dass damit in der Breite, bei den besonders Begabten und bei Schülerinnen und Schülern mit schulischen Schwierigkeiten bessere Ergebnisse als bislang erzielt werden können.~~ **Wir GRÜNE wollen die Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens bis zum Ende der Mittelstufe. Im Sinne des beschriebenen Schulfriedens werden wir diesen Weg aber nicht von oben verordnen.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 888 ergänzen:

Dazu gehört auch, dass Vereinstraining mit der Ganztagschule abgestimmt wird.

Begründung:

Das Vereinsleben beriecht den ländlichen Raum ungemein. Es ist wichtig, dass die Vereine weiterhin Jugendarbeit treiben können. Vereine tragen damit zur Sicherung eines überragend wichtigen Gemeinschaftsgutes bei.

Durch die Ganztagschule wird Mannschaftstraining sonst in den Dörfern kaum mehr möglich sein, da schon Grundschulkindern erst gegen 18.00 Uhr zu Hause sein werden.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 921 ändern:

Bildungschancen von **allen** Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christiane Esser-Kapp, Sabine Grasmück-Werner, Wilfried Jungbluth, Brigitte Koenen, Susanne Völpel  
(KV Offenbach-Stadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 924ff ergänzen:

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wollen wir besser unterstützen, indem wir die frühkindliche Bildung ausbauen und verbessern, Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken und Sprachkompetenz – sowohl in der Herkunftssprache als auch in Deutsch – systematisch fördern, individuelle Förderung **professionalisieren** ~~ausbauen und Bildungsbarrieren abbauen~~.

Begründung:

Erfolgt mündlich

## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder), Annika Funke (KV Frankfurt), Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Esther Schwedler (KV Lahn-Dill), Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Angelika Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Klaus Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Odette Barbose de Lima (KV Frankfurt), Carl-Maria Bohny (KV Frankfurt), Alexander Dingeldein (KV Frankfurt), Lysanne Dobranz (KV Limburg-Weilburg), Christian Eimer (KV Hersfeld-Rotenburg), Angela Hanisch (KV Frankfurt), Silvia Junker-Hoffmann (KV Fulda), Laura Konschak (KV Frankfurt), Björn Leppich (KV Frankfurt), Michael Paul (KV Frankfurt), Oliver Pfeiffer (KV Groß-Gerau), Willy Pressmar (KV Frankfurt), Josué Manuel Quintana Diaz (KV Frankfurt), Eva Reckhard (KV Main-Taunus), Lukas Schauder (KV Main-Taunus), Monika von der Brüggen (KV Frankfurt),

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeilen 934-935 ersetzen:

~~Den islamischen Religionsunterricht werden wir vom Status eines Modellversuchs zu einem Regelangebot ausbauen.~~

**Wir streben die Reformierung des herkömmlichen Religionsunterrichts an. Langfristig wollen wir uns vom konfessionsgebundenen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach lösen und durch einen allgemeinen Religionskundeunterricht für alle Schülerinnen und Schüler ersetzen. Hier sollen grundlegende Kenntnisse über die Weltreligionen wertneutral vermittelt werden.**

**Bis dies durch eine Verfassungsänderung möglich wird, setzen wir uns für eine Stärkung des Ethikunterrichts ein. Alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von ihrer Konfession, sollen bewusst zwischen Ethik- und Religionsunterricht wählen. Dies soll auch schon in der Grundschule möglich sein. Religionskundliche Fachinhalte sollen als Schwerpunkt in den Lehrplan eingebaut werden.**

Begründung:

Wir leben in einer modernen vielfältigen Gesellschaft, mit unterschiedlichen Glaubensbekenntnissen und einer steigenden Anzahl nicht-konfessionsgebundener Menschen. Dem gilt es Rechnung zu tragen. Die Lösung kann dabei nicht sein, den Religionsunterricht um weitere Konfessionen (wie z.B. den islamischen Religionsunterricht) zu erweitern. Aus diesem Grund fordern wir die langfristige Zielsetzung, den konfessionsgebundenen Religionsunterricht abzuschaffen und durch einen Religionskundeunterricht als ordentliches Fach zu ersetzen. Hier können alle SchülerInnen in einer vielfältigen und wertneutralen Weise grundlegende Kenntnisse über alle Weltreligionen erlangen. Hierzu bedarf es allerdings einer Änderung des Artikels 57 der hessischen Verfassung. Eine Umsetzung wird deshalb kurzfristig zwar nicht möglich sein, sollte aber dennoch als langfristige Forderung formuliert werden. Bis dahin muss der hessische Ethikunterricht als religiös- und weltanschaulich neutraler Unterricht gestärkt werden.

Ethik gilt in Hessen als Ersatzfach für den Religionsunterricht und vermittelt neben der Diskussion über philosophische und gesellschaftliche Fragestellungen bereits Kenntnisse über Religionen und Weltanschauungen. Dies soll in Zukunft als Schwerpunkt des Ethikunterrichtes gesetzt werden.

Aktuell wählen nur die SchülerInnen bewusst zwischen den Fächern Ethik und Religion, die keiner oder einer anderen als den angebotenen Konfessionen angehören. Konfessionsgebundene SchülerInnen müssen sich eigenständig vom Religionsunterricht abmelden. Zukünftig sollen hier alle SchülerInnen eine bewusste Entscheidung treffen und gefragt werden, welches Unterrichtsfach sie besuchen möchten. Zudem soll Ethikunterricht als Ersatzfach auch schon in Grundschulen angeboten werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christoph Gaa, Dr. Dr. Jörg Lüdemann, Reiner Raab, Marianne Streicher-Eickhoff, Peter Wiesner (KV Darmstadt-Dieburg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 934 streichen:

~~...wollen. Den islamischen Religionsunterricht werden wir vom Status eines Modellversuchs zu einem Regelangebot ausbauen.~~

Stattdessen nach Zeile 2068 einen neuen Absatz einfügen:

Islamischer Religionsunterricht

Den islamischen Religionsunterricht werden wir vom Status eines Modellversuchs zu einem Regelangebot ausbauen.

Begründung:

Mit dem Begriff Förderung und Bildungschancen verbindet wohl kaum ein aufgeklärter Mensch das Angebot eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts. Es ist daher nicht richtig, die Einführung des islamischen Religionsunterrichts als Bildungschance zu propagieren.

Das Verständnis von islamischem Religionsunterricht als Bildungschance insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund überrascht in einem Grünen Konzeptpapier. Hier werden Themen vermischt, oder ist es etwa die Auffassung der Partei, dass Menschen mit Migrationshintergrund besonders bildungsbedürftig sind, wenn sie gleichzeitig Moslems sind? Das Thema islamischer Religionsunterricht ist nicht im Kontext Migrationshintergrund zu behandeln, dies fördert lediglich stereotypisches Schubladendenken: „Ausländer sind Moslems“ und „Moslems sind keine Deutschen“. Vielmehr gehört das Thema in das Kapitel 07 zur Integrationspolitik und Vielfalt in Hessen.

Das Thema „Islamischer Religionsunterricht“ ist in Kapitel 07 als eigener Absatz aufzuführen, damit eine differenzierte Debatte zu diesem Programmpunkt stattfinden kann.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 934 ergänzen:

**Wir wollen den Schulen die Möglichkeit geben individuellen Deutschunterricht klassen- und schulübergreifend zu organisieren.**

Begründung:

Gerade für Migranten ist es wichtig richtig Deutsch zu lernen. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist grundlegend, um sich zu integrieren. Da die Anzahl der Zuwanderer aber in den meisten Gemeinden zu gering ist, um an einzelnen Schulen eigene deutsch-Klassen einzurichten, ist die Möglichkeit dies auch Schulübergreifend zu organisieren notwendig.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christiane Esser-Kapp, Sabine Grasmück-Werner, Wilfried Jungbluth, Brigitte Koenen, Susanne Völpel  
(KV Offenbach-Stadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 935 ergänzen:

Den islamischen Religionsunterricht werden wir vom Status eines Modellversuchs zu einem Regelangebot ausbauen. **Dies gilt, bis wir einen konfessions- und religionsübergreifendes Fach Religionskunde eingeführt haben.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Kassel-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 950 wird eingefügt:

**Versuchsschulen als wichtige Impulsgeber**

Versuchsschulen leisten im Rahmen ihrer Selbstverantwortung wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung des Schulwesens. Ihre organisatorische und pädagogische Gestaltung liefert Impulse für die Förderung des selbsttätigen und selbstverantwortlichen Lernens der Schüler aller Schulformen. Diese Arbeit wollen wir erhalten. Eine Einschränkung auf reine Schulversuche lehnen wir ab

Begründung:

Erfolgt mündlich



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Matthias van der Minde, Barbara Elsas, Edmund Borschel, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Peter Kranz, Rolf Schliessmann, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1058 streichen und ergänzen:

Wir wollen, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer durch ~~Praxissemester~~ **mehrstufige Praktika wie z. B. im Kasseler Modell** frühzeitig einen Eindruck von ihrer künftigen herausfordernden Tätigkeit bekommen.

Begründung:

Gerade an kleinen Grundschulen ist eine bis 17 Uhr garantierte Betreuung unrealistisch in den Randzeiten, wenn nur wenige Kinder das Angebot nutzen wollen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christiane Esser-Kapp, Sabine Grasmück-Werner, Wilfried Jungbluth, Brigitte Koenen, Susanne Völpel  
(KV Offenbach-Stadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1061ff ergänzen:

Für die Begleitung im Praxissemester und im Referendariat sind die Mentorinnen und Mentoren an den Ausbildungsschulen von entscheidender Bedeutung. Ihre Rolle werden wir stärken **und sie entsprechend entlasten.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Matthias van der Minde, Barbara Elsas, Edmund Borschel, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Peter Kranz, Rolf Schliessmann, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1061 streichen und ergänzen:

Für die Begleitung ~~im Praxissemester~~ **in den Praktika** und im Referendariat sind die Mentorinnen und Mentoren an den Ausbildungsschulen von entscheidender Bedeutung. ~~Ihre Rolle werden wir stärken~~ **und werden stundenmäßig entlastet.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Annika Funke (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in Zeilen 829-830 ersetzen:

~~Wir stehen dafür, dass Eltern in allen Regionen Hessens wählen können, ob sie G8 oder G9 für ihr Kind wollen.~~

**Wir stehen dafür, dass G8 oder G9 in allen Regionen Hessens wählbar ist und die Entscheidung von Kindern, LehrerInnen und Eltern gemeinsam getroffen wird. Zu einer echten Wahlfreiheit zählt auch ein landesweites SchülerInnenticket bis zum Abitur, um allen Kindern den Besuch der gewünschten weiterführenden Schule zu ermöglichen.**

Begründung:

Der Elternwille ist nicht immer auch der Schülerwille, weshalb die Entscheidung für G8 oder G9 gemeinsam getroffen werden soll. Das landesweite SchülerInnenticket steht zwar auch an anderer Stelle (Zeile 1742), muss hier aber trotzdem noch einmal erwähnt werden, da es eine grundlegende Voraussetzung für die Wahlfreiheit ist. Damit wirklich jedem Kind der Besuch der Oberstufe ermöglicht wird, muss das SchülerInnenticket außerdem bis zum Abitur ausgeweitet werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG GewerkschaftsGRÜN

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1084 wird eingefügt:

Die Arbeitgeber werden dazu verpflichtet, die Kosten für die berufliche Weiterbildung insoweit zu tragen, als dadurch die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten bleibt.

Begründung:

Arbeitgeber erwarten zurecht von ihren Beschäftigten eine hohe Qualität und Leistung in der Arbeit. Die entsprechende Qualifizierung erbringt die/der Arbeitnehmer/in dabei - wie im Programm dargestellt und richtigerweise noch zu steigern - in Vorleistung, dabei unterstützt vom Staat durch eine i. a. für die/den Arbeitnehmer/in kostenlose, staatlich finanzierte Ausbildung.

Wie im Programm ebenso richtig dargestellt ist, braucht es für den Erhalt der Qualifizierung und Leistungsfähigkeit ein lebenslanges Lernen. Dieses ist "on the job" zu erbringen und mitunter sehr teuer. Da von dieser Weiterbildung primär der Arbeitgeber profitiert und überdies Bildung und auch der Erhalt derselben im gesamtwirtschaftlichen Interesse ist und daher nicht privat finanziert werden soll (und oft nicht kann), muss dies Sache des Arbeitgebers sein.

In vielen Unternehmen ist dies auch längst selbstverständlich. Wo Arbeitgeber sich hingegen weigern, in den Erhalt der Qualifizierung ihrer Arbeitnehmer zu investieren, braucht es den staatlichen Zwang. Um die Arbeitgeber nicht zu überfordern, soll dieser auf die notwendige Weiterbildung zum Erhalt der Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschränkt bleiben; wollen sich die Beschäftigten substanziell höher qualifizieren, so ist dies primär ihre eigene Sache sowie die des Staates wie im Programm ausführlich geschildert.

Um das Programm nicht zu sehr aufzublähen, beschränkt sich der Antrag auf den einen oben genannten Satz.

Weitere Ausführungen dazu gerne mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Annika Funke (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1090 ersetzen:

~~Frauen~~ **Menschen** mit Familienpflicht

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Hochschule

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1095 ergänzen:

**Forschung und** Hochschule: bessere Qualität, für mehr Studierende, in eigenständigen Hochschulen

Begründung:

Die außeruniversitären Forschungsstätten, für die Hessen auch viel Geld ausgibt, sollten zumindest erwähnt werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Michael Hack (KV Wetterau), Elisabeth Amrein (KV Frankfurt), Benjamin Pfeifer (KV Frankfurt), Manuel Stock (KV Frankfurt), Christian Otto (KV Gießen), Faris Barakat (KV Frankfurt), Carlos Becker (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

der Satz in Zeile 1111 wird nach „-absolventen“ ergänzt:

„Dazu gehört aber auch unbedingt die Freiheit von Lehre und Forschung. Hochschule darf sich nicht in der Erfüllung bürokratischer Vorgaben erschöpfen. Das Ziel unserer Hochschulpolitik liegt darin, Lehrenden und Studierenden Freiräume zu geben, in denen Neues, Innovatives, Unkonformes gedacht und ausprobiert werden kann. Das ist die Grundlage sowohl technischen und ökonomischen Fortschritts wie gesellschaftlicher Reflexion.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in Zeile 1126f. ändern:

Zeile 1126: "...damit sie mit den weiter steigenden Studierendenzahlen umgehen können."

ändern in: "damit sie in Zukunft mehr Studierenden zu einer guten Bildung verhelfen können und somit unsere Gesellschaft bereichern."

Begründung:

Die ursprüngliche Formulierung könnte so verstanden werden, als ob die Studenten als Belastung für die Hochschulen wahrgenommen würden. Das Gegenteil ist aber der Fall. Erst die Studenten machen die Hochschulen zu einer solch wichtigen Institution unserer Gesellschaft.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1135 streichen und ersetzen:

~~die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze im Masterbereich~~  
**ein Recht auf Zugang zum Masterstudiengang**

Begründung:

Der Master wird in vielen Bereichen als notwendig für die Berufskarriere angesehen. Auch das Land Hessen sieht den Master als notwendig an, um den Lehrerberuf ergreifen zu können. Damit sagt das Land deutlich, dass man für verantwortungsvolle Positionen in der Berufswelt mit dem Bachelorabschluss nicht genügend Kompetenzen erworben hat und deswegen ein Masterabschluss notwendig ist.

Es gibt aber zu wenige Masterplätze in Hessen und der Masterzugang hat sich zu einem zweiten Numerus Clausus an den Universitäten entwickelt. Dies ist eine hohe formelle Hürde, die den Zugang zur Hochschule begrenzt. Mit dem Rechtsanspruch zum Masterstudiengang wird zur sozialen Öffnung der Hochschulen beigetragen.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Hochschule

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1152 streichen:

Daraus folgt für uns eine Stärkung aller durch die Statusgruppen gewählten Gremien und die Reduzierung des Einflusses der Hochschulräte weitestgehend auf eine beratende Funktion.

Begründung:

Die Aussage des Programms wird durch die Streichung verklärt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1154 einfügen

Vor allem wollen wir die Rolle und den Einfluss der Studierendenschaft stärken. Die Studierenden sind keine Kunden, die Bildung konsumieren. Sie sind das Lebenselixier und die Daseinsberechtigung der Hochschulen. Sie wollen selbst an der Entwicklung ihrer Hochschulen mitwirken. Dieses Interesse muss gefördert werden. Dazu fehlen bisher die Beteiligungsmöglichkeiten und Mitspracherecht. Die niedrige Wahlbeteiligung bei den Wahlen zu den Studierendenparlamenten ist kein Zeichen für fehlendes Interesse der Studenten sondern Zeichen für eine zu schwache Rolle der Studierendenparlamente.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Hochschule

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1162 streichen:

~~Das Instrument der Zielvereinbarungen muss deshalb vom Papiertiger zum echten Hochschulsteuerungsinstrument entwickelt werden.~~

Begründung:

Die Passage könnte als Angriff auf die Autonomie der Hochschulen missinterpretiert werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Michael Hack (KV Wetterau), Elisabeth Amrein (KV Frankfurt), Benjamin Pfeifer (KV Frankfurt), Christian Otto (KV Gießen), Faris Barakat (KV Frankfurt), Carlos Becker (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 1177 bis 1184 (von „Den Bolognaprozess“ bis „einsetzen“) wird ersetzt durch:  
„Die Ziele, die ursprünglich hinter den so genannten Bologna-Reformen standen, teilen wir (Mobilität der Studierenden, auch jenseits der Landesgrenzen, durch Anschlussfähigkeit und Vergleichbarkeit der Abschlüsse). Leider hat die Hochschulpolitik, die daraus entstanden ist, oft das genaue Gegenteil erreicht: ein überbordender Prüfungsdruck auf die Studierenden und eine übermäßige Straffung des Studiums mit unrealistischen Regelstudienzeiten haben die internationale Mobilität de facto meist verringert und akademische Freiräume massiv eingeeengt. Neue Evaluationsverfahren sorgen oft für unverhältnismäßigen bürokratischen Aufwand und legen fachfremde Bewertungsmaßstäbe an. Fehlende Masterstudienplätze und eine Verinselung der Studiengänge haben für viele Studierende die Möglichkeit auf ein fünfjähriges Studium eingeschränkt. Diese Misstände wollen wir beseitigen und werden daher einen Runden Tisch zur Bolognareform gemeinsam mit den autonomen Hochschulen einsetzen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Hochschule

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1182 streichen:

Fehlentwicklungen wie überbordender Prüfungsdruck auf die Studierenden, zu hohe Straffung des Studiums mit unrealistischen Regelstudienzeiten, fehlende Masterstudienplätze und ~~eine Verinselung der Studiengänge~~ müssen beseitigt werden.

Begründung:

Das Phänomen einzigartiger Studiengänge ist nicht nur negativ zu sehen. Sie dienen auch der Profilbildung der Hochschulen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Hochschule

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1201 streichen:

Prinzipien für uns sind dabei eine Rückführung der Erfolgsanteile auf ein verträgliches Maß zugunsten der Grundfinanzierung, ~~eine stärkere politische Steuerung über Zielvereinbarungen statt pauschaler Zuweisungen.~~

Begründung:

Die Passage könnte als Angriff auf die Autonomie der Hochschulen missinterpretiert werden.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Hochschule

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1205 Zwischenüberschrift einfügen:

**Forschung**

Die Zeilen 1186 – 1193 werden hinter 1215 eingefügt.

Begründung:

Durch die Zwischenüberschrift und Umgruppierung entsteht ein eigener Bereich für die „Forschung“

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Hochschule

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1206 einfügen:

Die auskömmliche Finanzierung der Hochschulbildung bedingt einer starken und dauerhaften Mitfinanzierung durch den Bund. Wir streben eine Aufhebung des Kooperationsverbotes an.

Begründung:

Obwohl das Kooperationsverbot noch besteht, ist der Bund bereits jetzt an der Finanzierung der Hochschulen über den Hochschulpakt oder die Exzellenzinitiative beteiligt. Da die Länder allein nicht ausreichend finanzstark sind, ist eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Hochschulbildung unabdingbar.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Hochschule

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1211 ergänzen:

**In Hessen gibt es eine Vielzahl von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die wir weiter unterstützen wollen.** Forschung muss sich aber auch vor der Gesellschaft rechtfertigen.

Begründung:

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz nach Zeile 1231. einfügen:

"Zu fairen Arbeitsbedingungen gehören auch faire Tarife. Dabei dürfen die Hochschulen aber nicht einseitig auf den höheren Kosten sitzen gelassen werden. Darum müssen die Zuwendungen an die Hochschulen nach Tariferhöhungen angepasst werden."

**Faire Arbeitsbedingungen auch an den Hochschulen**

Ein weiteres Problem an den hessischen Hochschulen sehen wir in der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Für uns gilt, Dauerarbeit muss in Dauerstellen geleistet werden. Qualifikationsstellen müssen so ausgestaltet sein, dass sich die Inhaberinnen und Inhaber wirklich qualifizieren können.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in nach Zeile 1231 einfügen:

"Darüber hinaus müssen auch junge Wissenschaftler in sicheren Arbeitsverhältnisse arbeiten können. Daher wollen wir von befristeten Arbeitsverhältnissen, die vor allem junge Wissenschaftler betreffen, abkommen. Gerade die mehrfache Befristung hintereinander muss abgeschafft werden."

Begründung:

Junge Wissenschaftler sehen sich einen enormen Leistungsdruck ausgesetzt. Um hervorragende wissenschaftliche Arbeit und Lehrtätigkeiten übernehmen zu können, dürfen sie nicht jedes (halbe) Jahr aufs Neue um ihre Stelle fürchten müssen. Die Wissenschaft muss wieder langfristig angelegt werden, dazu gehören auch langfristige Beschäftigungen des wissenschaftlichen Nachwuchses.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Annika Funke (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1269 ergänzen:

Deshalb schlagen wir vor, das aktive **und passive** Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1270 ergänzen:

**Für Landtagswahlen wollen wir das aktive Wahlalter ebenfalls auf 16 Jahre senken.“**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Alexander El-Duwaik (KV Frankfurt), Petra Elsenheimer-Dittmar (KV Hochtaunus), Sabine Häuser-Eltgen (KV Limburg-Weilburg), Rolf Krämer (KV Darmstadt), Jörg Tillmanns (KV Offenbach-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1270 wird hinter „senken“ der Satz eingefügt:

„Zudem wollen wir das passive Wahlrecht für den Hessischen Landtag (wie bereits schon für den Deutschen Bundestag) von 21 auf 18 Jahre senken.“

Begründung:

Es ist kaum nachzuvollziehen, warum das passive Wahlrecht zum Deutschen Bundestag bei 18 Jahren liegt, während es für den hessischen Landtag bei 21 Jahren liegt.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Wetterau

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1270 hinzufügen:

**Angesichts einer flexiblen und mobilen Gesellschaft wollen wir die starre Bindung an ein fünfjähriges Mandat in Ortsbeiräten, Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen lockern. Möglich machen soll dies die Einführung einer begrenzten Anzahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern, ähnlich wie es in Betriebsräten Praxis ist.**

Begründung:

Welch ein Widerspruch: Während für den modernen Menschen in einer dynamischen Gesellschaft im privaten und beruflichen Bereich Flexibilität und Mobilität angesagt sind, verlangt das Kommunalwahlgesetz von den ehrenamtlichen kommunalen Abgeordneten eine fünfjährige Bindung. Einzige zulässige Ausnahme: Die Rückgabe des Mandats.

Die Folgen erleben nicht nur wir GRÜNE in der Praxis: Bei der Aufstellung von Listen heißt es im Zweifelsfall lieber "ach, nee" (Beispiele: Jüngere oder Alleinerziehende). In der parlamentarischen Praxis, gerade bei knappen Mehrheiten, darf niemand fehlen, muss das Mandate niedergelegt werden, wenn beruflich ein neuer Job oder ein längerer Auslandsaufenthalt ansteht usw.

Um diesem Dilemma zu begegnen und mehr Leute für die Parlamentsarbeit zu gewinnen, wollen wir das Kommunalwahlgesetz durch die Einführung einer begrenzten Stellvertreterregelung für die gewählten Abgeordneten weiterentwickeln. Die Idee:

Nach Feststellung des Wahlergebnisses soll eine bestimmte Anzahl der jeweiligen Nachrücker/innen in den Status eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin erhoben werden (Bsp.: 25% der Sitze einer Liste, mindestens jedoch eine Person). Sie erhalten das Recht, andere Abgeordnete im Verhinderungsfall in den Sitzungen zu vertreten, oder aber, als etwas weiter gehende Variante: Für den Fall, dass Abgeordnete durch Krankheit, Auslandsaufenthalt usw. für längere Zeit verhindert sind, können sie sich für diese Zeit dauerhaft vertreten lassen, ohne das Mandat zu verlieren bzw. aufgeben zu müssen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Hessen, Monne Lentz (KV Kassel-Stadt),  
Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1271 hinzufügen:

**Kinder- und Jugendrechte verwirklichen**

Den Interessen von Kindern und Jugendlichen muss mehr Gehör verschafft werden. Mit ihnen gemeinsam werden wir eine „Hessische Kindercharta“ entwickeln, die Rechte und Ansprüche von Kindern an die Landespolitik enthält.

Kinder- und Jugendparlamente sind wichtige Formen demokratischer Beteiligung. Sie sollen von den SchülerInnen gewählt, ihre Entscheidungsbefugnisse müssen erhöht und ihnen sollen eigenverantwortliche Budgets und Antragsrechte in den jeweiligen Körperschaften gewährt werden. Wir brauchen neben den strukturellen Jugendparlamenten auch niedrigschwellige Formen der Jugendbeteiligung. Deshalb möchten wir sowohl projektbezogene Arbeitsgruppen, sogenannte Jugendforen, als auch Jugendhearings fördern.

Um Jugendlichen bei der Bildungspolitik Mitspracherecht zu verschaffen müssen Parlamente in ihrer Zusammensetzung die Gesellschaft widerspiegeln und Jugendliche an die Wahrnehmung ihrer demokratischen Mitverantwortung heranführen. Darum wollen wir das aktive Wahlalter bei Kommunalwahlen wieder auf 16 Jahre absenken und einen erneuten Volksentscheid zur Absenkung des passiven Wahlalters für den Landtag auf 18 Jahre vorbereiten.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass ein Medienprogramm eingerichtet wird, das von und speziell für Kinder und Jugendliche Themen der Hessischen Politik aufbereitet und altersgerecht vermittelt und die gleichzeitig als Plattform und Sprachrohr für die Wünsche und Forderungen von Kindern und Jugendlichen fungiert.

**Kinder- und Jugendarbeit**

Neben der formalen Bildung der Schule stellen außerschulische Angebote elementare Erfahrungsorte für Jugendliche dar. Der Erhalt dieser Angebote muss gewährleistet werden. Das heißt auch, dass Schule und Lehrplan Räume dafür bereithalten müssen. Die Zugänge für Projektanträge der freien Träger möchten wir erleichtern. Nur so kann die nonformale Bildung mit den Schwerpunkten geschlechterdifferenzierte Arbeit, Partizipation, Inklusion oder auch Medienkompetenz fortgesetzt werden.

Junge Menschen dürfen nicht von einer Beratungsmaßnahme zur nächsten geschoben werden. Freiwilligendienste wie FÖJ, FSJ und BFD tragen zur Persönlichkeitsbildung junger Menschen bei und verhelfen zu einem größeren Verantwortungsbewusstsein. So ist es

wichtig, dass Freiwilligendienste gleichwertig neben Angeboten des Arbeitsamts stehen und ohne bürokratischen Aufwand von Jugendlichen absolviert werden können. Jugendberufshilfe ist die notwendige Grundlage dafür, dass Jugendliche wissen, welchen Beruf sie erlernen wollen und erlernen können. Gerade benachteiligte Jugendliche benötigen eine individuelle Beratung und Vermittlung von Förderangeboten aus einer Hand. Regionale Ausbildungsbetreuung orientiert sich an der langfristigen Entwicklung der jungen Menschen, begleitet sie während der Berufsausbildung und kann sich so optimal auf deren Bedürfnisse einstellen. Die Voraussetzungen für einen geglückten Start in die Berufsausbildung (Sozialkompetenz und Schlüsselqualifikationen) müssen bereits während der allgemeinbildenden Schulzeit vermittelt werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass die Jugendberufshilfe bereits im letzten Schuljahr der allgemeinbildenden Schulen ansetzt und die SchülerInnen bei der Berufsfindung begleitet. Auch Jugendliche mit schwachem oder gar keinem Schulabschluss oder besonderem Unterstützungsbedarf sollen die Chance auf eine anerkannte berufliche Ausbildung erhalten, die zu ihren Fähigkeiten passt und auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Cornelius Dehm, Sabine Häuser-Eltgen, Phillip Krassnig, Jutta Lippe, Simon Lissner, Swetlana Ramich (KV Limburg-Weilburg), Sibel Güler (KV Wiesbaden), Dr. Norbert Copray, Petra Elsenheimer (KV Hochtaunus) Ingo Heise (KV Main-Taunus), u.a.

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1282 wird ein neuer Absatz eingefügt:

#### Kirche und Staat

In einer modernen, in religiös-weltanschaulicher Hinsicht pluralistischen Demokratie sind die historisch begründeten direkten Subventionen des Staates an die Kirchen (sog. Staatsleistungen) überholte Relikte, die aus feudaler Zeit konserviert sind.

Wir werden die Praxis der Staatsleistungen beenden und den Ablösebefehl des Grundgesetzes (Art. 140 GG i.V.m. Art. 138 Abs. 1 Satz 1 WRV) endlich umsetzen. Bischöfe und Domkapitulare sind Angestellte der Kirchen und nicht des Landes und sollen aus diesem Grunde auch von den Kirchen bezahlt werden. Auch der bischöfliche Stuhl kann nicht weiterhin durch Steuergelder finanziert werden. Sofern die Gebäude der Kirche im Landesbesitz sind, werden wir diese auf dem freien Markt mit Vorkaufsrecht der Kirchen zur Vermietung oder zum Verkauf anbieten.

Des Weiteren werden wir prüfen, wie die aus den nach 1919 entgegen der ausdrücklichen Verpflichtung des Art. 138 Abs. 1 WRV zur Ablösung der Staatsleistungen abgeschlossenen Staatskirchenverträgen erwachsenen pauschalen Zuwendungen – eventuell mit einer Übergangsregelung – eingestellt werden können, da sie der neuzeitlichen Trennung von Staat und Kirche nicht mehr entsprechen.

#### Begründung:

Seit der Einziehung der den Kirchen übertragenen Reichslehen durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 zahlt der Staat den Kirchen eine Entschädigung in Form von direkten Staatleistungen. Hierbei handelt es sich um kirchliche Verwaltungskosten, Ausbildung, Besoldung und Versorgung von Geistlichen, den Gesamtbedarf einzelner Kirchengemeinden oder Landeskirchen und Stiftungen. Es gab seit der napoleonischen Zeit (je nach Standort) vier bis fünf staatliche Neuordnungen. Diese waren immer wieder auch mit Enteignungen verbunden – etwa durch Nationalsozialisten oder Kommunisten. Keiner der in diesen Umwälzungen enteigneten Grundbesitzer erhält heute noch laufende staatliche Entschädigungszahlungen – viele gingen ganz leer aus. Aufgrund dieser laufenden Zahlungen sind einstmals entstandene Verluste längst um ein x-faches

überkompensiert. Würde man einmal addieren bzw. hochrechnen, was die Kirche seither an "Entschädigungen" bekommen hat, befände man sich bereits im Billionenbereich. Aufgrund der Überkompensation der seitens der Kirchen erlittenen Vermögensverluste und der jahrzehntelangen verfassungswidrigen Untätigkeit des Bundesgesetzgebers kann der Landesgesetzgeber nicht mehr mit Verweis auf Art. 138 Abs. 1 Satz 2 WRV (Kompetenz des Bundes für den Erlass von Ablösungsgrundsätzen) an einer Ablösungsgesetzgebung gehindert werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Annika Funke (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1283 ersetzen:

~~Schwule und Lesben: Gleichstellung, Akzeptanz und Vielfalt~~

**Sexuelle Vielfalt anerkennen und gleichstellen**

Begründung:

Im dazugehörigen Absatz ist berechtigterweise von lesbischen, schwulen, bi-, trans- oder intersexuelle Menschen die Rede. Die bisherige Überschrift spiegelt das nicht wider, sondern beschränkt sich auf Schwule und Lesben.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG queerGRÜN

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1290 ergänzen:

Dieser umfasst u.a. Maßnahmen zur Unterstützung Jugendlicher **und junger Erwachsener in Schule, Ausbildung und Studium** während der schwierigen Phase des Coming-out, die angemessene Darstellung von sexueller Orientierung und queeren Lebensweisen in den hessischen Lehrplänen sowie die Stärkung der Programme zur Bekämpfung von Homophobie an Schulen und der Angebote im ländlichen Raum.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Annika Funke (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1295 nach „... im ländlichen Raum.“ ergänzen:

**Wir sprechen uns gegen öffentliche Zuwendungen für Träger der Kinder- und Jugendarbeit aus, die nicht-heterosexuelle Menschen diskriminieren.“**

Begründung:

Ergänzt die Forderung, Homophobie zu bekämpfen und Jugendliche in der Coming-Out-Phase zu unterstützen.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG queerGRÜN

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1298 ergänzen:

Das Land Hessen wird der „Koalition gegen Diskriminierung“ beitreten und eine wissenschaftliche Aufarbeitung veranlassen, begleiten sowie ihre Ergebnisse in angemessener Weise dokumentieren, die die Schicksale der Opfer des § 175 in Hessen **sowie die Geschichte lesbischer Lebensweisen** in Hessen rekonstruiert und sichtbar macht.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG queerGRÜN

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1301 ergänzen:

Bundespolitisch wird sich eine Landesregierung unter unserer Beteiligung für die vollständige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe (insbesondere im Einkommensteuer- und Adoptionsrecht), die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare, **um so auch Regenbogenfamilien endlich Rechtssicherheit zu gewähren** sowie die Aufnahme des Kriteriums sexuelle Orientierung in Art. 3 GG einsetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

*Streiche in **Zeile 1311**: "rechtsextremes"*

Die Mordserie des rechtsterroristischen NSU hat gezeigt, dass es immer noch Menschen gibt, die weder vor Sprengstoffanschlägen noch vor Morden zurückschrecken, um ihr menschenverachtendes ~~rechtsextremes~~ Weltbild durchzusetzen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Alexander El-Duwaik (KV Frankfurt), Petra Elsenheimer-Dittmar (KV Hochtaunus), Sabine Häuser-Eltgen (KV Limburg-Weilburg), Rolf Krämer (KV Darmstadt), Jörg Tillmanns (KV Offenbach-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

in Zeile 1312 das Wort „drei“ zu streichen.

Begründung:

Ob es drei Täter waren, steht noch nicht fest. Der Frage der Täterschaft dient das Verfahren vor dem OLG München.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1327 ergänzen durch:

**Sinti und Roma vor Diskriminierung schützen**

Wir wollen die Umsetzung der Europäischen Rahmenrichtlinie zum Schutz nationaler Minderheiten endlich auch in Hessen verwirklichen, und zwar gemeinsam mit dem Verband deutscher Sinti und Roma e.V. LV Hessen. Dies beinhaltet beispielsweise die Anerkennung der Sinti und Roma als Minderheit und ein verfasstes Diskriminierungsverbot. Wir wollen die besondere Unter Schutz Stellung der kulturellen Eigenständigkeiten analog dem Modell in Schleswig- Holstein.

Begründung: Sinti und Roma sind schon lange eine besonders von Diskriminierung betroffene Bevölkerungsgruppe. So wurde an die Verfolgung im zweiten Weltkrieg als letztes gedacht und bis heute gibt es einen latenten „Antiziganismus“ in der bundesdeutschen Gesellschaft. Die rot-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein hat nun als erste reagiert, und ein Diskriminierungsverbot auf Landesebene erlassen. Diese sieht wie folgt aus:

**Artikel 5. Nationale Minderheiten und Volksgruppen**

(1) Das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit ist frei; es entbindet nicht von den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten.

(2) Die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die nationale dänische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung.

Hessen sollte sich dem anschließen. Im Landtagswahlprogramm verdient angesichts der aktuellen Entwicklung das Thema eine extra Erwähnung.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Alexander El-Duwaik (KV Frankfurt), Petra Elsenheimer-Dittmar (KV Hochtaunus), Sabine Häuser-Eltgen (KV Limburg-Weilburg), Rolf Krämer (KV Darmstadt), Jörg Tillmanns (KV Offenbach-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

die Zeilen 1337 bis 1339 an den Anfang des Abschnitts „Moderne Informationsgesellschaft und Datenschutz gehören zusammen“ zu setzen sowie die Abschnitte Zeile 1341 bis 1354 und 1356 bis 1361 zu tauschen.

Begründung:

Die Abschnitte gehören zusammen und machen in dieser Reihenfolge mehr Sinn

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Offenbach-Land

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1375 ergänzen:

Diese ist derzeit nicht **ausreichend** gegeben, wie etwa der Untersuchungsausschuss zur Polizeicheffaffäre dokumentiert hat.

Begründung:

Es entspricht nicht der Realität, der Polizei eine gute und rechtsstaatliche Führungskultur gänzlich abzusprechen. Einzelfälle - wie der zu Recht benannte Untersuchungsausschuss zur Polizeicheffaffäre - zeigen, dass die Führungskultur verbesserungswürdig ist.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Alexander El-Duwaik (KV Frankfurt), Petra Elsenheimer-Dittmar (KV Hochtaunus), Sabine Häuser-Eltgen (KV Limburg-Weilburg), Rolf Krämer (KV Darmstadt), Jörg Tillmanns (KV Offenbach-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In der Zeile 1416 wird nach „ziehen“ eingefügt:

„Wir sprechen uns aus gegen jede Form von politisch oder ideologisch motivierter Gewalt.“

Begründung:

Das Landtagswahlprogramm spricht sich bisher nur gegen Rechtsextremismus aus. Es entspricht unserem Selbstverständnis, jede Form von Gewalt, politisch oder ideologisch motiviert, abzulehnen.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Alexander El-Duwaik (KV Frankfurt), Petra Elsenheimer-Dittmar (KV Hochtaunus), Sabine Häuser-Eltgen (KV Limburg-Weilburg), Rolf Krämer (KV Darmstadt), Jörg Tillmanns (KV Offenbach-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In der Zeile 1419-1420 werden folgende Worte gestrichen:

~~etwa an der Deutschen Hochschule für Polizei~~

Begründung:

Die exemplarische Nennung der „Hochschule für Polizei“ könnte eine – ungewollte – Nähe des Verfassungsschutzes zur Polizei herstellen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Hessen, Monne Lentz (KV Kassel-Stadt),  
Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1443 hinzufügen:

**Jugendkriminalität bekämpfen – Rückfallquote senken**

Die Entwicklung der Jugendkriminalität zeigt die in Hessen seit Jahren bestehenden Versäumnisse. Wichtig sind die Prävention, die zeitnahe Verfolgung delinquenten Verhaltens und ein erfolgreiches Einwirken auf die Täter. Durch „Häuser des Jugendrechts“ kann die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe intensiviert werden. Im Jugendstrafvollzug muss die Erziehung der Jugendlichen im Vordergrund stehen. Außenkontakte zu Angehörigen und Bezugspersonen müssen erleichtert werden. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind entscheidend für eine erfolgreiche Resozialisierung im Jugendstrafvollzug. Der Jugendarrest muss mehr sein, als bloßes Wegsperren.

**Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern**

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wollen wir besser unterstützen, indem wir die frühkindliche Bildung ausbauen und verbessern, die Sprachkompetenz – sowohl in der Herkunftssprache als auch in Deutsch – systematisch fördern, individuelle Förderung ausbauen und Bildungsbarrieren abbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, deutlich mehr MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund für unsere Schulen und Kindertagesstätten zu gewinnen. Interkulturelle Kompetenz muss stärker in der LehrerInnenaus- und –fortbildung sowie bei der Qualifizierung der ErzieherInnen verankert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Wetterau, KV Limburg-Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1475 hinzufügen:

**Um die Wirtschaftsführung in diesen kommunalen Gesellschaften transparenter zu gestalten, sollen die Vergütungen aller Mitglieder der Gesellschaftsorgane künftig unter Namensnennung veröffentlicht werden.**

Begründung:

Uns geht es um mehr Transparenz in Bezug auf den Umgang mit dem in diese Gesellschaften ausgelagerten kommunalen Vermögen! Wir wollen die Veröffentlichung der Bezüge der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung der Unternehmen sowie ihrer Aufsichts- und Beratungsgremien im öffentlich zugänglichen Beteiligungsbericht der jeweiligen Kommune unter Namensnennung durchsetzen. Nach dem Vorbild des nordrhein-westfälischen Transparenzgesetzes vom 17.12.2009 soll eine Aufschlüsselung ihrer Bezüge (erfolgsunabhängig/erfolgsbezogen etc.) vorgeschrieben werden. In dem Bericht sollen außerdem für den Fall des Ausscheidens aus dem Gesellschaftsorgan zugesagte Leistungen und sonstige geldwerte Vorteile aufgeführt werden.

Diese Leistungen sind öffentlich zu machen, um der auch in kommunalen Unternehmen zu beobachtenden Tendenz zu unangemessen hohen Bezügen, Nebeneinkünften, Abfindungen und Versorgungsanswartschaften der Führungskräfte und ihrer Kontrolleure zu begegnen. Denn sie gehen auf Kosten der ohnehin defizitären kommunalen Haushalte und damit der Bürgerinnen und Bürger, die davon nichts ahnen. Wir können uns in diesem Bereich keine Verschwendung leisten. Auch die Energiewende und andere GRÜNE Projekte hängen nicht zuletzt davon ab, dass die öffentliche Hand mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist!

Die GRÜNE Landtagsfraktion hat vor kurzem einen Entwurf für ein Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz hinsichtlich der Vergütung der Führungsebene in öffentlichen Unternehmen in Hessen vorgelegt. Diese Initiative soll im Wahlprogramm am Beispiel kommunaler Unternehmen verankert werden.

## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

Walter Astheimer (KV Groß-Gerau), Helmut Betschel-Pflügel (KV Wetterau), Jens Deutschendorf (KV Waldeck-Frankenberg), Norman Dießner (KV Hochtaunus), Christel Fleischmann (KV Darmstadt-Dieburg), Eva Goldbach (KV Vogelsberg), Tom Heilos (KV Offenbach-Land), Efi Kaioglidou (KV Marburg-Biedenkopf), Martin Kirsch (KV Gießen), Thomas Krambeer (KV Groß-Gerau), Karsten McGovern (KV Marburg-Biedenkopf), Reiner Nau (KV Marburg-Biedenkopf), Heinz Palz-Gerling (KV Marburg-Biedenkopf), Christiane Schmahl (KV Gießen), Matthias Schimpf (KV Bergstraße), Tomas Schneider (KV Marburg-Biedenkopf), Heinz Schreiber (KV Lahn-Dill), Rainer Wallmann (KV Werra-Meißner), Werner Welsch (KV Waldeck-Frankenberg), Alex Wright (KV Gießen), Peter Zielinski (KV Vogelsberg), KV Gießen, KV Limburg-Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1496 bis 1516 streichen:

~~Handlungsfähige Regionen brauchen eine moderne Verwaltungsstruktur. Die Vielzahl der staatlichen Ebenen (Europa, Bund, Land, Regierungspräsidien, Verbandskammern, Landkreise und Kommunen) machen den Aufbau viel zu kompliziert. Das schadet gleichermaßen der Bürgernähe wie dem Wirtschaftsstandort Hessen.~~

~~Der Zuschnitt der Landkreise entspricht nicht mehr ihren Aufgaben: Für viele Themen sind sie zu klein. So werden schon heute viele Aufgaben von mehreren Landkreisen in Zweckverbänden oder in ausgelagerten Gesellschaften geregelt. Transparenz und demokratische Kontrolle bleiben dabei häufig auf der Strecke. Für die Erledigung anderer Aufgaben sind die Landkreise wiederum zu groß; diese Leistungen könnten die Kommunen besser und bürgernäher erbringen. Wir wollen daher so viele Aufgaben wie möglich den Städten und Gemeinden zur eigenverantwortlichen Erledigung übertragen. Die Privilegien und Aufgaben der Sonderstatusstädte werden wir überprüfen.~~

~~Überörtliche Aufgaben sollen Regionalkreise mit direkt gewählten Parlamenten erledigen. Die bisherigen Landkreise, der Regionalverband und die Regierungsbezirke gehen in diesen Regionalkreisen auf. Da regionale Zusammenhänge auch über Landesgrenzen hinausreichen, werden wir im Rhein-Main-Gebiet und in Nordhessen die Kooperation mit unseren Nachbarn verstärken. Die bereits existierende länderübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Region Rhein-Neckar wollen wir durch eine direkt gewählte Verbandskammer stärken und demokratisieren.~~

Und ersetzen durch:

Handlungsfähige Regionen brauchen eine moderne Verwaltungsstruktur. Die Vielzahl der staatlichen Ebenen machen den Aufbau viel zu kompliziert. Das schadet gleichermaßen der

Bürgernähe wie dem Wirtschaftsstandort Hessen. Daher werden wir Aufgaben kritisch überprüfen, Doppelstrukturen z.B. zwischen Regierungspräsidien und Kommunen und Sonderverwaltungen abschaffen und für klare und übersichtliche Verwaltungsstrukturen sorgen. Die Landesverwaltung muss sich stärker als bisher als Partner der Kommunen verstehen und in den Regionen für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sorgen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Zuständigkeiten der Regierungspräsidien zu überprüfen und ggf. zu verlagern. Die Ebene der Regierungspräsidien soll einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle durch den Landtag unterzogen werden, indem ein Landtagsausschuss sich mit regionalentwicklungspolitischen Fragen in den Regionen Hessens und der Verwendung von Fördermitteln für die Regionalentwicklung beschäftigt. Die Privilegien und Aufgaben der Sonderstatusstädte werden wir überprüfen.

Die neue Landesregierung wird die kommunale Zusammenarbeit und den Zusammenschluss von kommunalen Gebietskörperschaften aktiv fördern. Im Rhein-Main-Gebiet gilt es, durch geeignete Gebietsreformen finanzielle Schieflagen der Kommunen auszugleichen. Da regionale Zusammenhänge auch über Landesgrenzen hinausreichen, werden wir im Rhein-Main-Gebiet, in Mittel- und Nordhessen die Kooperation mit unseren Nachbarn verstärken. Die bereits existierende länderübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Region Rhein-Neckar wollen wir durch geeignete Vertretungsstrukturen stärken und demokratisieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1529 (Kapitel „Wirtschaft und Verkehr: ...) – Die Überschrift ändern in:

**Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr - ...**

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Rolf Schliessmann, Peter Kranz, Barbara Elsas, Edmund Borschel, Axel Lecke, Heike Schiewe-Fürstenberger, Matthias van der Minde, Gudrun Bednarek-Siegfried (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1557 ergänzen:

Daneben sollen Zukunftsbranchen wie **der Gesundheitssektor**, die Kreativwirtschaft oder die Informationstechnologie verstärkt gefördert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Hildegard Scheu (KV Fulda), Felix Möller (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt), Erich Pawlik (KV Hochtaunus), LAG Frieden, Europa und Internationale Politik, Andrea Rühle (KV Frankfurt), Andreas Romppel (KV Wiesbaden)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1666ff streichen und ersetzen:

~~Transparentes und faires Vergaberecht~~

~~Wir treten für ein ökologisches und soziales Vergaberecht ein. Die öffentliche Ausschreibung von Aufträgen muss wieder zum Standardverfahren beim Land und den Kommunen werden. Wir werden eine nachhaltige Beschaffungsstrategie für Hessen entwickeln und umsetzen. Alle Unternehmen, die für die öffentliche Hand arbeiten, sollen an Tarifverträge gebunden werden und einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zahlen.~~

**Nachhaltige Beschaffungsstrategie des Landes und der Kommunen**

**Wir werden eine nachhaltige Beschaffungsstrategie für Hessen entwickeln und umsetzen. Produkte und Dienstleistungen, die von öffentlichen Stellen gekauft werden, sollen ökologisch nachhaltig sein, unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen produziert sein, bei Importen fair gehandelt sein und bei digitalen Produkten, Software und wissenschaftlichen Ergebnissen möglichst freien und offenen Standards und Lizenzen genügen. Wirtschaftsunternehmen, die in anderen Ländern gegen soziale und ökologische Standards verstoßen, werden in Hessen von öffentlichen Ausschreibungen und Förderungen ausgeschlossen.**

**Wir treten für eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Regelungen zur Beschaffung des Landes und der Kommunen ein. Die öffentliche Ausschreibung von Aufträgen muss wieder zum Standardverfahren werden. Alle Unternehmen, die für die öffentliche Hand arbeiten, sollen an Tarifverträge gebunden werden und einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zahlen.**

**Ferner fordern wir einen Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung mit klaren Zielvorgaben, einheitlichen Arbeitshilfen, Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und einer zentralen Service- und Beratungsstelle, der sich sowohl an öffentliche Stellen als auch an deren Lieferanten richtet.**

In Zeile 2154ff streichen:



~~Wirtschaftsunternehmen, die in anderen Ländern gegen soziale oder ökologische Standards verstoßen oder der Korruption überführt wurden, werden in Hessen von öffentlichen Ausschreibungen und Förderungen ausgeschlossen.~~

Begründung:

Öffentliche Beschaffungspolitik kommt an zwei Stellen des Programms mit sich teilweise überlappenden Aussagen vor. Der vorliegende Antrag konsolidiert die beiden Stellen und ergänzt drei Punkte:

- Anders als im Bundestagswahlprogramm wird das Thema „Fairer Handel“ nicht erwähnt. Fairer Handel ist ein bewährtes Instrument, um auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards in armen Ländern hinzuwirken.
- Die Durchsetzung einer nachhaltigen Beschaffungsstrategie lässt sich nicht alleine durch gesetzliche Regelungen erreichen. Hierfür fehlt in vielen Fällen schon alleine das Wissen bei öffentlichen Stellen und Lieferanten. Gesetzliche Regelungen sollten daher durch Maßnahmen zum Knowhow-Aufbau und zum „Marketing“ ergänzt werden, die sich sowohl an öffentliche Stellen als auch an deren Lieferanten richten.
- Aus Sicht der Netzpolitik ist wie auch im Bundestagswahlprogramm geschehen eine Aussage zu offenen Lizenzen und Standards sinnvoll, die eine wesentliche Rolle sowohl in der Weiterentwicklung einer offenen Wissensgesellschaft als auch in der Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen spielen.

Der vorgeschlagene Text ergänzt die Forderungen aus den beiden Passagen um die fehlenden Punkte.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1693 (Kapitel „Wirtschaft und Verkehr: ...) – Hier nach „Wohlstandsbegriff nachhaltig begreifen“ einen neuen Abschnitt einfügen:

**Die Kommunen in der Stadtentwicklung unterstützen**

Es gibt zahlreiche Förderprogramme, für die der Bund Fördermittel zur Verfügung stellt und die den Kommunen eine wichtige Hilfestellung zur Lösung ihrer städtebaulichen Probleme bieten. Wir werden durch eine angemessene Kofinanzierung dafür sorgen, dass diese Fördermittel künftig auch in Hessen abgerufen werden können. Die Kommunen dürfen mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden.

Die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt ist gegenwärtig Träger von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen für über dreißig hessische Städte, führt in zahlreichen weiteren Kommunen die Sanierungsberatung durch und unterstützt die Bauleitplanung etlicher hessischer Kommunen. Sie muss ein zentraler Partner des Landes und seiner Kommunen bei der Wahrnehmung öffentlicher Interessen in der Stadt- und Landesentwicklung bleiben. Viele für die Kommunen wichtige Umnutzungsprojekte im Bestand (z. B. die Umwandlung von Büroflächen in Kitas) sowie Bauprojekte jenseits des Mainstreams (z. B. Gebäude in Holzbauweise) scheitern derzeit an den im Vergleich anderen Bundesländern stellenweise sehr rigiden Vorgaben der Hessischen Bauordnung. Wir werden sorgfältig und praxisnah prüfen, inwieweit diese Vorgaben so geändert werden können, dass eine Realisierung solcher Projekte künftig erleichtert wird.

## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Klaus Kuzmierczyk (KV Frankfurt), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt), Klaus Böttcher (KV Main-Kinzig-Kreis)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

a.

Der Text beginnend in Zeile 1693 „Intelligente, vernetzte Verkehrsmittel ...“ bis einschließlich Zeile 1824, also das komplette Kapitel „Verkehr“, wird an dieser Stelle gestrichen und nach Zeile 259 im Kapitel „Energiewende, Umwelt- und Verbraucherschutz“ eingefügt.

b.

Die Überschrift in Zeile 1693 ~~Intelligente, vernetzte Verkehrsmittel~~ wird geändert in **Mehr erreichen mit nachhaltiger Mobilität**

c.

Dem einleitenden Absatz Zeile 1695 (alt) wird der Satz vorangestellt:

„Die Energiewende sowie der Erhalt unserer Umwelt und lebenswerter Räume kann nur mit einer Verkehrswende gelingen.“

d.

Das „Restkapitel“ Wirtschaft wird in das sehr dünne Kapitel Haushalt integriert.

### Begründung:

zu a: Die Herangehensweise, die Kapitel des Wahlprogramms nach den aktuellen Ausschuss-/Ressortzuschnitten zu gliedern ist pragmatisch, für den Bereich Verkehr/Mobilität aber unbrauchbar. Durch die Verknüpfung und Unterordnung mit dem Bereich Wirtschaft suggerieren wir, dass die wesentlichen Herausforderungen in diesem Bereich auch in der der Wirtschaft dienenden Funktion liegen. Tatsächlich muss Mobilitätspolitik in erster Linie Umwelt-, Raum- und Energiepolitik sein: Die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre sind die umweltverträgliche Gestaltung der Mobilität und die Orientierung der Planung an limitierenden Ressourcen; die Entwicklung des Raumes bedingt den Verkehrsaufwand und vice versa, die Mobilitätschancen die Raumstruktur. Aufgrund der Interdependenzen müssen diese Themen im Wahlprogramm gemeinsam dargestellt werden und selbstverständlich zukünftig auch organisatorisch gemeinsam verantwortet werden - und das selbstverständlich GRÜN, sonst besteht Mobilitätspolitik wieder nur aus Beton und Asphalt.

zu b: Verkehrsmittel sind nie intelligent, eventuell vernetzt. Aber eigentlich ist das vollkommen egal! Verkehr und auch „intelligente, vernetzte Verkehrsmittel“ sind kein Selbstzweck, was aber suggeriert wird, sondern bewegen Menschen und Sachen. Es geht darum, dass möglichst viele Menschen möglichst viele Mobilitätschancen haben sollen. Das muss zum Ausdruck kommen.

zu c: Verdeutlicht die zentralen Herausforderungen für den Bereich Verkehr/Mobilität und bildet die Eingliederung in den Bereich Umwelt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Klaus Kuzmierczyk (KV Frankfurt), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt), Klaus Böttcher (KV Main-Kinzig-Kreis)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Am Ende des bestehenden Absatzes wird in der Zeile 1705 der Satz ergänzt:

„GRÜNE Verkehrspolitik findet statt mit Beteiligung der Menschen und zu ihrem Vorteil, nicht über ihre Köpfe hinweg.“

Begründung:

Das Thema Bürgerbeteiligung spielt speziell bei Verkehrsvorhaben eine immense Rolle und wird aus gutem Grund im BT-Wahlprogramm stark betont. Wir können es uns nicht erlauben, hierzu nichts zu sagen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1707ff wird der Satz:

„Wir wollen einen Masterplan Mobilität entwickeln, der alle Verkehrsarten berücksichtigt und verbindliche Ziele definiert. Wir werden ein Zertifikat für Mobilitätsberater schaffen und zügig ein flächendeckendes Beraternetzwerk aufbauen.“

geändert in:

„Gemeinsam mit den Menschen in Hessen wollen wir einen Mobilitätsmasterplan entwickeln, der alle Verkehrsarten berücksichtigt und verbindliche Ziele definiert. Mobilitätsmanagement werden wir zum landesweiten Standard machen, ein Zertifikat für Mobilitätsberater schaffen und zügig ein flächendeckendes Beraternetzwerk aufbauen.“

Begründung:

Weiterer Bezug zum Thema Bürgerbeteiligung.

Der Begriff Mobilitätsmanagement muss als Schlüsselbegriff an dieser Stelle dringend erwähnt werden. Ohne den Begriff an sich sind zudem die nachfolgenden Inhalte (Zertifikat für Mobilitätsberater und flächendeckendes Beraternetzwerk) relativ substanzlos.

## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Klaus Kuzmierczyk (KV Frankfurt), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt), Odette Barbosa (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Sätze in Zeile 1719 bis 1729

~~Die hauptsächlich kommunale Arbeit in diesem Bereich wollen wir durch die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte fördern und ausbauen. Wir wollen mindestens 10 Prozent der Landesstraßenbaumittel und der Verkehrsfördermittel für den Bau von Radverkehrsanlagen bereitstellen. Dadurch soll ein zusammenhängendes, überörtliches und ganzjährig nutzbares Radverkehrsnetz, mit Radschnellwegen zwischen den Zentren, entstehen. Mit dem Aufbau von Fahrradverleihsystemen fördern wir wesentlich die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel. Rund ein Viertel aller Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Daher muss dem Fußverkehr mehr Beachtung geschenkt werden. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen Maßnahmen zur Stärkung des Fußverkehrs diskutieren und den Austausch der Kommunen untereinander fördern.“~~

Werden ersetzt durch die Sätze:

„Die hauptsächlich kommunale Arbeit in diesem Bereich wollen wir durch die Einrichtung eines Kompetenznetzwerks Nahmobilität des Landes und der Kommunen, effiziente Förderung, gute Qualitätsstandards sowie entsprechende organisatorische Schwerpunkte in der Landesverwaltung fördern und ausbauen. Kommunale Pilotversuche für innovative Lösungen im Verkehr wie Begegnungszonen (Shared Space) werden wir auf Landesebene aufgeschlossen begleiten und unterstützen.“

Rund ein Viertel aller Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Wir wollen den Fußverkehr durch ausreichend breite und barrierefreie Bewegungsräume und sichere Querungsstellen weiter stärken. Den Radverkehrsanteil wollen wir bis 2020 auf min. 15% der zurückgelegten Wege erhöhen. Wir wollen mindestens 10% der Haushaltsmittel des Landesstraßenbau und der Verkehrsfördermittel für den Bau von Radverkehrsanlagen bereitstellen. Damit werden wir bis 2018 ein zusammenhängendes überörtliches und ganzjährig nutzbares Radverkehrsnetz aufbauen, darunter mindestens 100 km Radschnellwege. Damit schaffen wir die Basis für den Durchbruch der eMobilität, wo sie wirklich Sinn machen: Beim Fahrrad. Den Aufbau von Fahrradverleihsystemen auch mit Elektrofahrrädern und Spezialfahrrädern wie Lasträdern werden wir als wesentliche Stärkung der intermodalen Mobilität fördern.“

Begründung:

Innovationsobstruktionspolitik Gebrauch (z.B. Zebrastreifen, Tempo 30, etc.). Wir müssen deutlich machen, dass wir den Spieß umdrehen werden.

Gleichfalls sollten wir konkrete Ziele für den Radverkehrsanteil und das Radschnellwegenetz setzen. Radschnellwege sind nicht bzw. nicht nur „zwischen Zentren“ erforderlich. Wir müssen gerade bei diesen Themen auf die Überholspur und dürfen uns daher nicht von CDU/FDP rechts überholen lassen.



## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Stefan Majer (KV Frankfurt), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Klaus Kuszmierczyk (KV Frankfurt), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt), Klaus Böttcher (KV Main-Kinzig-Kreis), Odette Barbosa (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1.

Satz in Zeile 1733ff. ändern:

Der Unterfinanzierung des ÖPNV wollen wir ~~mit einer Aufstockung der Finanzmittel~~ **unter anderem mit einer Kofinanzierung aus Landesmitteln** entgegenwirken **und über neue Finanzierungsformen nachdenken.**

2. Die Sätze ab Zeile 1738

~~Bei der Weiterentwicklung des ÖPNV wollen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die ÖPNV-Beschleunigung, längere Züge, leisere und sparsamere Fahrzeuge und verkehrsmittelübergreifende Verknüpfungspunkte wie Bahnhöfe und Haltestellen legen. Wir stellen die Weichen für einen fahrgastfreundlichen ÖPNV. Wir setzen uns ein für einfache Tarife, für ein landesweites Schülerticket und für die kostenfreie Fahrradmitnahme. Fahrgastrechte sowie Barrierefreiheit werden ausgebaut.~~

ersetzen durch

Wir stellen die Weichen für einen fahrgastfreundlichen, zuverlässigen und barrierefreien ÖPNV. Wir setzen uns ein für einfache Tarife, für ein landesweites Schülerticket, für die kostenfreie Fahrradmitnahme und den Ausbau der Fahrgastrechte. Bei der Weiterentwicklung und Förderung des ÖPNV wollen wir einen besonderen Schwerpunkt auf Effizienzsteigerungen durch gute Anschlüsse im Hessentakt, ÖPNV-Beschleunigung, mehr Platz in vollen Zügen, leisere und sparsamere Fahrzeuge und verkehrsmittelübergreifende barrierefreie Verknüpfungspunkte wie Bahnhöfe und Haltestellen legen.

### Begründung:

Kleinere Veränderungen i.W. zur Klarstellung oder Konkretisierung der erwünschten Ziele:

- Da es derzeit keine Landesmittel für den ÖV-Betrieb gibt ist „Aufstockung“ als Begriff schlecht geeignet an dieser Stelle. Dass es sich um Landesmittel handelt, sollte auch klar werden.
- Um die Finanzierung des ÖPNV langfristig zu sichern ist das Nachdenken über neue Finanzierungsformen erforderlich.
- Die Aspekte Zuverlässigkeit und Barrierefreiheit sind von zentraler Bedeutung für die Qualität des ÖPNV und daher ergänzt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Peter Kranz, Rolf Schliessmann, Barbara Elsas, Edmund Borschel, Axel Lecke, Matthias van der Minde, Gudrun Bednarek-Siegfried. (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1742 einfügen:

**...ÖPNV. Im ländlichen Raum wird angestrebt, Wartezeiten zur Hauptverkehrszeit von weniger als einer Stunde zu erreichen.**

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden) , Klaus Kuzmierczyk (KV Frankfurt), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt), Klaus Böttcher (KV Main-Kinzig-Kreis),

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in Zeile 1750:

~~Um gerade auch im ländlichen Raum mobiler zu sein, setzen wir auf eine Förderung von Bürgerbusinitiativen, organisierten Mitfahrgelegenheiten, Regiotrams und Gewährleistung eines Taxiangebots.~~

ändern in:

„Um gerade auch im ländlichen Raum mobiler zu sein, setzen wir auf die Bahn, Regiotrams und Expressbusse im Stundentakt als Rückgrat des öffentlichen Verkehrs. Durch die Förderung von Bürgerbusinitiativen, organisierten Mitfahrgelegenheiten und anderen nachfrageorientierten Bedienformen sowie die Gewährleistung eines Taxiangebots wird auch die Erreichbarkeit in der Fläche sichergestellt.“

Begründung:

Der Änderungsvorschlag verbessert die Systematik der Darstellung. Als Grundnetz mit normalen Fahrplanangeboten wird ein zuverlässiges und auch mit einer Mindestattraktivität ausgestattetes Netz benötigt. dies rechtfertigt die Forderung nach einem Stundentakt (weniger als Stundentakt ist nicht mehr attraktiv), der überwiegend auch schon erfüllt wird. Die über das Grundnetz hinausgehende Feinabdeckung kann dann mit flexibleren Bedienformen erfolgen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Christian Eimer (KV Hersfeld-Rotenburg), Silvia Junker-Hoffmann (KV Fulda) , Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder) Angelika Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Klaus Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg) , Martina Selzer (KV Hersfeld-Rotenburg) , Malte Eiff (KV Gießen) , Lisa Süß (KV Offenbach Land), Annika Funke (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1752 ergänzen:

**Aber auch eine gute Anbindung an die Ballungszentren muss durch schnelle Bahnverbindungen gewährleistet bleiben.**

Begründung:

Eine gute Nahverkehrsinfrastruktur, die auch innovative Konzepte beinhaltet, ist ein richtiger und wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen. Dieser Ansatz alleine betrachtet greift allerdings zu kurz: angesichts steigender Mieten in Ballungszentren, flexibler Arbeitsmodelle und der zunehmenden Verfügbarkeit schneller Internetverbindungen haben einige Stadtbewohner längst auch ländliche Regionen als potentiellen Lebensort ins Auge gefasst. Weil Mitarbeiter vieler Branchen heutzutage nicht mehr täglich am Firmensitz präsent sein müssen, sondern ihr Büro praktisch überall aufschlagen können, wird dadurch für die dörflichen Regionen Hessens die Chance eröffnet, selbst zum Bestandteil eines urbanen Arbeitsumfeldes zu werden. Um trotzdem zügig und ökologisch vertretbar zum wöchentlichen Meeting in der Großstadt zu kommen, oder um gelegentlich auch mal etwas Großstadtluft schnuppern zu können, ist der Erhalt guter Fernverkehrsverbindungen genauso unverzichtbar wie ein gutes Nahverkehrsangebot.

Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass sich viele Menschen, die aus den ländlichen Regionen Hessens stammen, bewusst dafür entscheiden, dort wohnen zu bleiben. Dass diese Menschen, deren Arbeitsplätze sich ebenfalls oft in größeren Städten befinden, „ihrer“ Region nicht dauerhaft verloren gehen, sollte auch eines unserer politischen Ziele sein.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Wetterau

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1752 hinzufügen:

**Dies schließt den Erhalt und die Modernisierung bestehender Schienenverkehrswege ein. Lokale Initiativen zur Wiederaufnahme von Verkehr auf stillgelegten Streckenteilen finden unsere Unterstützung. Dies gilt auch für Bestrebungen lokaler Aufgabenträger im Nahverkehr, sich am Schienennetz in ihrer Region zu beteiligen bzw. es zu übernehmen.**

Begründung:

Als Erbe der 'vorautomobilen' Zeit sind in Hessen, gerade im ländlichen Raum, noch einige Nebenstrecken vorhanden. Sie könnten als eigenständige Verkehrswege auch in der heutigen Zeit ein ziemlich attraktives Mobilitätsangebot sein, stünde dem nicht Jahrzehnte lange Vernachlässigung durch Politik und Bahn gegenüber.

Diese Verkehrswege sollen erhalten, modernisiert und dort, wo sie nicht mehr betrieben werden (Bsp. Lundatalbahn, Wölfersheim-Hungen) reaktiviert werden. Nicht zuletzt, weil es sie (noch) gibt und weil sie als Standortfaktor den Anliegerkommunen Attraktivität verleihen.

Weil wir GRÜNE eine andere Verkehrspolitik wollen, verdienen teils Jahrzehnte lange Bemühungen zum Erhalt, zur Modernisierung, zur Reaktivierung solcher Strecken unsere Unterstützung.

Dies muss auch für Bestrebungen gelten, Schienennetze lokal betreiben oder zumindest Einfluss darauf gewinnen zu wollen. Über hohe Trassenpreise schöpft DB Netz Jahr für Jahr aus der Region über die Verkehrsverbünde Gelder ab. Mit ihnen nährt DB Netz den Gewinn des DB Konzerns. Die Gelder aber werden nicht dort reinvestiert, woher sie stammen. Wir zahlen, aber unsere Schienenstrecken, Bahnanlagen und Bahnhöfe verlottern. Das muss sich ändern! Deshalb wollen wir, dass eine Landesregierung mit GRÜNER Beteiligung allen Versuchen positiv gegenüber steht, hier Änderungen herbeizuführen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Stefan Majer (KV Frankfurt), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Klaus Kuzmierczyk (KV Frankfurt), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt), Odette Barbosa (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in Zeile 1765 bis 1770:

~~Innerhalb geschlossener Ortschaften wollen wir Kommunen ermöglichen, die Regelgeschwindigkeit ganz oder teilweise auf 30 km/h festzulegen. Daneben ist ein Tempolimit von höchstens 130 km/h für Pkw und höchstens 100 km/h für Transporter bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht auf allen Autobahnen überfällig. So leisten wir einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz, für mehr Verkehrssicherheit und weniger Verkehrstote und verletzte.~~

Wird geändert in

„Aufbauend auf Tempo 30 als übliche Innerortsgeschwindigkeit sollen die Kommunen zukünftig selbst entscheiden können, auf welchen Straßen Tempo 50 stadtverträglich möglich ist. Daneben ist ein Tempolimit von höchstens 120 km/h für Pkw und höchstens 100 km/h für Transporter bis 3,5 Tonnen Gesamtgewicht auf allen Autobahnen überfällig; auf zweispurigen Landstraßen soll Tempo 80 gelten. Damit machen wir nicht nur einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur „Vision Zero“ für mehr Verkehrssicherheit, sondern leisten auch einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz und zu einem insgesamt nachhaltigeren Verkehr.“

Begründung:

Die Verlagerung der Entscheidung über T30/T50 auf die kommunale Ebene ist richtig, aber das Vorgehen ist entscheidend. Wenn die Kommunen optional T30 einrichten können wird die Diskussion gegenüber der T30-Befürworter immer als Bremser/Einschränker-Diskussion geführt werden; der Schilderwald bleibt erhalten. Im umgekehrten Fall muss die T50-Lobby erklären, wieso sie Geschwindigkeit über Schutz der Bevölkerung vor Gefahren, Lärm, abgasen, etc. stellt. Zu BAB = T120, T80 auf Landstraßen: Angleichung an das BT-Wahlprogramm. Analog zum BT-Wahlprogramm sollte Vision Zero zudem explizit als Ziel erwähnt werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1767 ändern:

Tempolimit von höchstens ~~130~~ **120** km/h für PkW

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in Zeile 1783. ändern:

Zeile 1783: "Der Bau der Nordwestlandebahn war, ist und bleibt ein Fehler..." wird geändert  
in "Der Bau der Nordwestlandebahn war, ist und bleibt ein schwerwiegender Fehler..."



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1785:

ersetze "wegzaubern" durch "ungeschehen machen"

Der Bau der Nordwestbahn war, ist und bleibt ein Fehler, den CDU, SPD und FDP gemeinsam begangen haben. Diesen Fehler und damit die Nordwestbahn können wir nicht einfach wieder wegzaubern.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Groß-Gerau

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1791 ergänzen:

den Verzicht auf den Bau des Terminal 3, **sowie einer rechtsverbindlichen Vereinbarung zwischen Bevölkerung, Land und Betreiber gegen einen weiteren Ausbau am Flughafen Frankfurt Main (keine weitere Start- und Landebahn).**

Begründung:

In Hessen und im Bund ist es Zeit für eine ökologische Wende in der Verkehrs- und Flughafenpolitik. Nur mit einem Politik- und Regierungswechsel am 22. September 2013 ist dies möglich. Die GRÜNEN waren von Beginn an gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt und den Bau der Landebahn Nordwest. Insgesamt nimmt die Verlärmung der Umwelt aufgrund steigender Verkehrszahlen, durch Straßen, Schienen und Flugverkehr immer weiter zu. Eine Reduktion des Lärms ist dringend notwendig, denn inzwischen ist unbestritten, dass Lärm krank macht und die Lebensqualität erheblich reduziert. Immer mehr Menschen sind vom Lärm betroffen und haben fast keine Möglichkeit dem Lärm zu entgehen. Die Vermeidung von Lärm ist eine zentrale Herausforderung für die Politik der kommenden Jahre und muss ein Schlüsselprojekt einer neuen Bundesregierung werden.

Aufgabe der Politik muss sein, die Bürger und Bürgerinnen vor Lärm zu schützen. Diese Politik muss auch im Programm der hessischen GRÜNEN einen wesentlich höheren Stellenwert als bisher bekommen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Groß-Gerau

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1794 ergänzen:

eine Deckelung der Zahl der Flugbewegungen **und Verschiebung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene**, um die Belastung nicht immer weiter ansteigen zu lassen;

Begründung:

In Hessen und im Bund ist es Zeit für eine ökologische Wende in der Verkehrs- und Flughafenpolitik. Nur mit einem Politik- und Regierungswechsel am 22. September 2013 ist dies möglich. Die GRÜNEN waren von Beginn an gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt und den Bau der Landebahn Nordwest. Insgesamt nimmt die Verlärmung der Umwelt aufgrund steigender Verkehrszahlen, durch Straßen, Schienen und Flugverkehr immer weiter zu. Eine Reduktion des Lärms ist dringend notwendig, denn inzwischen ist unbestritten, dass Lärm krank macht und die Lebensqualität erheblich reduziert. Immer mehr Menschen sind vom Lärm betroffen und haben fast keine Möglichkeit dem Lärm zu entgehen. Die Vermeidung von Lärm ist eine zentrale Herausforderung für die Politik der kommenden Jahre und muss ein Schlüsselprojekt einer neuen Bundesregierung werden.

Aufgabe der Politik muss sein, die Bürger und Bürgerinnen vor Lärm zu schützen. Diese Politik muss auch im Programm der hessischen GRÜNEN einen wesentlich höheren Stellenwert als bisher bekommen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Groß-Gerau

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1798 wird eingefügt:

- eine fortgeführte politische und rechtliche Prüfung des Betriebes auf der neuen Landebahn Nordwest mit Darstellung der Auswirkungen möglicher Optionen auf Bevölkerung und Region
- einen dauerhaften Lastenausgleich für vom Fluglärm betroffene Kommunen und die Aufstockung des Regionalfonds nach Verursacherprinzip aus dem Vermögen der Fraport AG.
- Die Einführung, bzw. weitere Spreizung lärmabhängiger Start- und Landegebühren und strengere Lärmobergrenzen bei der Slot-Vergabe
- wirksame Schutzmaßnahmen gegen Auswirkungen und Schäden durch Wirbelschleppen.
- eine Überprüfung und ggf. Ausweitung der Lärmschutzzonen auf Basis aktueller Messwerte jetzt und nicht erst in 5 Jahren.

Begründung:

In Hessen und im Bund ist es Zeit für eine ökologische Wende in der Verkehrs- und Flughafenpolitik. Nur mit einem Politik- und Regierungswechsel am 22. September 2013 ist dies möglich. Die GRÜNEN waren von Beginn an gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt und den Bau der Landebahn Nordwest. Insgesamt nimmt die Verlärmung der Umwelt aufgrund steigender Verkehrszahlen, durch Straßen, Schienen und Flugverkehr immer weiter zu. Eine Reduktion des Lärms ist dringend notwendig, denn inzwischen ist unbestritten, dass Lärm krank macht und die Lebensqualität erheblich reduziert. Immer mehr Menschen sind vom Lärm betroffen und haben fast keine Möglichkeit dem Lärm zu entgehen. Die Vermeidung von Lärm ist eine zentrale Herausforderung für die Politik der kommenden Jahre und muss ein Schlüsselprojekt einer neuen Bundesregierung werden.

Aufgabe der Politik muss sein, die Bürger und Bürgerinnen vor Lärm zu schützen. Diese Politik muss auch im Programm der hessischen GRÜNEN einen wesentlich höheren Stellenwert als bisher bekommen.

## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Klaus Kuzmierczyk (KV Frankfurt), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt), Klaus Böttcher (KV Main-Kinzig-Kreis), Odette Barbosa (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1.

Der Absatz „Flugverkehr: ehrliche Preise, nachhaltige Politik“ in Zeile 1799 wird komplett vor die Zeile 1774 verschoben.

2.

Die Überschrift in Zeile 1799 ~~Flugverkehr: ehrliche Preise, nachhaltige Politik~~ wird umbenannt in **Ehrliche Preise, nachhaltige Politik**

3.

Vor den ersten Absatz (Zeile 1801) wird eingeführt

„Verkehr wird auf die unterschiedlichsten Arten subventioniert; häufig ausgerechnet dort, wo besonders viel negative Folgen erzeugt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Preise die Wahrheit sagen und Mobilität bezahlbar bleibt. Wir wollen, dass die Verursacher und nicht die Gesellschaft die Kosten für Infrastruktur und Umweltschäden, Lärm, etc. tragen. Die bestehende Lkw-Maut wollen wir auf alle Straßen in Hessen für alle Fahrzeuge über 3,5t ausdehnen und generell über neue Finanzierungsmodelle nachdenken.“

4.

In Zeile 1804 wird ~~Flugbenzin~~ ersetzt durch **Kerosin**

### Begründung:

Der Aspekt „ehrlicher Preise“ betrifft nicht nur den Flugverkehr. Für den Gütertransport auf der Schiene werden vom ersten bis zum letzten Streckenmeter Trassengebühren fällig, die Lkw dürfen außerhalb der Autobahnen die Straßen unentgeltlich zu Schutt fahren. Der Fernbus zahlt noch nicht mal Autobahnmaut. Es macht daher Sinn, den guten bereits im Entwurf enthaltenen Ansatz weiterzuentwickeln und auf weitere Bereiche als grundsätzliche Zielsetzung auszudehnen.

Auf Flugbenzin ("Avgas") wird generell Mineralölsteuer erhoben, da dieser Treibstoff Leichtflugzeugen mit Kolbenmotoren dient, die fast gänzlich der nicht gewerblichen - also steuerpflichtigen - Luftfahrt zuzuordnen sind. Dagegen ist Kerosin ("Jet-A1") für turbinengetriebene Flugzeuge steuerfrei, die ganz überwiegend gewerblich genutzt werden.

## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

LAG Mobilität, Felix Weidner (KV Darmstadt), Joachim Otto (KV Kassel-Stadt), Björn Bäuchle (KV Frankfurt), Marc Lerch (KV Vogelsberg), Claus-Peter Große (KV Wiesbaden), Klaus Kuzmierczyk (KV Frankfurt), Jan M. Stielike (KV Kassel-Stadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Sätze ab Zeile 1813ff. ändern:

Um die Menschen im Mittelrheintal vor dem zunehmenden Schienengüterverkehrslärm zu schützen, fordern wir die schnellstmögliche Umrüstung auf leise Güterzüge, lärmabhängige ~~Entgeltkomponente~~ **Trassengebühren**, sowie eine Förderung des aktiven Schallschutzes an den Fahrwegen. Wir wollen außerdem eine Alternativtrasse, **Tempolimits in der Nacht für laute Güterzüge und weitere kurz- und mittelfristige Maßnahmen** prüfen lassen, um die Menschen und das UNESCO-Welterbe vom ~~Güterverkehr~~ **Lärm** langfristig zu entlasten.

Begründung:

Hier stehen wir vor einem massiven Zielkonflikt: Güter auf die Schiene vs. Lärm von der Schiene. Tempolimits reduzieren zwar den Lärm, schwächen aber die Wettbewerbsfähigkeit der Bahn gegenüber der Straße – LKW müssen auf der Autobahn ab 22 Uhr auch nicht Tempo 30 einhalten ...! Zudem ist unklar, ob das Tempolimit überhaupt rechtlich umsetzbar ist. Umformulierung daher in einen erweiterten Prüfauftrag.

Ansonsten kleinere textliche Verbesserungen (z.B.: wir müssen Menschen nicht vor dem Güterverkehr selbst, sondern vor seinen negativen Folgen (= Lärm) schützen).

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christian Eimer (KV Hersfeld-Rotenburg) Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg) , Silvia Junker-Hoffmann (KV Fulda) , Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder), Angelika Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Klaus Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg) , Martina Selzer (KV Hersfeld-Rotenburg) , Malte Eiff (KV Gießen), Annika Funke (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1824 einen neuen Absatz einfügen:

**Gefahrgut: Mehr Kontrollen für mehr Sicherheit**

**Hessen hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Logistikkreuzscheibe entwickelt, auf der auch viele gefährliche Stoffe umgeschlagen werden. Dabei geht manchmal leider Zeit vor Sicherheit und gerade kleine Ordnungsbehörden im ländlichen Raum können engmaschige Kontrollen nicht leisten. Wir werden uns für einen besseren Gesundheitsschutz von Beschäftigten und für einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Gefahrgutunfällen stark machen.**

**Hierzu wollen wir die Häufigkeit von Gefahrgutkontrollen erhöhen und diese besser koordinieren - sowohl beim Warenumsatz als auch auf sämtlichen Verkehrswegen in Hessen.**

Begründung:

Unzählige kleinere Zwischenfälle, Beinahe-Katastrophen aber auch eingetretene Großschadenslagen wie in Homberg/efze gehören zur dunklen Kehrseite der boomenden Logistikbranche, die täglich auch Gefahrstoffe umschlägt und transportiert. Die Ergebnisse der Kontrollen von Gefahrguttransporten in jüngerer Zeit sind ebenfalls alarmierend.

Der hohe Zeit- und Kostendruck, der im Logistikbereich vorherrscht, führt häufig dazu, dass Vorschriften und Sicherheitsstandards verletzt und dadurch Personal und Bevölkerung gefährdet werden. Die teilweise undurchsichtigen Zuständigkeitsebenen sowie fehlendes Personal für Kontrollen haben diesen lockeren Umgang einiger Unternehmen mit der Thematik Gefahrgut noch verstärkt. Die Ordnungsbehörden kleiner Gemeinden, die z.B. formal für die Einhaltung geltender Vorschriften auf dem Betriebsgelände eines ortsansässigen Logistikers zuständig sind, können diese Aufgabe oftmals gar nicht erbringen. Auch erstreckt sich die Kontrollpflicht der Polizei längst nicht auf alle Straßen in Hessen.

Hier ist dringend eine bessere Koordination, sowie eine höhere Kontrolldichte gefragt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1847 ergänzen:

und mit einem **erhöhten** Sozialbudget

Begründung:

Erfolgt mündlich.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1853 streichen und ersetzen:

**Die Entstehung von Armut zu bekämpfen ist ein zentrales Handlungsfeld unserer Sozialpolitik. Denn Armut verhindert echte soziale Teilhabe und grenzt Menschen aus.**~~Die Bekämpfung von Armut ist deshalb ein zentrales Handlungsfeld unserer Sozialpolitik.~~

Begründung:

Durch die Umstellung des Satzes wird der Sinn, Entstehung von Armut zu verhindern und bestehende Armut abzubauen verständlicher.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1862 ergänzen:

Dem Programm „Soziale Stadt“ werden wir dabei neuen Schub durch eine interministerielle Vernetzung verleihen **und dadurch eine Förderung nichtinvestiver Maßnahmen ermöglichen.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG GewerkschaftsGRÜN

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1868 wird ergänzt:

Dazu **gehören** ein flächendeckender Mindestlohn, **gute Arbeitsbedingungen und die wirksame Überprüfung des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes durch die zuständigen Ämter.**

Begründung:

Richtigerweise fordert das Programm "Gute Arbeit". Dieser Begriff, der in den Gewerkschaften entstanden ist, ist jedoch noch nicht allgemein geläufig und muss daher zumindest insoweit expliziert werden, als damit auch und gerade gute Arbeitsbedingungen gemeint sind. Um das Programm nicht zu sehr aufzublähen, kann vielleicht auf eine weitergehende Erläuterung verzichtet werden, auch wenn der Begriff an sich deutlich weitreichender ist.

Das Problem der Arbeitsbedingungen ist zwar primär ein bundespolitisches, insofern die entsprechenden Gesetze Bundesgesetze sind (z. B. das Arbeitsschutzgesetz). Die Kontrolle der Arbeitsbedingungen und somit des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes obliegt aber dem Land. Diese Kontrolle durch die entsprechenden Ämter (je nach Regierungspräsidium unter verschiedenen Namen, z. B. Amt für Arbeitsschutz) ist bislang äußerst beschränkt und oft wirkungslos. Hier gilt es, explizit auf Landesebene für eine bessere Durchsetzung der bestehenden und an sich oft schon ausreichenden Gesetze zu sorgen und somit für eine bessere staatliche Aufsicht der Arbeitsbedingungen. Auch hier wurde zugunsten der Prägnanz des Programms auf weitschweifige Formulierungen verzichtet.

Weitere Ausführungen dazu gerne mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Landesentwicklung, Regionalplanung und Wohnungspolitik

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1879:

Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben“ wird geändert in „Wohnen muss bezahlbar sein“.

Begründung:

„Bleiben“ unterstellt, dass gegenwärtig Wohnen für alle bezahlbar ist. Dies ist nicht der Fall. „Für alle“ erhebt einen Anspruch der in Anbetracht der der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden Mittel nur bedingt einlösbar sein wird. Selbstverständlich muss das politische Ziel sein, dass Wohnen für alle bezahlbar ist - unter der Überschrift „Regierungsprogramm 2014-2019“ sollten wir aber nur Ziele formulieren die eine Chance auf Umsetzung haben. Die Formulierung „Wohnen muss bezahlbar sein“ ist hinreichend konkret und enthält eine klare politische Willensbekundung, ohne jedoch einen nicht einlösbaren Anspruch zu formulieren.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Landesentwicklung, Regionalplanung und Wohnungspolitik

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1882 wird eingefügt:

Die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum ist zentraler Bestandteil unserer Wohnungspolitik. **Dabei werden wir die Vielzahl unterschiedlicher Lebensformen und die sich daraus ergebende Ausdifferenzierung der Wohnbedarfe angemessen berücksichtigen.** Die ~~vorhandenen~~ Landesmittel für die Wohnraumförderung werden wir dazu nutzen, um preis- und belegungsgebundene Wohnungsbestände zu erhalten und zu erweitern.

Begründung:

Mit dem Einschub wird der Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe und der sich daraus ergebenden Wohnbedürfnisse Rechnung getragen. Dies schließt explizit Formen genossenschaftlichen Wohnens und die Vielzahl unterschiedlicher Wohnprojekte mit ein.

In Anbetracht der anstehenden wohnungspolitischen Aufgabenstellungen werden die vorhandenen Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung nicht ausreichen. Unseres Erachtens werden die Aufwendungen für die soziale Wohnraumförderung erhöht werden müssen, so dass die Formulierung „vorhandene Landesmittel“ durch „Landesmittel“ ersetzt werden sollte. Dabei bleibt offen wie hoch diese Mittel tatsächlich sein werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1882: Nach „... Wohnungspolitik.“ Wird der Satz eingefügt:

„Dabei werden wir die Vielzahl unterschiedlicher Lebensformen und die sich daraus ergebende Ausdifferenzierung der Wohnbedarfe angemessen berücksichtigen“.

Begründung:

Mit dem Einschub wird der Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe und der sich daraus ergebenden Wohnbedürfnisse Rechnung getragen. Dies schließt explizit Formen genossenschaftlichen Wohnens und die Vielzahl unterschiedlicher Wohnprojekte mit ein.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1882:

„vorhandenen“ wird gestrichen.

Die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum ist zentraler Bestandteil unserer Wohnungspolitik. Die ~~vorhandenen~~ Landesmittel für die Wohnraumförderung werden wir dazu nutzen, um preis- und belegungsgebundene Wohnungsbestände zu erhalten und zu erweitern.

Begründung:

In Anbetracht der anstehenden wohnungspolitischen Aufgabenstellungen werden die vorhandenen Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung nicht ausreichen. Unseres Erachtens werden die Aufwendungen für die soziale Wohnraumförderung erhöht werden müssen, so dass die Formulierung „vorhandene Landesmittel“ durch „Landesmittel“ ersetzt werden sollte. Dabei bleibt offen wie hoch diese Mittel tatsächlich sein werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Landesentwicklung, Regionalplanung und Wohnungspolitik

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1886 wird:

„Fehlbelegungsabgabe“ wird durch „Fehlsubventionierungsabgabe“ ersetzt.

Begründung:

„Fehlsubventionierungsabgabe“ ist zunächst der korrekte und seit 1982 in den einschlägigen Gesetzen verwendete Begriff. „Fehlbelegung“ denunziert zudem die Bewohner, die ursprünglich aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse zu Recht in die Wohnung eingezogen sind und sich mittlerweile ein Einkommen erarbeitet haben, das über den Grenzen für den sozialen Wohnungsbau liegt. Fehlsubventionierung beschreibt den Sachverhalt korrekt, da die Miete mit öffentlichen Mitteln subventioniert wird, ohne dass die aktuellen Bewohner dieser Subvention aus sozialen Gründen bedürfen. Die alternative Option den fehlsubventionierten Mieter zu kündigen ist keine Lösung, da diese Mieter zwar über den Einkommensgrenzen liegen in der Regel aber dennoch über keine ausreichenden Einkommen verfügen um auf dem freien Markt angemessenen Wohnraum anmieten zu können. Außerdem tragen diese Mieter zu einer sozialen Durchmischung und Stabilisierung der Quartiere bei und sollten nicht verdrängt werden. Der Abbau von Fehlsubventionen bzw. die Erhebung einer Abgabe auf Fehlsubventionen ist insofern eine bewährte und sozial gerechte Lösung (und ist außerdem als Subventionsabbau politisch einfacher zu vermitteln).



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1886 ersetzen:

~~Fehlbelegungsabgabe~~ **Fehlsubventionierungsabgabe**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1888 hinzufügen:

**Die Bundesmittel für Wohnungsbau sind in Hessen grundsätzlich zweckgebunden einzusetzen.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Landesentwicklung, Regionalplanung und Wohnungspolitik

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1897 wird folgender Absatz eingefügt:

Durch die Mobilisierung von Flächen für den Bau von bezahlbarem Wohnraum werden wir den Wohnungsmarkt in den wirtschaftsstarke Wachstumsregionen in Hessen entlasten und nachhaltig preisdämpfende Wirkungen erzielen. Der Grundsatz der Innenentwicklung vor Außenentwicklung und kommunale Wohnraumversorgungskonzepte sind dabei Voraussetzung für die Ausweisung zusätzlicher Flächen.

Begründung:

Der Bevölkerungszuwachs in den Kernstädten in Hessen und insbesondere im Rhein-Main-Gebiet wird weiterhin erheblichen Druck auf den Wohnungsmarkt ausüben. Ein restriktives Mietrecht alleine wird nicht ausreichen, um die Mietentwicklung hinreichend zu dämpfen. Die dringend erforderliche massive Ausweitung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum in Wachstumsregionen wird nicht ohne die zusätzliche Ausweisung von Flächen möglich sein. Das Rhein-Main-Gebiet gehört zu den wachstumsstärksten Regionen der Bundesrepublik. Städte wie Frankfurt am Main oder Darmstadt wachsen gegenwärtig jährlich um rund ein Prozent Bevölkerungszuwachs. Alleine der Bevölkerungszuwachs erfordert in Frankfurt am Main jährlich rund 3000-4000 Neubauwohnungen und in Darmstadt rund 600-800 Neubauwohnungen. Hinzu kommt die Wohnungsmarktrelevanz von Haushaltsstrukturverschiebungen: eine immer größere Zahl an 1-Personen-Haushalten bzw. an kleineren Haushalten führt dazu, dass selbst bei gleichbleibender Bevölkerungszahl die Zahl der benötigten Wohnungen ansteigt. Dies hat zudem zur Folge, dass auch der Wohnflächenverbrauch pro Person weiter ansteigt. Alle Prognosen gehen davon aus, dass sowohl die Wanderungsdynamik in die Kernstädte wie auch die Entwicklung in den Haushaltsstrukturverschiebungen langfristig anhalten werden. Insofern bedarf unsere grüne Mietpolitik dringend der Ergänzung durch eine zielgerichtete, ökologisch verantwortliche und angemessene Mobilisierung von Wohnbauflächen in Wachstumsregionen. Voraussetzung für die Ausweisung zusätzlicher Flächen sind jedoch kommunale Konzepte zur Wohnraumversorgung auf der Grundlage tragfähiger Prognosen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1898: vor dem in Zeile 1898 beginnenden Absatz ist ein neuer Absatz einzufügen:

„Durch die Mobilisierung von Flächen für den Bau von bezahlbarem Wohnraum werden wir den Wohnungsmarkt in den wirtschaftsstarke Wachstumsregionen in Hessen entlasten und nachhaltig preisdämpfende Wirkungen erzielen. Der Grundsatz der Innenentwicklung vor Außenentwicklung und kommunale Wohnraumversorgungskonzepte sind dabei Voraussetzung für die Ausweisung zusätzlicher Flächen.“

Begründung:

Der Bevölkerungszuwachs in den Kernstädten in Hessen und insbesondere im Rhein-Main-Gebiet wird weiterhin erheblichen Druck auf den Wohnungsmarkt ausüben. Ein restriktives Mietrecht alleine wird nicht ausreichen, um die Mietentwicklung hinreichend zu dämpfen. Die dringend erforderliche massive Ausweitung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum in Wachstumsregionen wird nicht ohne die zusätzliche Ausweisung von Flächen möglich sein. Das Rhein-Main-Gebiet gehört zu den wachstumsstärksten Regionen der Bundesrepublik. Städte wie Frankfurt am Main oder Darmstadt wachsen gegenwärtig jährlich um rund ein Prozent Bevölkerungszuwachs. Alleine der Bevölkerungszuwachs erfordert in Frankfurt am Main jährlich rund 3000-4000 Neubauwohnungen und in Darmstadt rund 600-800 Neubauwohnungen. Hinzu kommt die Wohnungsmarktrelevanz von Haushaltsstrukturverschiebungen: eine immer größere Zahl an 1-Personen-Haushalten bzw. an kleineren Haushalten führt dazu, dass selbst bei gleichbleibender Bevölkerungszahl die Zahl der benötigten Wohnungen ansteigt. Dies hat zudem zur Folge, dass auch der Wohnflächenverbrauch pro Person weiter ansteigt. Alle Prognosen gehen davon aus, dass sowohl die Wanderungsdynamik in die Kernstädte wie auch die Entwicklung in den Haushaltsstrukturverschiebungen langfristig anhalten werden. Insofern bedarf unsere grüne Mietpolitik dringend der Ergänzung durch eine zielgerichtete, ökologisch verantwortliche und angemessene Mobilisierung von Wohnbauflächen in Wachstumsregionen. Voraussetzung für die Ausweitung zusätzlicher Flächen sind jedoch kommunale Konzepte zur Wohnraumversorgung auf der Grundlage tragfähiger Prognosen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zusätzlich zum Antrag der LAG Landesentwicklung, Regionalplanung und Wohnungspolitik dem ggf. nach Zeile 1898 neu entstehenden Absatz hinzuzufügen:

*Der Grundsatz der Innenentwicklung vor Außenentwicklung und kommunale Wohnraumversorgungskonzepte sind dabei Voraussetzung für die Ausweisung zusätzlicher Flächen, dabei geht Innenentwicklung vor Außenentwicklung.*

Begründung:

Erfolgt mündlich.

## Änderungsantrag zum Regierungsprogramm

AntragstellerInnen:

Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder), Annika Funke (KV Frankfurt), Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Esther Schwedler (KV Lahn-Dill), Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- In Zeile 1940 streichen:  
~~In der Suchthilfepolitik~~
- und gleichzeitig nach Zeile 1947 neuen Absatz hinzufügen:

### **Prävention statt Repression: Eine tolerante, gerechte und vernünftige Drogenpolitik**

Die repressiven Maßnahmen der Drogenpolitik sind gescheitert. Im Zentrum GRÜNER Drogenpolitik in Hessen stehen deshalb Prävention, Aufklärung und Selbstbestimmung statt Repression. Nur so lassen sich die Vorbehalte in der Gesellschaft abbauen sowie die Ausgrenzung von Süchtigen und die Kriminalisierung von KonsumentInnen verhindern. Dazu wollen wir das Netz von Therapie- und Beratungsangeboten in Hessen nicht nur erhalten, sondern auch weiter ausbauen. Wir fordern mehr Drogenkonsumräume und flächendeckende Versorgungsangebote risikomindernder Maßnahmen wie Spritzenautomaten und Ersatzstoffabgabestellen für körperlich Abhängige. Zudem setzen wir uns für einen Modellversuch des sogenannten "Drug-Checking" ein, bei dem KonsumentInnen die erworbenen Substanzen anonym auf deren Inhaltsstoffe überprüfen können.

Die Diskussion um Drogen ist hochgradig emotionalisiert. Deshalb setzen wir uns in Hessen für ein unabhängiges Institut für Drogenforschung ein, das wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über Drogen und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft erforschen, sodass langfristig eine an tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte und seriöse Drogenpolitik möglich ist.

Die GRÜNEN in Hessen stehen für eine Politik der Entkriminalisierung von Cannabis und anderen psychotropen Substanzen ein. Hierzu fordern wir eine Anhebung der Eigenbedarfsgrenze und den straffreien Besitz von Cannabis innerhalb des festgelegten Eigenbedarfs auf 15 Gramm. Außerdem streben wir eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes an, die die Legalisierung von Cannabis zum Ziel hat. Auf dem langen Weg zur Cannabislegalisierung setzten sich die hessischen GRÜNEN als ersten Schritt für eine bundeseinheitliche Eigenbedarfsgrenze ein. Werbung für Nikotin oder Alkohol lehnen wir ab.

Begründung:  
Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
Kreisverband Gießen

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 1940:

~~In der Suchthilfepolitik und im Umgang mit psychischen Erkrankungen setzen wir auf mehr Prävention, Beratung und Hilfen durch wohnortnahe Angebote.~~

Und zu ersetzen durch:

In der Suchthilfepolitik und im Umgang mit psychischen Erkrankungen setzen wir auf mehr Prävention, Beratung und Hilfen durch wohnortnahe Angebote. Für Menschen mit psychischen Erkrankungen muss endlich das HFEG (= Hessisches Freiheitsentzugsgesetz) novelliert und durch ein Hessisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ersetzt werden, das nicht nur die Unterbringungsfragen, sondern auch die Hilfen für Psychisch Kranke Menschen und die Aufgaben eines Landespsychiatriebeirates und einer Besuchs- und Beschwerdekommision regelt.

Begründung:

Die bisherige Formulierung wird den besonderen Bedürfnissen psychisch kranker Menschen in keiner Weise gerecht. Trotz Prävention und wohnortnahen Angeboten wird es immer wieder Krisen geben, die dann doch wieder professioneller Hilfen bedürfen, die in Hessen leider nicht oder nur sehr unzureichend geregelt sind.

Seit vielen Jahren gibt es in Hessen keine Strukturen, die die Anliegen und Beschwerden der psychisch Kranken, insbesondere im Behandlungsfall, regeln. In anderen Bundesländern gibt es dafür das jeweilige Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, einen Landespsychiatriebeirat und eine Besuchs- und Beschwerdekommision.

Gerichtsentscheidungen der jüngeren Vergangenheit haben gezeigt, dass auch im rechtlichen Sinn viel Handlungsbedarf besteht. In Hessen gibt es aktuell keine Stelle, in der solche Fragen auf breiter Ebene erörtert werden können.

Wir möchten mit unserem Änderungsantrag erreichen, dass transparente Strukturen geschaffen werden, um auch den Belangen von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen Rechnung zu tragen. Die ausschließliche Novellierung des Hessischen Unterbringungsgesetzes (HFEG) reicht dafür nicht aus.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Hessen, Monne Lentz (KV Kassel-Stadt),  
Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 1941 hinzufügen:

**Jugend und Alkohol – wirksamer Jugendschutz statt Lippenbekenntnisse**

**Der Konsum von Alkohol gehört auch bei Jugendlichen zur Lebensrealität.**

**Dramatisierungen und voreilige Verbotsforderungen sind fehl am Platz. Jugendliche können die Gefahren und Risiken von Alkohol noch nicht angemessen einschätzen. Daher ist es wichtig, Jugendlichen einen kompetenten und verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol zu vermitteln und ihnen zu ermöglichen, eigenes Konsumverhalten zu reflektieren. Jede Schutzstrategie muss in erster Linie Jugendliche stärken, ihre Eigenverantwortung fördern, an ihren vielfältigen Potenzialen und Konsummustern ansetzen. Beim Jugendschutz helfen weder Verharmlosung noch Dramatisierung. Trotz dramatischer Einzelfälle von Komatrinken sind Panikmache und Aktionismus unangebracht. Genauso wenig darf Jugendschutz diese neue Herausforderung ignorieren. Es ist Aufgabe der Politik, regelmäßig zu prüfen, ob und wie sie die Rahmenbedingungen des Jugendschutzes, der Alkohol- und Suchtprävention und des Gesundheitsschutzes weiterentwickeln und optimieren muss. Reine Verbotspolitik und bloße Lippenbekenntnisse würden dabei diesem Ziel schaden. Es wird Zeit, wirksame Strategien bundesweit in die Tat umzusetzen. Hier kommt es vor allem auf eine Kombination wirksamer präventiver Maßnahmen an, die sowohl auf der Verhältnis- als auch der Verhaltensebene ansetzen. Jugendliche stark zu machen ist die beste Drogenprävention.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Alexander Wright (KV Gießen), Gerda Weigel-Greilich (KV Gießen), Sandra Laaz (KV Marburg-Biedenkopf), Dr. Franz Kahle (KV Marburg-Biedenkopf), Dr. Elke Therre-Staal (KV Marburg-Biedenkopf), Efi Kaioglidou (KV Marburg-Biedenkopf), Sabine Matzen (KV Marburg-Biedenkopf), Tomas Schneider (KV Marburg-Biedenkopf), Kerstin Weiss (KV Marburg-Biedenkopf), Heike Habermann (KV Gießen), Bettina Speiser (KV Gießen)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1954 wird der Satz eingefügt:

„an beiden Standorten, in Gießen und Marburg,“

Begründung:

An den medizinischen Fachbereichen der Philipps---Universität Marburg und der Justus---Liebig--- Universität Gießen gibt es insgesamt rund 5.500 Studierende. Die Tatsache, dass die Ausbildungsplätze für angehende Ärzte mehr als beschränkt sind und es nach wie vor den NC gibt, macht deutlich, wie wichtig die beiden Standorte für die Zukunft der Medizin in Deutschland sind, vor allem auch angesichts des zu erwartenden Ärztemangels.

Die Zahl der Beschäftigten in diesen Fachbereichen (neben denen in der Krankenversorgung Beschäftigten) liegt bei jeweils 1.200. Ein Verlust einer der beiden Fachbereiche wäre ein Schaden für die gesamte mittelhessische Region und kann nicht hingenommen werden.

Nicht allein die Tradition als Volluniversitäten spricht für die Sicherung und den Ausbau der beiden Hochschulstandorte und ihrer Universitätskliniken. Beide Universitäten zeichnen sich durch eine anerkannt hohe Qualität in der Krankenversorgung wie in der damit verknüpften Forschung und Lehre aus. Ihr Ruf auf diesem Gebiet liegt deutlich vor anderen hessischen Universitäten, wie jüngste Erhebungen gezeigt haben.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Gabriele Szepanski, Peter Zielinski, Sonja Schittenhelm, Armin Ruckelshausen, Bernadette Eisenbarth, Jutta Jawansky-Dyroff, Helmut Teckert, Kai Kreuzer, Marc Lerch, Florian Hartmann, Eva Golbach (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 1963 streichen:

~~Ihr Anspruch auf umfassende Inklusion entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention muss zügig umgesetzt werden.~~

Begründung:

Man kann Inklusion nicht „zügig“ umsetzen - es ist ein Generationenprojekt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- In Zeile 1967 nach „... behinderten Frauen besonders berücksichtigen“ hinzufügen:  
**, denn sie sind unter anderem überdurchschnittlich häufig Opfer sexueller Gewalt in Alltag und Pflege.**
- Gleichzeitig Absatz Zeilen 2416-2422 streichen.

Begründung:

Frauen mit Behinderung verdienen die gleichen Rechte wie alle anderen Frauen. Eine besondere Herausstellung im Kapitel „Geschlechtergerechtigkeit“ empfinden wir daher als kontraproduktiv. Eine besondere Schutzbedürftigkeit, die sich aus der Behinderung heraus ergibt, kann besser im Absatz, der sich allgemein mit Inklusion beschäftigt, dargelegt werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

GRÜNE Alte

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 1986 ergänzen:

... ambulanter Unterstützungsformen fortsetzen. **Wir werden die Zuständigkeiten für die Eingliederungshilfe so neu ordnen, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechtsansprüche in einem transparenten Verfahren wohnortnah realisieren können.**

Begründung:

Die Zuständigkeiten für die Eingliederungshilfe sind völlig undurchschaubar zwischen den örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe verteilt. Anspruchsberechtigte und Fachleute müssen mit annähernd 100 unterschiedlichen Zuständigkeitskonstellationen, gegliedert nach Alter, Wohnort, Leistungskombinationen und vielen weiteren Kriterien, zurechtkommen. Das ist unmöglich und muss deshalb verändert werden. Anzustreben ist die Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe entweder bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe anzusiedeln oder beim überörtlichen Träger der Sozialhilfe, der dann die Unterstützung der Menschen mit Behinderungen wohnortnah zu organisieren hätte. Eine Vorentscheidung, welche Variante bevorzugt wird, ist mit dieser Aussage im Wahlprogramm nicht getroffen. Nur mit Unterstützung aus einer Hand können Menschen mit Behinderungen ihr Selbstbestimmungsrecht tatsächlich verwirklichen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Gabriele Szepanski, Peter Zielinski, Sonja Schittenhelm, Armin Ruckelshausen, Bernadette Eisenbarth, Jutta Jawansky-Dyroff, Helmut Teckert, Kai Kreuzer, Marc Lerch, Florian Hartmann, Eva Golbach (KV Vogelsberg)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 1987 streichen und ergänzen:

~~Die Inklusion von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten, Kinderhorten, Schulen sowie außerschulischen Betreuungseinrichtungen wollen wir schrittweise angehen und bis 2020 erreicht haben.~~

**Familien, Kitas, Kinderhort, Schulen, überall dort wo Menschen sich in Entwicklungsstadien und Reifeprozesse befinden wollen wir in Kooperation mit allen Beteiligten den Gedanken der Inklusion vertiefen und daran arbeiten, strukturelle Probleme zu lösen. Wir nehmen uns vor bis 2020 erste spürbare Veränderungen herbeigeführt zu haben.**

Begründung:

Es ist absolut notwendig immer wieder darauf hinzuweisen, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn die Zivilgesellschaft als Ganzes einbezogen wird. Politik kann und muss zunächst für entsprechend förderliche Strukturen sorgen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Migration und Flucht, Mürvet Öztürk (KV Lahn Dill), Cihad Taskin (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In der Zeile 2026 wird die Überschrift ~~Integration und Europa in der Einen Welt: ein starkes, weltoffenes und vielfältiges Hessen~~ ersetzt durch:

**Vielfalt gestalten, Migration zulassen, Integration für Alle ermöglichen**Begründung:

Die LAG spricht sich dafür aus, eine eigenständige Überschrift zum Thema „Integration und Migration“ zu haben und das Thema „Hessen in Europa“ getrennt vom Thema „Integration und Migration“ zu behandeln. Beides sind wichtige Felder GRÜNER Politik, die jedoch unterschiedlich behandelt werden müssten. Eine Verzerrung der einzelnen Aufgabenfelder sollte dringend vermieden werden. Daher soll die Überschrift auf das Thema Integration und Migration konzentriert werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Jan Schierkolk (KV Frankfurt), Hildegard Scheu (KV Fulda), Felix Möller (KV Frankfurt), LAG Frieden, Europa und Internationale Politik, Marcel Schawe (KV Frankfurt), Jennifer Bartelt (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2029 wird der Satz geändert:

Hessen will den Wechsel – hin zu einer toleranten und weltoffenen Politik, **die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt, und** die die Chancen der Vielfalt und der europäischen Gemeinschaft anerkennt und stärkt.

Begründung:

Die Menschenrechte sind feste Grundlage unserer Politik, und das nicht zuletzt auch im Integrations-, Europa-, und Eine-Welt-Bereich. Das sollten wir allerdings auch ausdrücklich sagen, damit jedeR LeserIn unseres Programmes weiß, dass z.B. MigrantInnen für uns EIN RECHT darauf haben, dass sich der Staat auch um ihre Bildungs- und Arbeitsteilhabe kümmert, so wie auch alle BürgerInnen für uns EIN RECHT auf Transparenz und Beteiligung in Europa-Angelegenheiten haben - und wir nicht etwa meinen, hier mit unseren Vorstellungen einfach nur großzügig zu sein. Die vorgeschlagene, knappe Ergänzung des Einleitungssatzes würde diese Grundhaltung gleich für das ganze Kapitel, und darüber hinaus auch für in ihm evtl. nicht erwähnte Fragen klarstellen!

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Omid Nouripour, Marcus Bocklet (KV Frankfurt), Michael Hack (KV Wetterau), Alexander Unrath (KV Hochtaunus), Daniel Mack (KV Main-Kinzig-Kreis)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 2032 streichen:

~~Hessen liegt im Zentrum Europas...~~

Und ersetzen durch:

Hessen liegt im Herzen von Europa

Begründung:

Erfolgt mündlich.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Migration und Flucht, Mürvet Öztürk (KV Lahn Dill), Cihad Taskin (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 2032-2043 werden komplett ersetzt durch folgende Absätze:

„Hessen will den Wechsel – hin zu einer toleranten und weltoffenen Politik, die die Chancen der Zuwanderung, der Vielfalt und der europäischen Gemeinschaft anerkennt und stärkt.

Hessen liegt im Zentrum Europas, der Europäischen Union und ist seit Jahrhunderten Ziel und Ausgangspunkt großer Migrationsbewegungen gewesen. Auch heute ist unsere Gesellschaft eine mobile Gesellschaft im Herzen Europas. Migration ist eine Form der Mobilität und Mobilität ist wiederum ein Menschenrecht. Mobilität und Migration gehören zur Realität unserer modernen und vielfältigen Gesellschaft. Zunehmend sprechen Menschen von ihrer transnationalen und –kulturellen Identität. Diese Vielfalt erachten wir BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN als Bereicherung. Auch die Wirtschaft Hessens profitiert in vielfältiger Hinsicht von Zuwanderung von Menschen aus europäischen und außereuropäischen Ländern. Im 21. Jahrhundert muss Integrationspolitik eine europäische Dimension haben. Wir fordern daher eine EU-Migrations- und Integrationsstrategie auch für die Binnenmigration, damit die Schaffung angemessener Lebensverhältnisse innerhalb der Europäischen Union möglich wird.

Als hessische GRÜNE setzen wir uns für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft ein. Alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, Weltanschauung und ethnischer Herkunft, psychischer oder körperlicher Einschränkung sowie sexueller Identität und Orientierung haben ein Recht auf Teilhabe an unserer Gesellschaft.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Christoph Gaa, Dr. Dr. Jörg Lüdemann, Reiner Raab, Marianne Streicher-Eickhoff, Peter Wiesner (KV Darmstadt-Dieburg), Felix Möller (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2037 einen neuen Absatz einfügen:

Wir wollen hierzu einen für alle verbindlichen Ethikunterricht ab der Grundschule einführen, der sich nicht als bloßes Ersatzfach für den bekenntnisorientierten Religionsunterricht versteht, sondern in einem gemeinsamen Unterricht allen Schülerinnen und Schülern Werte vermittelt und dabei auch auf die unterschiedlichen kulturellen, weltanschaulichen und religiösen Vorstellungen eingeht. Der gemeinsame Ethikunterricht als ordentliches Lehrfach setzt auf gegenseitiges Verständnis und Respekt, anstatt auf Betonung der Unterschiede und Trennung der Schülerinnen und Schüler nach Religion und Herkunft.

Begründung:

An den Hessens Schulen lernen Schülerinnen und Schüler aus vielen Kulturen mit den unterschiedlichsten Glaubensvorstellungen und Weltanschauungen. Angesichts dieser Vielfalt hat die Schule das Anliegen gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Respekt zu fördern. Das ist aber nur in einem gemeinsamen Unterricht möglich. Nur so wird in der Schule gegenseitiges Verständnis entwickelt. Grundkenntnisse der weltanschaulichen und religiösen Ethik und Fragen zur Lebensgestaltung sind hier von besonderer Bedeutung. Diese Themen sind für alle Schülerinnen und Schüler unverzichtbar –unabhängig davon, ob sie darüber hinaus einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht besuchen.

Unsere gesellschaftlichen Werte beruhen auf den unterschiedlichsten kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Ideen und Überzeugungen. Deshalb ist es wichtig, dass sich alle Schülerinnen und Schüler in einem gemeinsamen Ethikunterricht mit zentralen Grundwerten wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz beschäftigen. Fundamentalistischen Tendenzen bei Jugendlichen werden so vorgebeugt und eine gewaltfreie Konfliktlösung gefördert.

Eine gemeinsame ethische Grundbildung und der Dialog zwischen den Schülerinnen und Schülern verschiedenster Herkunft sind wichtig. Nur so wird die Freiheit, sich selbstbestimmt und individuell im Leben zu orientieren, erlangt.

Auch nach Einführung des gemeinsamen Ethikunterrichts, steht es jeder Schülerin und jedem Schüler (unabhängig von der Klassenstufe) frei, zusätzlich bekenntnisorientierten Religionsunterricht in der Schule oder andere Unterrichtsangebote von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu nutzen. Grundlegende Kenntnisse aller Religionen und Wertevorstellungen werden im Fach Ethik, auch in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bekenntnisgemeinschaften, gelehrt und verständlich

gemacht. Bekenntnisunterricht soll auch weiterhin frei wählbar bleiben, darf aber nicht den Ethikunterricht vom Lehrplan verdrängen.

Angelehnt an „Drei Gründe für einen gemeinsamen Ethikunterricht“ der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg mit deren freundlicher Genehmigung zur Verwendung.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Migration und Flucht, Mürvet Öztürk (KV Lahn Dill), Cihad Taskin (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 2045-2090 werden komplett ersetzt durch folgende Absätze:

**„Integration ist auch staatliche und kommunale Aufgabe**

Leitlinien unserer Integrationspolitik sind: Vielfalt als Bereicherung, Teilhabe für Alle und Integration als Aufgabe zu verstehen. Gelungene Integration ist der Normalfall, sie gelingt jeden Tag millionenfach. Integrationsprobleme sind die Ausnahme. Herausforderungen bei der Aufgabe Integration wollen wir nicht weg reden, sondern wirksam an den Ursachen ansetzen.

**Bildung, Ausbildung und Arbeit**

Wichtige Handlungsfelder der Integrationspolitik sind Bildung, Ausbildung und Arbeit. Wir wollen, dass Schulen durchlässiger werden und sich an den Bedürfnissen der Kinder mit Migrationshintergrund orientieren - nicht umgekehrt. Dafür wollen wir erreichen, dass Erziehungskräfte und Lehrkräfte aller Fächer mehr interkulturelle Kompetenzen erwerben. In Schulen mit hohem Migrationsanteil muss Deutsch didaktisch als Zweitsprache vermittelt werden. Auch die duale Ausbildung muss auf internationale Füße gestellt werden, z.B. durch anerkannte Praktika im Ausland. Unternehmensgründungen von Migrantinnen und Migranten und die Ermöglichung von Berufsausbildung in solchen Unternehmen brauchen eine spezifische Förderung. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist eine wichtige Errungenschaft sowohl für Hessen als auch für die Migrantinnen und Migranten. Jedoch muss die Anerkennung beschleunigt und erleichtert werden. Wir werden spezifische Weiterbildungsangebote, etwa zum Erwerb fachspezifischer Sprachkenntnisse, einrichten.

Wir wollen den öffentlichen Dienst stärker für interkulturelle Perspektiven öffnen. Dazu gehört es, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für das Land Hessen zu gewinnen. Wir wollen verstärkt interkulturelle Fortbildung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes anbieten und den wertschätzenden Umgang mit Migrantinnen und Migranten in den Ämtern und Behörden zum guten Standard machen.

**Gesellschaftliche Teilhabe, religiöse Vielfalt und Weltanschauungen**

Der Umgang mit religiöser Vielfalt einerseits und der Einforderung der allgemeinen Grund- und Menschenrechte andererseits gehören zu den Herausforderungen unserer Gesellschaft,

wo wir GRÜNE klare Positionen beziehen. Insbesondere die Trennung von Staat und Religion, die Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch den Staat und die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann sind für uns nicht verhandelbar. Wir stehen zur Religionsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes. Alle Religionen und Weltanschauungen sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben, einen Konfessionsunterricht als ordentliches Lehrfach in öffentlichen Schulen anzubieten. Daher sind wir für die flächendeckende Einführung des Islamischen Religionsunterrichts, damit Tausende von muslimischen Kindern auch in Hessen ein schulisches Angebot erhalten. Der Ethikunterricht für Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen wollen, muss endlich auch in allen Grundschulen flächendeckend angeboten werden. Darüber hinaus sind in allen Schulstufen pädagogische Maßnahmen zu verstärken, die eine gegenseitige Kenntnis der Religionen und Weltanschauungen fördern. Nur im aktiven Dialog zwischen den Beteiligten können Fragen der Ethik und der Lebensgestaltung im Interesse eines guten Zusammenlebens gelöst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Mädchen an Klassenfahrten, koedukativen Sportunterricht und Biologieunterricht teilnehmen. Denn selbstbestimmte Frauen haben eine Schlüsselrolle im Integrationsprozess.

Wir werden uns dafür einsetzen, die Einbürgerung zu erleichtern, indem wir Hürden abbauen und Gebühren senken. Wir treten für die Mehrstaatigkeit ein, damit auch hier lebende Menschen mit mehreren Staatsangehörigkeiten am politischen Geschehen teilhaben können. Sollte das Bundesverfassungsgericht dem Antrag des Landes Bremen nachkommen und das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger doch ohne Grundgesetzänderung möglich machen, werden wir diese Form der politischen Partizipation in Hessen einführen. Ansonsten werden wir uns im Bundesrat für eine Grundgesetzänderung einsetzen.

Da wir Integrationspolitik als staatliche und kommunale Pflichtaufgabe verstehen, muss sie auf finanziell sichere Füße gestellt werden. Dies möchten wir in einem Integrations- und Teilhabegesetz klar formulieren und die notwendigen gesetzlichen Änderungen für eine strukturelle Förderung vornehmen. Weiterhin wollen wir einen Integrationsplan mit klaren Zielen. Durch einen Integrationsausschuss mit einer Integrationsvereinbarung und einer jährlichen Integrationskonferenz, möchten wir alle relevanten zivilgesellschaftliche Akteure in der Integrationspolitik (z.B. Migrantenselbstorganisationen, Vereine und freie Träger) an einen Tisch holen, klare Vereinbarungen formulieren und die Ergebnisse dieser Arbeit regelmäßig evaluieren.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2063ff ergänzen:

Allen Menschen, die nach Deutschland kommen – Migrantinnen und Migranten wie Flüchtlingen – wollen wir von Anfang ihres Aufenthalts an Informationsangebote **auch in der jeweiligen Muttersprache** machen, die es ihnen erleichtern, sich hier zurechtzufinden: Orientierungskurse, Integrationskurse, Sprachkurse und andere Fördermaßnahmen helfen Integrationsprobleme auszuräumen.

Begründung:

Einladungen zum Deutschkurs sollten in der Muttersprache der Migrantinnen und Migranten versendet werden.

Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Annika Funke (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 2068 ergänzen:

**Um eine schnelle Integration zu begünstigen, setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, AsylbewerberInnen und Geduldeten eine Ausbildungs- und Arbeitserlaubnis von Beginn an zu ermöglichen und insgesamt Barrieren am Arbeitsmarkt für diese Gruppe abzubauen.“**

Begründung:

AsylbewerberInnen und Geduldeten ist es derzeit im ersten Jahr ihres Aufenthalts in Deutschland nicht erlaubt, eine Beschäftigung aufzunehmen. Auch danach bestehen hohe Hürden (wie etwa die Vorrangsprüfung). Dies erschwert die Integration und zementiert Abhängigkeiten. Insbesondere für minderjährige Personen ist es kaum möglich eine Berufsausbildung zu beginnen, was langfristig negative Folgen für ihre Entwicklung mit sich bringt.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Michael Hack (KV Wetterau), Elisabeth Amrein (KV Frankfurt), Benjamin Pfeifer (KV Frankfurt),  
Christian Otto (KV Gießen), Faris Barakat (KV Frankfurt), Carlos Becker (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2079f. wird ~~treten für Mehrstaatigkeit ein~~ ersetzt durch **treten dafür ein,  
Mehrstaatigkeit zuzulassen**

Begründung:

Wir sehen Mehrstaatigkeit nicht als Problem, wollen sie also zulassen. Allerdings bewerben.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2080 ergänzen:

... und treten für Mehrstaatlichkeit **und damit die Abschaffung der Optionspflicht** ein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
Kreisverband Gießen

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 2091:

Humanität statt Härte – das ist unser Grundsatz im Umgang mit Flüchtlingen. Flüchtlinge sind zu schützen und nicht abzuwehren. Wir treten dafür ein, jede Abschiebung und jede asylrechtliche Entscheidung anhand humanitärer und menschenrechtlicher Kriterien zu beurteilen. Flüchtlinge sollen nicht abgeschoben werden, wenn ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen.

Begründung:

Die baden-württembergischen Grünen haben es vorgemacht: sie haben einen Humanitätsgrundsatz in das Wahlprogramm aufgenommen und konnten sogar im Koalitionsvertrag eine Humanitätsklausel vereinbaren. Unverhältnismäßige Abschiebungen konnten so erfolgreich verhindert werden. Im Gegensatz dazu fehlt im hessischen Wahlprogramm eine derartige Humanitätsklausel. Asylprozesse dauern zu lange und sind für die Betroffenen sehr belastend. Es kann nicht sein, dass Menschen jahrelang auf ein faires Verfahren und einen Bescheid warten müssen oder jahrelang nur geduldet werden. Dies ist unwürdig, integrationsfeindlich und schlicht realitätsfern. Es müssen uneingeschränkt menschenrechtliche und humanitäre Standards gelten. Flüchtlinge dürfen nicht in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen. Die Rahmenbedingungen von Abschiebungen müssen verbessert werden. Die Termine müssen den Betroffenen rechtzeitig mitgeteilt werden, Familien dürfen nicht auseinandergerissen werden. Flüchtlinge sind keine Kriminellen, sondern brauchen Schutz. Abschiebehaft darf nur die allerletzte Möglichkeit sein. Für besonders schutzbedürftige Gruppen wie Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende, Eltern mit Kindern, Traumatisierte, psychisch Kranke, Menschen mit Behinderung und ältere Menschen kommt sie nicht in Betracht.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

in Zeile 2091 einfügen:

**„Neue Zuwanderung gestalten!**

Es ist beschämend, wie die Bundesregierung mit durch aktuelle Krisen verursachte Flüchtlingsbewegungen wie beispielsweise den Zuzug aus Rumänien und Bulgarien umgeht. Die Umstände, unter den diese Menschen in deutschen Großstädten leben, sind teilweise unmenschlich. Die Stadtverwaltungen werden mit der zunehmenden Armut und deren Folgen alleine gelassen. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Ländern ein Konzept erarbeitet, um den Umgang mit den Betroffenen zu gestalten und ein funktionierendes Hilfenetz aufzubauen und zu finanzieren.“

Begründung:

Das Thema ist derzeit in den Medien sehr präsent und beschäftigt auch in Hessen einige Kommunen. Es wurde auch bereits beim hessischen und deutschen Städtetag thematisiert. Im Grünen Wahlprogramm sollte hierzu eine Aussage getroffen werden, die die Polemik des Innenministers beantwortet.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Ländlicher Raum

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

in Zeile 2091 einfügen:

**Humanität statt Härte!**

Humanität statt Härte - das ist unser Grundsatz im Umgang mit Flüchtlingen. Flüchtlinge sind zu schützen und nicht abzuwehren. Wir treten dafür ein, jede Abschiebung und jede asylrechtliche Entscheidung anhand humanitärer und menschenrechtlicher Kriterien abzuwägen. Flüchtlinge sollen nicht abgeschoben werden, wenn ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Migration und Flucht, Mürvet Öztürk (KV Lahn Dill), Cihad Taskin (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 2092-2096 werden komplett ersetzt durch folgenden Absatz:

**„Diskriminierungsfreies Hessen**

Erfolgreiche Integration kann nur in einer diskriminierungsfreien Gesellschaft gelingen. Daher wollen wir Diskriminierung und Rassismus verhindern und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wirksam umsetzen. Wir wollen Antidiskriminierungsstellen in Hessen einrichten, um schnell und unbürokratisch an Rat und Hilfe zu gelangen. Ein wirksamer Opferschutz ist notwendig.“

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Migration und Flucht, Mürvet Öztürk (KV Lahn Dill), Cihad Taskin (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In der Zeile 2097 werden folgende Absätze eingefügt:

**„Sinti und Roma in Hessen**

Sinti und Roma gehören seit Jahrhunderten zur Kultur und Gesellschaft unseres Landes und Europas. Sie sind eine anerkannte nationale Minderheit der Bundesrepublik Deutschland. Die EU hat 2011 eine nationale Strategie zur Integration von Roma bis 2020 entwickelt und fordert nationale Aktionspläne. Denn Ausgrenzung und Antiziganismus sind immer noch existent und europaweit nicht überwunden. Daher müssen neue Wege der Wertschätzung und Integration besritten werden. Insbesondere streben wir Vereinbarungen zwischen den staatlichen und kommunalen Institutionen einerseits und den anerkannten Organisationen dieser Volksgruppen andererseits an, um konkrete Verbesserungen der menschenrechtlichen und wirtschaftlichen Situation in Hessen zu erreichen und Antiziganismus zu überwinden. Darüber hinaus sind Aktivitäten auf europäischer Ebene erforderlich, um die Ausgangslage in einigen europäischen Herkunftsländern substanziell zu verbessern.

**Für eine menschenwürdige Flüchtlings- und Asylpolitik in Hessen**

Das Land Hessen ist für die Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zuständig. Zu einem menschenwürdigen und selbstbestimmten Leben für Asylsuchende in Hessen gehört die vorrangige Unterbringung in Wohnungen, die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und sozialrechtliche Gleichstellung, eine menschenwürdige medizinische Versorgung durch Einführung der Krankenkassenkarte auch für Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus, bundesweite Aufhebung der Residenzpflicht, uneingeschränktes Recht auf Arbeit und Bildung. Standards in der Unterbringung und Versorgung wollen wir in einem modernen Landesaufnahmegesetz formulieren.

Alle Menschen, die nach Deutschland kommen – Migrantinnen und Migranten wie Flüchtlinge und Asylsuchende – wollen wir von Anfang ihres Aufenthaltes an Informationsangebote machen, die erleichtern, sich hier zurechtzufinden. Orientierungskurse, Integrationskurse, Sprachkurse und andere Fördermaßnahmen helfen Integrationsprobleme zu verhindern, bevor sie entstehen. In Bildungseinrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Volkshochschulen müssen diese Angebote in ausreichendem Umfang beitragsfrei angeboten werden. Auch sollen sozialpädagogische Betreuung eingerichtet, Geld- statt Sachleistungen

erfolgen und inhumane Abschiebungen gestoppt werden. Abschiebehaft ist Freiheitsberaubung und darf nur in äußersten Ausnahmefällen möglich sein. Das Flughafenverfahren lehnen wir aus humanitären Gründen ab.

Da die Flüchtlings- und Asylpolitik wesentlich auf europäischer Ebene mitgestaltet wird, werden wir uns auf bundes- und europapolitischer Ebene für eine Stärkung der Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden einsetzen.

### **Für eine echte Härtefallkommission in Hessen**

Hessen braucht eine Härtefallkommission, die ihren Namen verdient. Die Hürden in der aktuellen Härtefallkommission sind für echte Härtefälle zu hoch. Das Petitionsverfahren wollen wir nicht mehr vorschalten und das Zwei-Drittel-Quorum abschaffen, damit Härtegesuche mit einer einfachen Mehrheit an den Innenminister gerichtet werden können. Wir werden einen Härtefallfond einführen, aus dem der Lebensunterhalt von alten und kranken Menschen gesichert wird.“

Begründung: Im Entwurf des Regierungsprogramms fehlen viele konkreten Vorschläge, sowohl zu Integrationsthematik als auch zu Asyl- und Fluchtthemen, die die LAG erarbeitet und in ihrem Input-Papier dem Landesvorstand unterbreitet hatte. Da wir die Wahlen gewinnen und regieren wollen, möchten wir auch konkrete Vorschläge an die Wählerinnen und Wähler machen. Das Thema Integration und Migration ist sehr wichtig und die Kompetenz wird eindeutig uns GRÜNEN zugeschrieben, daher wollen wir selbstbewusst unsere Ziele genauer benennen, für die wir seit Jahren eintreten und auch zukünftig stehen werden.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2137 ergänzen:

[...] erhöht werden **und die Schuldenkrise neben den zu berücksichtigenden Wirtschaftsinteressen auch unter sozial- und gesellschaftspolitischen Aspekten bewertet wird.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Hildegard Scheu (KV Fulda), Felix Möller (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt), LAG Frieden, Europa und Internationale Politik

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 2150 streichen und ersetzen:

**Daher wollen wir entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote ausbauen. Internationale Kontakte von Kindern und Jugendlichen werden wir fördern.“**

Begründung:

Der bestehende Absatz wird damit konkret ergänzt durch das, was wir tun wollen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Hildegard Scheu (KV Fulda), Felix Möller (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt), LAG Frieden, Europa und Internationale Politik

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 2159 streichen und ersetzen:

~~Die Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN) gestalten.~~ **Deshalb wollen wir mit dem entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN) stärker kooperieren.**

Der ganze neue Absatz (2158 – 2161) soll dem Absatz 2152 – 2154 vorangestellt werden.

Begründung:

Dem EPN geht es um Vernetzungsarbeit, v.a. auch um Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Daher ist Entwicklungszusammenarbeit nicht das richtige Wort und der neue Satz klarer. Gehört inhaltlich zu dem Absatz zu Bildung, daher vorziehen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Michael Hack (KV Wetterau), Elisabeth Amrein (KV Frankfurt), Elisabeth Amrein (KV Frankfurt), Manuel Stock (KV Frankfurt), Christian Otto (KV Gießen), Faris Barakat (KV Frankfurt), Carlos Becker (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 2174 (ab Wir wollen“) bis Zeile 2183 werden ersetzt durch:

„Kunst und Kultur machen einen einzigartigen Ort gesellschaftlicher Selbstverständigung aus, schaffen Räume jenseits kommerzieller Verwertungslogik und ermöglichen auch eine Kommunikation verschiedener Milieus und Traditionen. Zu ihnen gehört ein weites Spektrum von Ausdrucksformen, das von soziokulturellen Projekten bis hin zur klassischen Hochkultur reicht, von der Pflege lokalen Brauchtums bis hin zur Sammlung und Präsentation des Kulturerbes in Museen, von der Jugendkultur bis hin zu Design und Mode. Wir stehen für eine Kulturpolitik, in der sich etablierte Institutionen und neue Initiativen und kulturelle Ausdrucksformen gegenseitig befruchten. Wir stehen für eine Kulturpolitik, die Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger macht und dabei ein besonderes Augenmerk auf Kinder und Jugendliche richtet. Denn Kunst und Kultur leben vom offenen Zugang, von Austausch und Kommunikation.

15 Jahre schwarz-gelbe Politik haben zu einer einseitigen Förderung von Elitenprojekten geführt, zu einer Kulturpolitik der Hinterzimmer und zur Ignoranz gegenüber neuen kulturellen Ausdrucksformen. Soziokulturelle Projekte wurden ebenso vernachlässigt wie die Sorge um die Lebens- und Arbeitsbedingungen Kulturschaffender. CDU und FDP sind erschöpft und verbraucht. Es ist Zeit für den Wechsel.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Offenbach-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 2206 einfügen:

Deshalb wollen wir unter Beteiligung von Kommunen und Kultureinrichtungen das Landesprogramm „Kulturrucksack“ auf den Weg bringen. **Dieses Förderprogramm unterstützt finanziell Projekte wie z. B. ‚jedem Kind ein Instrument‘.**

Begründung:

Der ‚Kulturrucksack‘ ist nicht jedem ein Begriff.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Offenbach-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2208:

Mit dem Kulturrucksack wollen wir perspektivisch alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 40 **6** bis 14 Jahren in Hessen erreichen.

Begründung:

Mit 10 Jahren ist der Beginn solcher Maßnahmen zu spät angesetzt. Es kann nicht allein darauf vertraut werden, dass die Grundschulen derartige Maßnahmen durchführen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2246 nach „... Landesmuseen.“ ergänzen:

**Formen der Jugendkultur betrachten wir gegenüber der traditionellen Kultur als gleichwertig. In diesem Kontext spielt neben der Finanzierung die Gestaltung urbaner Lebensräume und der Abbau bürokratischer Hemmnisse eine entscheidende Rolle.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Volker Schäfer, Karin Müller, Helga Weber, Dieter Beig (KV Kassel-Stadt), Martina Feldmayer, Sebastian Popp, Hanneke Heinemann (KV Frankfurt), Hildegard Förster-Heldmann, Iris Bachmann (KV Darmstadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 2449 einfügen:

**Um die weltweit berühmteste Kunstaustellung documenta auch in den Zeiten zwischen den Ausstellungen im Fokus der Wahrnehmung zu behalten, wollen wir das documenta Archiv in Kassel dabei unterstützen, sich zu einem kunstwissenschaftlich forschenden documenta Institut weiterzuentwickeln**

Begründung:

Das documenta Archiv in Kassel – 1961 als Initiative von Arnold Bode durch die Stadt Kassel gegründet – ist eine Einrichtung zur Archivierung, Dokumentation und wissenschaftlichen Bearbeitung der Materialien zur modernen und zeitgenössischen Kunst mit einem Schwerpunkt zur Geschichte der documenta. Es zählt durch den kontinuierlichen Aufbau seines Literatur- und Medienbestandes zu den umfangreichsten Dokumentationszentren für die Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts in Europa. Neben dem Informationsauftrag zur Gegenwartskunst bildet die Archivierung der documenta-Akten eine seiner grundlegenden Aufgaben. Darin eingeschlossen sind der Schriftverkehr, der in der Vorbereitung der documenta-Ausstellungen entstanden ist, die Arbeitsprotokolle der jeweiligen künstlerischen Leitungen sowie Künstler-Materialien inklusive neuer Medien. Über das bisherige systematische Sammeln hinaus hat das documenta Archiv – ausreichende Ressourcen vorausgesetzt – nachgewiesen, über das Potential zu verfügen, die konservierten Zeugnisse in Dokumentationen, Ausstellungen und Tagungen der Öffentlichkeit präsentieren zu können.

Durch Forschungsprojekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Bundeskulturstiftung wurde die Digitalisierung der Materialien vorangetrieben und ein Programm zur Konservierung und Restaurierung der Originale aufgelegt.

Das documenta Archiv ist Mitglied im Europeanart.net, dem wichtigsten europäischen Kunstdatenbankennetz.

Das documenta Archiv ist derzeit unter äußerst beengten räumlichen Bedingungen untergebracht. Auf etwa 680 m<sup>2</sup> Fläche sind ca. 1.500 documenta-Akten, Pläne und Karten, ca. 250.000 Zeitungsausschnitte bzw. Pressekritiken, ca. 150.000 Einladungskarten, eine Bibliothek mit ca. 40.000 Monographien, ca. 60.000 Ausstellungskatalogen, 150 laufenden Kunstzeitschriften und jährlich 2.000 Neuanschaffungen, ein Medienarchiv mit ca. 3.000 Video-Titeln, 25.000 Dias, 1.000 Ektachromen, 7.000 s/w Fotos und 2.000 Porträts von KünstlerInnen archiviert. Dieser Bestand kann

keine weiteren Materialien mehr aufnehmen, und in den beengten Räumlichkeiten für forschendes Arbeiten finden Studierende der Kunsthochschule und andere Nutzergruppen mittlerweile keine zumutbaren Arbeitsbedingungen mehr vor.

Veranstaltungen oder Ausstellungen sind in den Räumen nicht möglich.

Das documenta Archiv hat den Ruf eines international angesehenen Archivs zeitgenössischer Kunst.

Es ist für künstlerisch und kunstbasiert Forschende (KünstlerInnen, GestalterInnen, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, KuratorInnen) als Quelle unermesslich wertvoll.

Eine Neukonzipierung des documenta Archivs als eigenständiges, aber mit Hochschulen und anderen Einrichtungen eng kooperierendes Forschungsinstitut bietet die einzigartige Chance, die documenta und ihr Umfeld auch als einen Ort zeitgenössischer, kunstbasierter Forschung angemessen zu profilieren: mehr Forschung und Produktion als Museum und Repräsentation, mehr lebendige Wissenschaft als bloßes bibliophiles Aufbewahren.

Die Weiterentwicklung zu einem internationalen documenta Institut kann die Stadt Kassel nicht allein tragen.

Deshalb ist die Beteiligung des Landes Hessen als Gesellschafterin der documenta nicht nur wünschenswert, sondern dringend notwendig.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2252 nach „Viele junge Menschen“ ergänzen:

**und junggebliebene Erwachsene**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2255 nach „vor allem kleinere Tanzlokale“ ergänzen:

**Die GEMA-Tarifreform stellt insbesondere für DJs, aber auch andere Kulturschaffende eine signifikant höhere Belastung dar. Die Formulierung soll daher explizit auch andere Gruppe als Clubbetreiber\*innen einbeziehen.**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Marcel Breidenstein (KV Schwalm-Eder), Esther Schwedler (KV Lahn-Dill), Brigitte Czere (KV Lahn-Dill), Ingo Heise (KV Main-Taunus), Regine Vischer (KV Main-Taunus), Claus Rethorn (KV Groß-Gerau), Rüdiger Brause (KV Main-Taunus), Joachim Grebe (KV Darmstadt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Der Satz in Zeile 2257-2259

~~Wir wollen das derzeit gültige generelle Tanzverbot an Sonn- und Feiertagen aufheben. An den drei stillen Feiertagen (Karfreitag, Volkstrauertag und Totensonntag) soll das Tanzverbot bestehen bleiben~~

wird ersetzt durch:

„Diese soll das Abschaffen des Tanzverbotes sowohl an Sonn- und Feiertagen als auch an den sogenannten stillen christlichen Feiertagen zur Folge haben, um das hessische Feiertagsgesetz an eine vielfältige Gesellschaft an zu passen.“

Begründung:

Die derzeitige Regelung ist nicht mehr zeitgemäß. Einerseits sind in Hessen derzeit so wenig Menschen in einer der christlichen Kirchen wie nie zu vor, andererseits gab es noch nie so viele Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften in Hessen. Dazu kommt, dass heute auch junge, gläubige, christliche Menschen das Tanzverbot nicht mehr nachvollziehen können. Diese protestieren nicht nur auf öffentlichen Veranstaltungen, wie am Frankfurter Römer, dagegen, sondern auch Jahr für Jahr in dem sie sich dem Tanzverbot auf den Tanzflächen der Discotheken widersetzen. Wer Tanzen will soll tanzen, wer still verweilen will, soll still verweilen, aber Kirche und Staat können nicht allen Menschen etwas aufzwingen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Satz in Zeilen 2258-2260 ersetzen:

~~An den drei stillen Feiertagen (Karfreitag, Volkstrauertag und Totensonntag) soll das Tanzverbot bestehen bleiben.~~

**An den drei stillen Feiertagen (Karfreitag, Volkstrauertag und Totensonntag) soll das Tanzverbot auf öffentliche Plätze in der Zeit von 24.00 bis 0.00 Uhr beschränkt sein. Von dieser Regelung wären beispielsweise Volksfeste auf öffentlichen Plätzen betroffen, nicht jedoch Clubs.**

Begründung:

Die bestehende Rechtslage erachten wir als nicht mehr zeitgemäß.

Wir sind uns der gesellschaftlichen und christlichen Bedeutung der drei stillen Feiertage (Karfreitag, Volkstrauertag und Totensonntag) jedoch bewusst. Daher ist uns klar, dass an diesen Tagen nicht nur, aber auch auf religiöse Gefühle Rücksicht genommen werden muss. Die Begrenzung auf öffentliche Plätze ist für uns daher ein guter Kompromiss zwischen verschiedenen Bedürfnissen und Rechten gesellschaftlicher Gruppen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Michael Hack (KV Wetterau), Benjamin Pfeifer (KV Frankfurt), Manuel Stock (KV Frankfurt), Faris Barakat (KV Frankfurt), Carlos Becker (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 2258 ab „Ab den“ bis Zeile 2260 wird gestrichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Annika Funke (KV Frankfurt), Kaya Kinkel (KV Hersfeld-Rotenburg), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 2260 hinzufügen:

**Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass an besonderen Feiertagen anderer Religionen der öffentliche Raum genutzt bzw. geschützt werden kann. Arbeitsrechtlich wollen wir allen Beschäftigten die Möglichkeit geben an ihren Feiertagen der Arbeit fernzubleiben ohne dafür einen zusätzlichen Urlaubstag zu nehmen.**

Begründung:

Die Grüne Jugend Hessen ist der Auffassung, dass sich der Schutz der religiösen Ausübung nicht auf die beiden großen christlichen Kirchen beschränken sollte. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die von unterschiedlichen Glaubensrichtungen geprägt ist. Niemand sollte bei seiner Religionsausübung bevorzugt behandelt werden, weshalb wir mit einer solchen Regelung die Gleichberechtigung der Religionen fördern wollen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen: Michael Hack (KV Wetterau), Elisabeth Amrein (KV Frankfurt), Benjamin Pfeifer (KV Frankfurt), Manuel Stock (KV Frankfurt), Christian Otto (KV Gießen), Faris Barakat (KV Frankfurt), Carlos Becker (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2261 wird ein neuer Absatz eingefügt:

**„Lebens- und Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende verbessern**

Wichtig für eine lebendige Kunst- und Kulturszene sind aber auch die Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende, die oft in prekären materiellen Verhältnissen leben. Deshalb setzen wir uns für die Erhaltung preisgünstiger Arbeitsräume für Kulturschaffende ein. Auch unsere Politik für bezahlbaren Wohnraum in Großstädten steht im Kontext unserer Bemühungen, gute Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende zu ermöglichen. Staatliche geförderte Kultureinrichtungen wollen wir dazu anhalten, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch Praktikantinnen und Praktikanten fair zu bezahlen.“

Begründung:

Erfolg mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Frankfurt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 2271

(Kapitel: Kultur und Medien: ...) – Nach dem Abschnitt „Erinnerung wachhalten“ einen neuen Abschnitt einfügen:

**Den Denkmalschutz stärken**

Wir wollen dem Denkmalschutz in Hessen wieder zu mehr Durchsetzungskraft verhelfen. Deshalb müssen die einschlägigen Gesetze und Verwaltungsvorschriften so geändert werden, dass das Landesdenkmalamt und die unteren Denkmalbehörden bei augenscheinlicher Gefährdung von Kulturdenkmälern schneller und wirksamer eingreifen können, um deren Substanzerhalt sicherzustellen. Auch müssen der Landesdenkmalbeirat – und analog die Denkmalbeiräte – verwaltungstechnisch wieder an das zuständige Ministerium angebunden und besser ausgestattet werden.

Die Instandhaltung und Pflege von Denkmalen obliegt in Hessen den Eigentümern, erfordert jedoch oft höheren finanziellen Einsatz, als diese erbringen können. Wir werden deshalb dafür Sorge tragen, dass im Landeshaushalt ausreichend Mittel für Denkmalschutz und Denkmalpflege bereitgestellt werden.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Benjamin Pfeifer (KV Frankfurt), Elisabeth Amrein (KV Frankfurt), Manuel Stock (KV Frankfurt), Christian Otto (KV Gießen), Faris Barakat (KV Frankfurt), Carlos Becker (KV Frankfurt), Michael Hack (KV Wetterau)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 2280 ab „Kleine, kulturell orientierte“ bis Zeile 2282 werden ersetzt durch:

„Kulturell orientierte Kinos sowie Filmfestivals überall in Hessen, in den Städten und auf dem Land, sind für eine lebendige Filmkultur unerlässlich. Wir wollen sie stärken und ihre Rolle als Kulturträger aufwerten. Teuren, von der Kulturbürokratie geplanten Großveranstaltungen im Film- und Medienbereich stehen wir skeptisch gegenüber. Wir werden sie auf den Prüfstand stellen und ihre Mittel gegebenenfalls zur Stärkung der vielfältigen filmkulturellen Initiativen und Institutionen einsetzen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Michael Hack (KV Wetterau), Elisabeth Amrein (KV Frankfurt), Benjamin Pfeifer (KV Frankfurt), Manuel Stock (KV Frankfurt), Christian Otto (KV Gießen), Faris Barakat (KV Frankfurt), Carlos Becker (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 2289 (ab „Der Hessische“) bis Zeile 2292 werden ersetzt durch  
„Die Tendenz des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks zu einer Uniformierung seines Programms und der Ausdünnung politischer, gesellschaftlicher und kultureller Inhalte betrachten wir mit Sorge und wollen ihr entgegenwirken. Den Herausforderungen des Medienwandels muss sich der Hessische Rundfunk aktiv stellen. Dazu gehört die Ergänzung von Hörfunk und Fernsehen durch ein werbefreies Internetangebot mit zeitlich unbegrenzt verfügbaren Inhalten.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Medien & Netzpolitik, Rolf Schliessmann (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Der Satz in Zeile 2292f. wird geändert:

„Als „dritte Säule“ neben Hörfunk und Fernsehen gehört dazu auch ein werbefreies öffentlich-rechtliches und zeitlich unbegrenztes ~~Vollangebot~~ und **möglichst umfassendes Angebot** im Internet.

Begründung:

Ziel grüner Medienpolitik ist es, so viele öffentlich-rechtliche Inhalte wie möglich über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Allerdings gibt es derzeit Inhalte, wo dies nur mit einem erheblichen Kostenmehraufwand möglich wäre. Als Beispiel sind hier Sportrechte zu nennen, wo für die Internetverbreitung zusätzliche, teure Rechte angekauft werden müssten.

Es kann jedoch nicht unser Interesse sein, die Kosten für das öffentlich-rechtliche Programmangebot in die Höhe zu treiben.

Deshalb plädieren wir für eine „möglichst umfassende“ Freigabe von Inhalten, die alle Inhalte umfasst, die im öffentlich-rechtlichen System vorhanden sind und ohne unverhältnismäßigen Mehraufwand (z.B. Kosten) zur Verfügung gestellt werden können.

Aus redaktionellen Gründen kann „öffentlich-rechtliches“ entfallen, da wir uns hier in einem Kapitel befinden, das sich ausschließlich mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschäftigt (s.o.).

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG Medien & Netzpolitik, Rolf Schliessmann (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Der Satz in Zeile 2295 wird geändert:

„Daher treten wir ~~dafür ein, in den Kontroll- und Aufsichtsgremien~~ **für eine Reform der Kontroll- und Aufsichtsgremien ein, mit dem Ziel**, die relevanten gesellschaftlichen Gruppen besser abzubilden.“

Begründung:

Nicht erst seit dem „Fall Brender“, als der Chefredakteur des ZDF auf massiven Einfluss des damaligen hessischen Ministerpräsidenten und ZDF-Fernsehratsmitglied Roland Koch nicht wiedergewählt wurde, gibt es Kritik an der Besetzung der Rundfunkgremien. Diese Kritik dreht sich maßgeblich um die Frage, ob die Rundfunkgremien, die ja als Repräsentant der Öffentlichkeit dienen, die relevanten öffentlichen Gruppen angemessen vertreten. Als Beispiel sei hier genannt, dass der Frauenanteil des Rundfunkrats des hr sich derzeit auf nur 17% beläuft und damit der zweitniedrigste ARD-weit ist (Quelle: Fritz Wolf: Im öffentlichen Auftrag. Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge. Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft 73, 2013).

Da die Schief lagen bei der Besetzung der hr-Gremien erheblich sind und wir darüber hinaus Defizite bei der Transparenz der Organe sehen, erscheint und die aktuelle Formulierung zu schwach. Stattdessen treten wir für eine Reform der Kontroll- und Aufsichtsgremien ein, mit dem Ziel, die aktuellen Schief lagen zu beseitigen und eine größere Transparenz zu erreichen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Andreas Romppel (KV Wiesbaden), Angela Rühle, KV Frankfurt, Christoph Gaa, KV Darmstadt-Dieburg, Susanne Hoffmann-Maier, KV Darmstadt-Dieburg, Torsten Schulz, KV Darmstadt-Dieburg, Andreas Hoffmann, KV Fulda, Claudia Prinz, KV Frankfurt.

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Zeilen 2298 bis 2340 werden ersetzt durch:

**„Digitales Hessen: Netzpolitik für alle**

Das Internet und der digitale Wandel spielen in vielen Politikfeldern eine zunehmend wichtiger werdende Rolle: in Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Gesundheit, Kunst, Bildung, Medien und vielen mehr. Netzpolitik ist daher eine Querschnittsaufgabe und braucht in Hessen nicht nur kompetente Ansprechpartner, sondern auch eine institutionelle Bündelung, um ihr ressortübergreifend mehr Gewicht zu verleihen. Wir wollen „den digitalen Wandel grün gestalten“, indem wir die bürgerlichen Freiheitsrechte sowie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zum Maßstab für die Entwicklung neuer und die Anpassung bestehender Regeln machen.

**Schnelles Internet in jedem Ort**

Der Zugang zu schnellem Internet ist von zentraler Bedeutung für eine moderne Informationsgesellschaft, für neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und notwendiger Bestandteil der allgemeinen Daseinsvorsorge. Alle Hessinnen und Hessen brauchen Zugang zum schnellen Internet (siehe auch Kapitel „Wirtschaft“). Die Öffnung öffentlicher und privater WLAN-Netzwerke wollen wir rechtssicher ermöglichen.

**Netzneutralität garantieren**

Das Internet als Kommunikationskanal kann sich nur dann frei entfalten, wenn weder die Inhalte noch die Durchleitung der Datenströme dem freien Spiel der Märkte überlassen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Netzbetreiber zu einer diskriminierungsfreien Übertragung von Daten verpflichtet werden, die keinen Inhaltenanbieter bevorzugt.

**Medienkompetenz stärken**

Die Teilhabe an den gesellschaftlichen Prozessen des digitalen Zeitalters setzt das Wissen um den Umgang mit ihren Werkzeugen voraus. Wir betrachten daher Medienkompetenz als eine Schlüsselqualifikation. Kompetenzen müssen neben den klassischen Feldern auch für neue und digitale Medien vermittelt werden. Neben den rein technischen Fähigkeiten zählen wir

dazu auch, dass Chancen und Risiken von internetbasierten Anwendungen vermittelt werden.

Im Bereich des Jugendmedienschutzes setzen wir uns deshalb für eine stärkere Trennung der Schutzbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ein. Jugendmedienschutz muss Schutzräume für Kinder schaffen, Jugendliche ausreichend kompetent machen und regelmäßig an neue Entwicklungen angepasst werden. Internetsperren sind nicht der richtige Weg, um kriminellem Treiben im Internet Einhalt zu gebieten. Unsere Lösung lautet daher „Löschen statt Sperren“.

Einen besonders wichtigen Beitrag zur Vermittlung von Medienbildung liefern Bürgermedien, wie etwa die nichtkommerziellen Lokalradios und die „Medienprojektzentren Offener Kanal“. Diese Form der medienpädagogisch begleiteten Projektarbeit mit dem Ziel der Vermittlung von Medienkompetenz an vorrangig Kinder und Jugendliche wollen wir weiter stärken.

### **Moderne Informationsgesellschaft und Datenschutz gehören zusammen**

Den Hessischen Datenschutzbeauftragten wollen wir zum Beauftragten für die Informationsfreiheit ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger die Kontrolle über ihre persönlichen Daten behalten.

Wir wollen die Macht von selbstbestimmten und informierten Bürgern sichern, indem wir die ausdrückliche Einwilligung zur Speicherung und Verarbeitung von Daten zum Grundprinzip machen. Persönliche Daten dürfen nur nach ausdrücklicher Zustimmung gespeichert, verwendet oder weiter gegeben werden. Wir fordern daher, dass die Voreinstellungen elektronischer Geräte vom Smartphone bis zur Waschmaschine die höchstmöglichen Sicherheitsstandards erfüllen.

Die unklare Lage beim Datenschutz ist jedoch nicht nur ein Problem für die Verbraucher, sondern auch für die Wirtschaft, wenn es beispielsweise um das Auslagern von Daten mittels Cloud Computing geht. Hier wollen wir Unsicherheiten durch ein Datenschutzsiegel reduzieren, sodass auf Anhieb erkannt werden kann, ob ein Produkt bzw. eine Dienstleistung dem Datenschutz gerecht wird und ob persönliche Daten sicher verarbeitet werden.

### **Mehr Transparenz durch „Open Government“**

Wir wollen eine Open-Government-Initiative starten, die sich an den Leitzielen von Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit ausrichtet. Sie hat die kosten- und diskriminierungsfreie Bereitstellung öffentlicher Daten und Informationen ebenso zum Gegenstand wie neue und erweiterte digitale Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen an öffentlichen Entscheidungsprozessen. Hier sehen wir auch beim Landtag noch enormen Nachholbedarf. Der Livestream der Plenarsitzungen muss um weitere Informationen zur

Sitzung ergänzt werden. Die Einführung der Onlinepetition und weiterer Beteiligungsmöglichkeiten ist überfällig.

### **Green IT fördern**

Mit einer Strategie zur Förderung nachhaltiger IT-Konzepte wollen wir Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und zivilgesellschaftliche Organisationen motivieren und unterstützen, ressourcenschonender zu arbeiten. Die Wirtschaftsbereiche, die Angebote zur energieeffizienten Technologienutzung hervorbringen, wollen wir gezielt fördern.

### **Nein zum Überwachungsstaat**

Unsere Vision eines sozial und digital vernetzten Zusammenlebens ist nicht vereinbar mit der Idee eines Überwachungsstaates. Der digitale Raum darf auch nicht unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung zur bürgerrechtsfreien Zone werden. Wir lehnen die anlasslose Speicherung von Kommunikationsdaten sowie die Überwachung von Kommunikationsinhalten entschieden ab. Wir wollen, dass sich Hessen auf Bundes- und Europa-Ebene engagiert gegen eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung stellt.

### **Hessens IT-Wirtschaft fördern**

Die IT-Wirtschaft hat in Hessen eine lange Tradition. Schließlich baute Konrad Zuse den ersten Computer hier. Unser Ziel ist es, qualifizierte Talente in der Region zu binden: Wir möchten gerade die Hochschulabgängerinnen und -abgänger motivieren, sich in Hessen mit ihren innovativen Projekten niederzulassen. Dafür schlagen wir vor, für die ITK-Branche den Übergang von Hochschule zur ITK-Branche mit einem Fokus auf Unternehmensgründungen unterstützend zu begleiten und spezifische Förderangebote zu unterbreiten. Darüber hinaus setzen wir uns ein für die Förderung Freier Lizenzen (z.B. Open Source, Creative Commons), die eine wesentliche Rolle sowohl für ein freies und offenes Internet als auch für kleine und mittlere Unternehmen spielen.

### **Urheberrecht modernisieren**

Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das auch im digitalen Zeitalter die Rechte des Schöpfers am Werk bewahrt. Dabei wollen wir Werknutzungen und Vergütungsmechanismen zeitgemäß anpassen. Statt den bürgerrechtsfeindlichen Rufen nach Internetsperren, Warnhinweisen oder dem Ende der Anonymität zu folgen, machen wir uns auf den Weg zu einem modernen und fairen Urheberrecht im Dialog mit allen Beteiligten. Wissenschaftliche Ergebnisse, die mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden, sollen unter freien Lizenzen zur Verfügung gestellt werden.“

### Begründung:

Erfolgt mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 2341 streichen:

~~Frauen und Männer~~

Begründung:

Die Grüne Jugend Hessen ist der Auffassung, dass sich der Schutz der religiösen Ausübung nicht auf die beiden großen christlichen Kirchen beschränken sollte. Wir leben einer vielfältigen Gesellschaft, die von unterschiedlichen Glaubensrichtungen geprägt ist. Niemand sollte bei seiner Religionsausübung bevorzugt behandelt werden, weshalb wir mit einer solchen Regelung die Gleichberechtigung der Religionen fördern wollen.



**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Nicole Maisch, Boris Mijatovic, Christine Hesse (KV Kassel-Stadt), Angelika Adamaschek (KV Hersfeld-Rotenburg), Michaela Prinz (KV Kassel-Land)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2347 streichen:

Hessen profitiert von der Kreativität und der ~~(nicht nur sozialen)~~ Kompetenz von Frauen.

Begründung:

In unserem grünen Wahlprogramm sollten wir keine Genderstereotype bedienen, auch nicht indirekt. Das passt nicht zu unseren politischen Inhalten und Zielen.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

LAG GewerkschaftsGRÜN

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2373 wird ergänzt:

Eine eigenständige Existenzsicherung in allen Lebensphasen, **in der gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern gleich bezahlt wird**, ist ein wichtiger Schlüssel dazu. Wir wollen **zudem**, dass sowohl Frauen als auch Männer ...

Begründung:

Richtigerweise fordert das Programm eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen in allen Lebensphasen. Dass Frauen während der Phase ihrer (Existenzsicherung durch) Berufstätigkeit für gleichwertige Arbeit heute im Durchschnitt immer noch nur 78% des Entgeltes von Männern erhalten, ist ein Skandal, der nicht oft genug angesprochen werden kann, und es muss unbedingt ein politisches Ziel auf allen Ebenen sein, diesen unhaltbaren Zustand zu ändern. Darüber hinaus führt diese Ungleichbehandlung auch zu einer Schlechterstellung bei der Existenzsicherung im Rentenalter; ein weiterer Grund, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu fordern.

Um das Programm nicht zu sehr aufzublähen, beschränkt sich der Antrag auf die oben genannte kurze Ergänzung.

Die Ergänzung im Folgesatz muss aus logischen Gründen erfolgen, da nunmehr zwei verschiedene Aspekte der Verbesserung der Existenzsicherung von Frauen während der Phase ihrer Berufstätigkeit angesprochen werden.

Weitere Ausführungen dazu gerne mündlich.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

KV Darmstadt

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

In Zeile 2375 einfügen:

Dafür müssen wir gemeinsam mit Arbeitgeber- und ~~Arbeitnehmervertretern~~

**Arbeitnehmervertretung** eine neue Arbeitskultur schaffen, in der Existenzsicherung und **lebensphasenorientierte**, flexible Arbeitszeitmodelle möglich sind.

Begründung:

Erfolgt mündlich

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Nach Zeile 2409 hinzufügen:

**„Dabei streben wir eine Frauenquote von 50 Prozent für Führungspositionen im öffentlichen Dienst an.“**

Begründung:

In Zeile 2391 fordern wir eine entsprechende Quote für die Privatwirtschaft. Konsequenterweise sollten wir sie daher explizit auch für den öffentlichen Dienst fordern.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Annika Funke (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- Absatz Zeilen 2424-2431 streichen.
- In Zeile 2440 nach „... sexualisierter Gewalt sollen die Verfolgung von Straftaten erleichtern.“ einfügen:

**Damit Frauen und Mädchen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte besser unterstützt werden, braucht es individuelle Beratungsstrukturen und Schutzprogramme sowie insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund ein faires Aufenthaltsrecht.**

Begründung:

Begründung: Insbesondere der erste Satz des Absatzes („Frauen mit Migrationshintergrund sind oft aufgrund ihres Geschlechts und zum Teil tradierter Rollenbilder in ihrer Herkunftsgesellschaft benachteiligt.“) reproduziert rassistische Stereotypen. Auch in Familien ohne Migrationsgeschichte existieren tradierte Rollenbilder und häusliche Gewalt. Die übrigen Teile des Absatzes wollen wir daher in den Absatz „Sicherheit und Schutz vor Gewalt“ integrieren.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:

Landesvorstand der Grünen Jugend Hessen, Annika Funke (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- Absatz Zeilen 2424-2431 streichen.
- In Zeile 2440 nach „... sexualisierter Gewalt sollen die Verfolgung von Straftaten erleichtern.“ einfügen:

**Damit Frauen und Mädchen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte besser unterstützt werden, braucht es individuelle Beratungsstrukturen und Schutzprogramme sowie insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund ein faires Aufenthaltsrecht.**

Begründung:

Begründung: Insbesondere der erste Satz des Absatzes („Frauen mit Migrationshintergrund sind oft aufgrund ihres Geschlechts und zum Teil tradiert Rollenbilder in ihrer Herkunftsgesellschaft benachteiligt.“) reproduziert rassistische Stereotypen. Auch in Familien ohne Migrationsgeschichte existieren tradierte Rollenbilder und häusliche Gewalt. Die übrigen Teile des Absatzes wollen wir daher in den Absatz „Sicherheit und Schutz vor Gewalt“ integrieren.

**Änderungsantrag zum Regierungsprogramm**

AntragstellerInnen:  
KV Limburg Weilburg

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Zeile 2469-2477 streichen und ergänzen:

Staatliche Leistungen und Aufgaben bedürfen einer angemessenen und gerechten Finanzierung durch alle in der Gesellschaft. Steuerpolitik ist deshalb immer auch eine Aussage dazu, wie gerecht es in der Gesellschaft zugeht. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Wir werden Steuerhinterziehung und Steuerstraftaten konsequent bekämpfen. Dazu werden wir die Steuerfahndung weiter konsequent ausbauen. Steuerabkommen mit anderen Ländern, die kriminelle Steuerhinterzieher besserstellen als die ehrlichen Steuerzahler, lehnen wir ab.

Begründung:

Wir sollten uns im Landtagswahlprogramm auf hessische Forderungen beschränken. Unser bundespolitisches Steuerprogramm wird, bedingt durch den gemeinsamen Wahltermin, im Wahlkampf ohnehin eine große Rolle spielen.

Es ist notwendig Ausbau der personellen Kapazitäten der Steuerfahndung weiter voranzutreiben. Dies sollte auch in einem GRÜNEN Programm zu finden sein. Durch Steuerhinterziehung entgehen dem deutschen Staat wesentlich mehr Steuereinnahmen als wir GRÜNE durch unsere im Bundestagswahlprogramm beschlossenen Forderungen zur Steuerpolitik erhöhen möchten.

**Regionale Sorten für die Artenvielfalt und den biologischen Landbau**

AntragstellerInnen:

Martin Häusling, Stefan Arndt, Eva Raabe, Hermann Häusling (KV Schwalm-Eder), Martina Feldmayer (KV Frankfurt), Ina Möllenhoff (KV Wiesbaden)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Pläne der EU-Kommission für ein neues, europaweites Saatgutrecht ist ein Schlag ins Gesicht all jener Züchter, die sich seit Jahren um mehr Artenvielfalt im Acker-, Obst- und Gemüseanbau kümmern. Mit der Vereinheitlichung des Rechts, das die gegenseitige Anerkennung des nationalen Rechts ablösen soll, werden teure europaweite Zulassungsverfahren nötig. Das schwächt gerade die vielen innovativen mittelständischen Zuchtunternehmen, die sich diese Verfahren nicht werden leisten können.

Gestärkt werden sollen stattdessen Konzerne, die ein Interesse an einem auf wenige, aber hochprofitable Sorten beschränktes Saatgutspektrum haben, das allein auf hohen Output gezüchtet ist. Es profitieren die Erzeuger von Hybrid-Saatgut und jene Unternehmen, die nun mit Rückendeckung der Kommission globale Märkte bedienen und dabei ein „Rundumsorglos-Paket“ mit Saatgut, Dünger und Pestiziden anbieten.

Verprellt aber werden jene, denen es um die Erzeugung regionaler Sorten und von Saatgut für den ökologischen Markt geht. Ihnen werden zwar Sonderrechte zugestanden. So bleiben zwar Erzeugnisse von Unternehmen registrierungsfrei, die weniger als zwei Millionen Euro Umsatz haben und weniger als zehn Mitarbeiter haben. Damit werden sie jedoch in eine Nische abgedrängt oder zu Hobbyzüchtern degradiert. Dort gehören sie aber nicht hin, denn auch kleine Erzeuger benötigen den vollen Zugang zum Markt. Der soll ihnen künftig verwehrt bleiben, folgt man den veröffentlichten Plänen der Kommission.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen fordern:**

Erzeugung regionaler Sorten und von Saatgut für den ökologischen Markt unterstützen

Die Erzeugung regionaler und ökologischer Sorten leistet einen enormen Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt. Gerade diese Artenvielfalt benötigen wir für die Zukunft, da dem Klimawandel nicht allein mit den häufigsten Sorten zu begegnen ist.

Mittelständische Zuchtunternehmen in Hessen stärken

Den mittelständischen Zuchtunternehmen in Hessen muss voller Marktzugang gewährt werden und langfristig müssen sie auch teilhaben können an der Verteilung öffentlicher Forschungsgelder zur Unterstützung der europäischen Biodiversitätsstrategie und zur Förderung des ökologischen Landbaus.

Begründung: Erfolgt mündlich